

(A)

(C)

## 29. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 9. April 2014

Beginn: 9.00 Uhr

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich zur Fortsetzung der Haushaltsdebatte.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

(B)

**Drucksache 18/700**

Überweisungsvorschlag:  
Haushaltsausschuss

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017**

**Drucksache 17/14301**

Überweisungsvorschlag:  
Haushaltsausschuss

Für die heutige Aussprache haben wir gestern insgesamt eine Debattenzeit von achteinhalb Stunden beschlossen.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich der **Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04.**

Ich darf hiermit das Wort der Kollegin Kipping für die Fraktion Die Linke erteilen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Katja Kipping (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wann immer es um den Haushalt ging, hat diese Regierung stolz unterstrichen, dass sie ab 2015 einen ausgeglichenen Haushalt, also unter dem Strich eine schwarze Null, anstrebt. Aber schauen wir uns die Faktenlage doch einmal genau an: Allein der Finanzmarktstabilisierungsfonds hat ein Defizit von 25 Milliarden Euro eingefahren; er ist nicht in den Haushalt eingebucht. Verschiedene Maß-

nahmen werden über die Sozialversicherung finanziert; ich finde, das ist ein Buchungstrick. Infolgedessen schmelzen die Sicherheitspolster der Sozialkassen. Halten wir also fest: Schwarz-Rot bezahlt Wahlgeschenke aus den Krisenpolstern der Sozialkassen. Durch diesen Buchungstrick wadet Deutschland knietief im Dispo. Ich finde, es ist nicht hinnehmbar, dass am Ende die Rentnerinnen und Rentner und die Verbraucherinnen und Verbraucher die Rechnung für diesen Buchungstrick zahlen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie sich die prozentuale Beteiligung der Unternehmen am Sozialbudget über die Jahre verändert hat. Noch Anfang der 90er-Jahre hat die sogenannte Arbeitgeberseite immerhin ein Drittel des Sozialbudgets weggetragen; inzwischen ist es nur noch ein Viertel. Wenn also die Unternehmen und Konzerne weniger bezahlen, dann heißt das im Klartext: Die privaten Haushalte und die öffentlichen Kassen müssen mehr wegtragen. Vor diesem Hintergrund wäre es eine sinnvolle Reaktion gewesen, die Konzerne stärker per Steuer heranzuziehen. Aber Sie haben gleich zu Beginn der Wahlperiode festgelegt: Wir wollen keine höhere Körperschaftsteuer, wir wollen keine Millionärsteuer, wir wollen keinen höheren Spitzensteuersatz.

Das heißt im Klartext: Auf der anderen Seite fehlt Geld, und zwar vom Bund bis zur Kommune. Dem Bund fehlt Geld, um zum Beispiel die Mitte, die am Steueraufkommen bisher überproportional beteiligt ist, zu entlasten. In der Kommune fehlt Geld für Kitas und für barrierefreien Bus- und Bahnverkehr. Ganz offensichtlich fehlt auch Geld, um den Hebammen zu helfen. Wir haben hier schon mehrmals darüber gesprochen: Die explodierenden Haftpflichtprämien treiben viele Hebammen in den Ruin. Es gäbe eine Lösung, und zwar einen öffentlichen Haftungsfonds. Wir haben dafür geworben, aber Ihr Gesundheitsminister hat dieses Vorhaben abgelehnt.

Die Hebammen lassen Sie also im Regen stehen. Als es allerdings darum ging, einen Rüstungsexport nach

(D)

**Katja Kipping**

- (A) Saudi-Arabien mit einer Hermesbürgschaft in Milliardenhöhe abzusichern, waren Sie sofort dabei.

(Zuruf von der LINKEN: Pfui!)

Allein diese Gegenüberstellung ist entlarvend für den Geist der schwarz-roten Regierung. Diejenigen, die bei der Ankunft im Leben helfen – das sind Hebammen –, lassen Sie im Regen stehen. Denjenigen, die Geschäfte mit dem Tod machen – bei Rüstungsexporten geht es um nichts anderes als um Geschäfte mit dem Tod –,

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

greifen Sie sofort unter die Arme. Das ist entlarvend, und das ist beschämend! Sie stehen hier einfach auf der falschen Seite!

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Furchtbar! Schon die Stimme, furchtbar! Der Inhalt, furchtbar! Schämen Sie sich! – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU], an die LINKE gewandt: Lasst doch den Gysi reden!)

Nicht nur in dieser Frage ist bezeichnend, auf welcher Seite Sie stehen. Wenn zum Beispiel die Frage im Raum steht: „Bitten wir Millionäre stärker zur Kasse, um die Mitte zu entlasten?“, stehen Sie auf der Seite der Millionäre, während wir ganz klar sagen: Unser Platz ist an der Seite der Mitte

(Lachen bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Mannomann!)

und auf der Seite derjenigen, die keine Lobby haben.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Wenn zum Beispiel die Frage im Raum steht: „Ziehen wir die sogenannte Arbeitgeberseite stärker heran, um Privathaushalte zu entlasten?“, ist Ihr Platz ganz eindeutig aufseiten der Konzerne, unserer jedoch bei den privaten Haushalten, und da sind wir richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es zum Schwur kommt, steht diese Regierung beständig aufseiten der großen Vermögen, der großen Profite, aufseiten der Besitzenden.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU], an die SPD gewandt: Was macht ihr denn da als Sozialdemokraten? Das geht doch so nicht!)

Wir hingegen stehen auf der Seite der Mitte.

Die schwarze Null, die Sie für 2015 anstreben, wirft einen langen Schatten und hat einen verdammt hohen Preis. Zu diesem Preis gehört nicht nur, dass Sie die Sozialversicherung ausplündern; zu diesem Preis gehört auch, dass wichtige Zukunftsinvestitionen ausbleiben. Sie sind so auf diese schwarze Null fixiert, dass Sie die großen gesellschaftlichen Aufgaben komplett ignorieren.

Zu diesen großen gesellschaftlichen Aufgaben gehört erstens ein sozial-ökologischer Umbau im Sinne der Klimagerechtigkeit, zweitens der Kampf gegen Armut, drittens etwas zu tun gegen die um sich greifende Angst, die disziplinierend wirkt, und der Einsatz für ein soziales Europa. Gehen wir die Aufgaben einmal im Einzelnen durch:

Der sozial-ökologische Umbau wird – ein bisschen strahlen Sie das heute immer noch aus – eher als ein Randthema, als ein Thema für Ökos behandelt. Aber der Weltklimabericht hat uns die Brisanz deutlich vor Augen geführt. Weltweit sind Millionen Menschen von Dürre oder Überschwemmung bedroht, und ursächlich dafür ist die von der Menschheit verursachte Klimaerwärmung. Der Klimabericht macht eines deutlich: Ein Weiter-so ist existenzielle Brandstiftung. Diesen Bericht ernst nehmen, heißt ganz klar: Wir müssen den sozial-ökologischen Umbau voranbringen. (C)

Aber was passiert unter Schwarz-Rot? Unter Schwarz-Rot verkommt selbst das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einer reinen Industriesubventionierung. Das ist nicht nur unsere Einschätzung; das ist auch die Einschätzung des BUND. Um die Profite der Großindustrie zu schützen, bremsen Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien aus, und Sie lassen ihn am Ende auch noch von den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern bezahlen. Das ist unsozial und unökologisch zugleich. Das ist ein Kunststück, das man erst einmal hinkriegen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir meinen, es braucht stattdessen eine stärkere Förderung der erneuerbaren Energien. Die erneuerbaren Energien müssen dezentral organisiert sein. Ich finde, dieses Vermächtnis von Hermann Scheer dürfen Sie nicht einfach übergehen. Vor allen Dingen muss das Ganze sozial finanziert werden; denn es darf nicht sein, dass die Ärmern im Winter auf Wärme verzichten müssen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen gehört auch der Kampf gegen Armut. Sicherlich, mit Ihrem Rentenpaket haben Sie einige Trippelschritte in die richtige Richtung gemacht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ah ja! – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Aha!)

– Wenn Sie jetzt so stolz darauf sind: Viele Jahre lang sind Sie in die falsche Richtung gelaufen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ach so?)

Das zentrale zugrunde liegende Problem in der Rente gehen Sie nicht an, nämlich dass die Rente immer weniger sicher vor Altersarmut schützt. Das Rentenniveau von einst 53 Prozent sinkt auf 43,7 Prozent im Jahr 2030. Das klingt jetzt erst einmal technisch. Die Folge davon ist aber, dass auch Menschen mit einem mittleren, durchschnittlichen Einkommen in Zukunft nicht mehr vor Altersarmut geschützt sind, und Sie – Sie alle; wir Linken sind da die Ausnahme –

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Natürlich!)

haben diese Entwicklung mitgetragen. Ich finde, Sie sollten das Problem ernst nehmen und endlich dafür sorgen, dass das Rentenniveau nicht weiter sinkt und dass eine solidarische Mindestrente vor Altersarmut schützt.

(Beifall bei der LINKEN)

**Katja Kipping**

- (A) Wenn es um die Armut der Erwerbslosen geht, dann versuchen Sie noch nicht einmal, den Anschein zu erwecken, dass Ihnen dieser Punkt wichtig ist. Kurzum: Beim Kampf gegen Armut betreiben Sie eines – Arbeitsverweigerung.

Menschen, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, müssen ihre Arbeitsbereitschaft beweisen und ihren Mitwirkungspflichten nachkommen. Wenn sie dies nicht tun, drohen Sanktionen: erst um 30 Prozent, dann um 60 Prozent, dann komplett. Die Linke lehnt diese Regelung ab. Aber ich finde, man sollte Sie durchaus an den Regelungen messen, die Sie für andere getroffen haben. Beim Kampf gegen Armut verletzt diese Regierung ihre Mitwirkungspflichten, betreibt diese Regierung Arbeitsverweigerung. Ich finde, dies ist ein klassischer Fall für eine Sanktion: erst von 30 Prozent, dann von 60 Prozent und danach vielleicht eine Vollsanktionierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur dritten großen gesellschaftlichen Herausforderung. Wir haben in diesem Land eine Zunahme von disziplinierender Angst; sie hat ganz unterschiedliche Facetten. Da ist zum einen die junge Wissenschaftlerin, die immer nur Arbeitsverträge von einem bis zwei Jahre bekommt und die mit ihrem Partner seit Jahren eine Pendelbeziehung führt, weil beide niemals in der gleichen Stadt zumindest einen kurzfristigen Arbeitsvertrag haben. Wir wissen, das ist kein Einzelfall. Die Zahl der sachgrundlosen Befristungen ist explodiert. Inzwischen haben wir 1,3 Millionen sachgrundlose Befristungen. Sie könnten hier etwas tun. Sie könnten einfach die sachgrundlose Befristung abschaffen. Wir als Linke haben Ihnen diesen Vorschlag vorgelegt. Sie müssten nur dafür stimmen. Dann wäre schon viel geholfen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Da ist zum anderen die Sorge eines Beschäftigten in der Kernbelegschaft, der sich bisher sicher gefühlt hat. Aber tagtäglich bekommt er jetzt durch die Leiharbeiter, die immer nur für einige Monate eingesetzt werden, vor Augen geführt, dass man die gleiche Arbeit in der gleichen Zeit für die Hälfte des Geldes machen kann. Das wirkt natürlich disziplinierend und ruft die Angst hervor, ersetzbar zu sein. Hier könnten Sie etwas tun. Sie könnten französische Verhältnisse schaffen. Das heißt: vom ersten Tag an gleicher Lohn für gleiche Arbeit plus eine 10-prozentige Flexibilitätszulage.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

Zur zunehmenden Angstkultur gehört natürlich auch die Angst der Erwerbslosen vor Sanktionen, die wie ein Damoklesschwert über ihnen schwebt. Sie macht die Leute gefügig und führt dazu, dass sie in Anstellungsgesprächen schlechte Löhne akzeptieren. Die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen könnte sehr viel bewirken, und deswegen ist dies für mich eine Herzensangelegenheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch der zunehmende Druck, ständig am Limit arbeiten zu müssen, und die Angst, von überbordenden Über-

stunden erdrückt zu werden und nicht mithalten zu können, macht viele Menschen krank. Wenn es uns gelänge, kürzere Arbeitszeiten für alle als Standard zu etablieren, wäre dies ein enormer Fortschritt. Dafür setzen wir uns ein.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den großen gesellschaftlichen Aufgaben gehört auch der Einsatz für ein soziales Europa. Dabei geht es auch darum, die Spaltung Europas zu verhindern. Für den Europakurs dieser Regierung war der Besuch von Außenminister Steinmeier in Griechenland zu Beginn dieses Jahres bezeichnend. Im Wahlprogramm der SPD war noch zu lesen, Merkels Europapolitik sei – ich zitiere – „kaltherzig“. Sie sprachen in Ihrem Wahlprogramm von sozialen Verwerfungen. Doch wie agierte Herr Steinmeier, als er dann Außenminister war? Kritisierte er womöglich den Kurs der Troika und wies auf die sozialen Verwerfungen hin? Nein, er lobte in Athen – ich zitiere – „den ersten Teil des Weges, den Griechenland gegangen ist“. Er sagte, er sei überzeugt, die Regierung verfüge über die Entschlossenheit, den Weg fortzusetzen.

Ich weiß sehr wohl, dass man Sie nicht für alle Entwicklungen in Griechenland direkt persönlich in Haftung nehmen kann. Aber wenn Sie in Griechenland den Weg loben, dann müssen Sie auch wissen, dass zu dem von Ihnen so gelobten Kürzungskurs gehört, dass das griechische Gesundheitssystem wirklich an den Rand des Kollapses getrieben worden ist. Lebensnotwendige Herz-OPs können dort nicht mehr durchgeführt werden, weil Gefäßstützen fehlen. Krebspatienten müssen auf lebensnotwendige Medikamente verzichten. Ärzte ohne Grenzen ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Drittel der griechischen Bevölkerung kaum noch Zugang zur medizinischen Versorgung hat.

(D)

Deutschland hat den Spardruck innerhalb von Europa stark gemacht. Dieser Spardruck führt zu einem Kürzungsdruck. Er führt dazu, dass in Griechenland nicht einfach an Luxus gespart wird, sondern dass lebensnotwendige Maßnahmen unterlassen werden. Deswegen sage ich: Das Kürzungsdiktat hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, dass man bei lebensbedrohlichen Krankheiten von einer unterlassenen Hilfeleistung sprechen muss. Deswegen steht für uns fest: Wahre Europäerinnen und Europäer verzichten auf das Kürzungsdiktat. Wahre Europäerinnen und Europäer setzen stattdessen auf ein Europa der sozialen Rechte.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, wir setzen auf ein Europa, das an der so schlichten und doch bemerkenswerten Vision von Theodor Adorno anknüpft:

Zart wäre einzig das Größte: daß niemand mehr hungern soll.

Das heutige Europa ist davon weit entfernt. Dazu trägt auch Ihre Kürzungspolitik bei.

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Was für eine fade Rede!)

**Katja Kipping**

- (A) Frau Merkel, so mancher meint, das zentrale Problem Ihrer Regierung wäre, dass Sie sich streiten.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Jedenfalls weniger als die Opposition!)

So mancher meint, Sie wären selbst für einen guten Paartherapeuten ein verdammt schwieriger Fall. Ich meine, das große Problem der schwarz-roten Regierung liegt in der Ignoranz gegenüber den großen gesellschaftlichen Aufgaben. Sie ignorieren die sozialen Verwerfungen in diesem Land. Sie ignorieren den wachsenden Reichtum in den Händen einiger weniger. Beim Kampf gegen Armut betreiben Sie Arbeitsverweigerung, und bei der Energiewende stehen Sie Seit' an Seit' mit Sigmar Gabriel auf der Bremse. Ihre Europapolitik spaltet Europa. Das ist der falsche Kurs.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich jedoch meine, diese Gesellschaft braucht wahrlich kein weiteres Artenschutzprogramm für die großen Profite. Diese Gesellschaft braucht vielmehr vollen Einsatz für einen sozial-ökologischen Umbau im Sinne der Klimagerechtigkeit. Diese Gesellschaft braucht wahrlich kein weiteres Förderungsprogramm für Millionäre. Diese Gesellschaft braucht vielmehr vollen Einsatz für Umverteilung, gegen Armut, für ein Europa der sozialen Rechte. Wir, die Linke, streiten für eine Gesellschaft, die frei ist von der Bürde der disziplinierenden Angst, die frei ist von Armut. Ja, dafür stehen wir.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, Ihr Versuch, über die Tatsachen zu sprechen, ist, glaube ich, kräftig danebengegangen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Was sind die Tatsachen? Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung liegt der erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969 in greifbarer Nähe. Das heißt konkret: 2014 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben. 2015 haben wir die Möglichkeit, keine neuen Schulden zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind nicht einfach Zahlen, sondern das ist nicht mehr und nicht weniger als die Einlösung eines Versprechens an kommende Generationen, einmal ohne zukünftige Schulden auszukommen, einmal mit dem auszukommen, was in die Steuerkassen hineinkommt, einmal nicht auf Kosten der Zukunft zu leben. Es ist das bewusste Bekenntnis der Großen Koalition, sich um die Sorgen, Ansprüche und Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu kümmern.

- Das ist unsere Pflicht – das sage ich ausdrücklich –, und wir tun es, und das zum ersten Mal seit Jahrzehnten. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zuallererst ist dies der Erfolg und das Verdienst im Übrigen all derjenigen, die den Wohlstand erarbeiten, der vielen Menschen, die sich für dieses Land einbringen mit ihrem unternehmerischen Sachverstand und mit ihrer Rolle als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denen gilt in dieser Stunde unser aller Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist zum Zweiten auch das Verdienst vieler Bundesregierungen, auch dieser. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, dem Bundesfinanzminister für seine ruhige, besonnene und nachdrückliche Art, diesen Kurs immer wieder einzufordern, zu danken, genauso wie unseren Haushaltspolitikern, die darauf in den vielen Sitzungen der Begehrlichkeiten achten. Danke schön, dass wir auf diesem Kurs gut vorangekommen sind!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Richtig ist doch, dass die Voraussetzungen in den letzten Jahren alles andere als rosig waren. Ich will vielleicht noch mal daran erinnern: Kurz bevor wir die erste Große Koalition 2009 beendeten, war es auch so, dass ein ausgeglichener Haushalt in Reichweite lag.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: So ist es!)

- Es ist also keine neue Idee. Wir sind dann allerdings in eine Situation gekommen – ich habe da gestern schon zugehört –, die wir vielleicht nicht vergessen sollten, nämlich in eine internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Deutschland einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von 5 Prozent mit sich gebracht hat. Es war richtig, diese Finanzkrise national so zu beantworten, dass wir reagiert haben, dass wir Konjunkturprogramme aufgelegt haben, dass wir Arbeitsplätze gesichert haben. Deshalb hat es länger gedauert, aber wir haben diesen Kurs konsequent fortgesetzt, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In der Zeit zwischen 2008 und der Bewältigung dieser internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir eines gelernt: Wir können nicht alleine Politik machen, sondern unser Handeln hängt aufs Engste mit allem, was auf der Welt passiert, zusammen. Das ist Globalisierung. Keiner kann mehr heute alleine, für sich regieren, sondern jeder muss auch die Belange der anderen im Blick haben. Deshalb kümmern wir uns um internationale Finanzmarktregulierung, gar nicht nur, weil wir das zu Hause so brauchten – das könnten wir ja national regeln –, sondern weil es unabänderlich ist, weil jeder Fehler, der international passiert, zum Schluss auch uns und die Menschen in Deutschland trifft. Insofern leben wir heute in einer vernetzten Welt, auf die wir reagieren müssen.

Wir haben auch noch andere Unsicherheiten. Das ist einmal die europäische Schuldenkrise, die nach wie vor

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) noch nicht überwunden ist. Es ist eine fragile Situation weltweit – wenn wir auch auf manche Entwicklungen in den Schwellenländern schauen. Und es kommen neue Unsicherheiten dazu – das haben wir in den letzten Wochen gelernt –, wie uns das Beispiel der Ukraine zeigt. Die illegale, völkerrechtswidrige Annexion der Krim hat uns etwas vor Augen geführt, was wir eigentlich vergessen glaubten, nämlich dass wir über Freiheit, über internationales Recht, über Frieden und Einhaltung von Völkerrecht noch sprechen müssen. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir alle Anstrengungen darauf richten – das wird die Tätigkeit dieser Großen Koalition in den nächsten Monaten sein –, für ein starkes Deutschland, für ein starkes Europa und für starke Partnerschaften in der Welt zu arbeiten. Wir wissen, wir können diese Ziele nur gemeinsam erreichen. Das gilt für Deutschland, das gilt für Europa, und das gilt auch für die globalisierte Welt.

Wie sieht es nun aus, wenn wir auf Deutschland schauen? Die Wirtschaftsprognosen sind einigermaßen positiv: 1,8 Prozent Wachstum in diesem Jahr; das ist mehr als der Durchschnitt im Euro-Raum. Der private Konsum ist der Treiber unserer binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Der Export springt an, aber die Binnenkonjunktur trägt mehr zum Wachstum bei, als das in vergangenen Jahren der Fall war. Wir können heute sagen, dass wir bislang zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, weil wir eine wettbewerbsfähige Industrie haben und weil wir einen sehr starken Mittelstand haben.

- (B) Aber es ist auch wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen: Das alles ist eine Momentaufnahme. Wenn man sich die Dynamik der Welt anschaut, dann weiß man: Die Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten werden. Vor allen Dingen kann sie erhalten werden, indem wir unsere Innovationsfähigkeit erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur heute wettbewerbsfähig sind, sondern dass wir international auch zu den Besten bei der Innovationskraft gehören und dass wir an vielen Stellen, gerade wegen unserer mittelständischen Unternehmen, Weltmarktführer sind.

Die Bundesregierung legt auf diesen Punkt besonderen Wert, mit unserer Hightech-Strategie, mit unserer Innovationsstrategie, wo wir den Bogen von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung im Mittelstand spannen. Es darf und muss für Deutschland gelten: Keine gute Idee darf auf der Strecke bleiben; alles muss genutzt werden. Kreativität ist der Treiber unseres Wohlstands, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir den Haushalt für dieses Jahr beraten, müssen wir uns auch fragen: Wo steht Deutschland in 5, in 10 oder in 20 Jahren? Wie können wir erreichen, dass wir auch in Zukunft erfolgreich sind? Solide Finanzen, wie mit dem Haushaltsplan für dieses und nächstes Jahr sowie mit der mittelfristigen Finanzplanung vorgelegt, bedeuten nicht nur, dass man keine Schulden macht, sondern sie bedeuten genauso, dass man mit Weitblick und Klugheit in die Zukunft unseres Landes investiert.

- (C) Ich möchte in diesem Zusammenhang vier Bereiche nennen, in denen wir investieren:

Erstens. Wir investieren in unser wichtigstes Kapital, und das sind die Menschen. Das sind Investitionen in Bildung und Forschung. Wir unterstützen dabei die Länder und die Kommunen, indem wir ihnen bei der Finanzierung von Kitas, von Schulen und Hochschulen helfen. Damit auch wirklich genügend Geld für diese Aufgaben vorhanden ist, werden wir in dieser Legislaturperiode insgesamt 6 Milliarden Euro mehr für die Unterstützung genau dieser Bereiche zur Verfügung stellen.

Damit wir unser 3-Prozent-Ziel, also 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Bereich Forschung und Innovation, auch in den nächsten Jahren halten können – wir haben es jetzt fast erreicht –, müssen wir 3 Milliarden Euro mehr in Forschung und Entwicklung hineingeben. Das tun wir. Damit werden wir zu den Ländern gehören, die in Bezug auf Forschung in Europa führend sind. Weltweit gibt es Länder, die mehr investieren – ich habe es hier oft gesagt: Südkorea, zum Beispiel –, aber mit 3 Prozent sind wir recht gut dabei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens. Wir investieren in die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur. Wir werden hierfür 5 Milliarden Euro einsetzen. Wir werden die Nutzerfinanzierung weiterentwickeln.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Viel zu wenig!)

- (D) – Ich weiß, dass das sicherlich mehr sein könnte, aber, meinen Damen und Herren, es sind immerhin 5 Milliarden Euro mehr als in der vergangenen Legislaturperiode. Das ist ein unabdinglicher, wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Drittens. Wir investieren in die Zukunft unserer Energieversorgung. Es geht darum, dauerhaft sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energie zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns in der Großen Koalition entschieden, angesichts der Tatsache, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung derzeit 25 Prozent beträgt, einen neuen Pfad, einen berechenbaren Pfad für den Ausbau der erneuerbaren Energien einzuschlagen.

Wenn Sie sich die Situation im internationalen Vergleich anschauen, dann stellen Sie fest: Es ist relativ einzigartig, was wir tun. Wir sagen: Von heute 25 Prozent werden wir bis 2025 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 40 bis 45 Prozent ausbauen. Wir gehen damit einen Weg, der uns das Erreichen des Ziels für 2050 – 80 Prozent der Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien – auf einem ganz berechenbaren Pfad möglich macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Mit der EEG-Novelle, die wir gestern im Kabinett verabschiedet haben und die in den nächsten Wochen hier im Hause beraten wird, kommt etwas ganz Wichti-

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) ges für den Ausbau der erneuerbaren Energien zum ersten Mal zum Zuge, nämlich Berechenbarkeit. Es sind klare Korridore vorgegeben, und natürlich kann ich diese Korridore nur einhalten, indem ich, wenn mehr zugebaut wird, die Vergütungen reduziere, sodass ich einen atmenden Deckel habe und die Korridore auch einhalten kann.

Wir haben uns für einen vernünftigen Mix entschieden. Wir haben Gespräche mit den Ländern geführt. Ich möchte dafür danken, dass hier Gemeinsamkeit entstanden ist. Wir werden natürlich die Beratungen hier im Hause in aller Offenheit durchführen.

Damit können wir nicht versprechen, dass die EEG-Umlage dauerhaft sinkt. Aber wir können versprechen, dass die Kostendynamik der EEG-Umlage gebrochen ist und dass wir auf einen vernünftigen Pfad kommen. Meine Damen und Herren, das ist genau das, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten; denn sie tragen die Energiewende. Ich will dafür ausdrücklich Dankeschön sagen; denn das macht nicht die Politik, das machen die Bürgerinnen und Bürger. Es war aber auch ein Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, eine neue Energiepolitik in Deutschland durchzusetzen. Das haben wir getan. Jetzt werden wir diesen Weg gemeinsam gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Wenn wir über sichere Energieversorgung und über die Energiewende, die wir durchführen, sprechen, dann müssen wir auch sehen: Es war nicht beabsichtigt – das kann nicht gewollt gewesen sein –, dass wir durch die Energiewende unsere eigenen Stärken schwächen, nämlich die mittelständische Wirtschaft und die Industrie. In Deutschland beträgt der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt über 20 Prozent. Damit sind wir führend in Europa. Die Europäische Kommission hat sich das Ziel gesetzt, weil sie sieht, dass wir in einem globalen Wettbewerb stehen, dass die Industrie wieder einen Anteil von 20 Prozent am europäischen Bruttoinlandsprodukt hat. Nun kann es doch nicht sein, dass wir durch eine vernünftige Maßnahme, nämlich dadurch, dass wir unsere Energieversorgung zukunftsfähig ausbauen, Arbeitsplätze vernichten und unsere Wirtschaft in Gefahr bringen. Ich bin mir ganz sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger auf gar keinen Fall wollen, dass sichere, zukunftsfähige Arbeitsplätze durch die Energiewende verlorengehen. Deshalb haben wir so entschieden und für Ausnahmen für unsere im Wettbewerb stehende Industrie gekämpft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD –  
Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Es entstehen Arbeitsplätze!)

Ich will dem Bundeswirtschaftsminister ein ausdrückliches Dankeschön dafür sagen. Wir haben uns eingesetzt für ein Ziel, das im Kontext europäischer Probleme das allervernünftigste und normalste ist. Wir reden Tag und Nacht mit Recht darüber, wie hoch die Arbeitslosigkeit in Europa ist. Wir reden Tag und Nacht über die Frage, wie wir für junge Leute neue Arbeitsplätze schaffen können. Da können wir uns doch nicht sehenen Auges in Europa wegen einer vermeintlichen Rolle

- im Klimaschutz damit abfinden, dass wir Arbeitsplätze vernichten. (C)

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es entstehen welche!)

Nein, wir müssen Klimaschutz und Arbeitsplätze zusammenbringen. Sonst wird die Energiewende keine Akzeptanz in Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich sind das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das, was die Kommission heute im Zusammenhang mit den Leitlinien für Beihilfen beschließen wird, nur erste Schritte bei der Gestaltung der Energiewende. Auf der Grundlage dieses Ausbaupfads für erneuerbare Energien müssen wir jetzt die Netzplanung anpassen und dann den Netzausbau beschleunigen. Dafür sind die entsprechenden Vorkehrungen getroffen worden. Anschließend müssen wir uns natürlich mit den Kapazitätsmärkten beschäftigen, mit der Frage, wie wir eine vernünftige Kombination hinbekommen können, wie wir die begrenzte Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien – mit Ausnahme der Biomasse – mit der Sicherstellung der Grundversorgung in Einklang bringen können. Das werden die nächsten Schritte sein.

Damit niemand denkt, dann sei die Arbeit vorbei, sage ich: Wir werden uns noch in dieser Legislaturperiode mit dem nächsten Schritt im Zusammenhang mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz befassen müssen, nämlich mit der Ausschreibung der jeweiligen Kapazitäten. Darauf wird die Europäische Kommission drängen, und das ist auch richtig, um die Kosteneffizienz vernünftig durchzusetzen. Wir werden also in der ganzen Legislaturperiode mit der Frage „Wie gestalten wir die Energiewende?“ beschäftigt sein. Ich bin aber sehr optimistisch, dass uns das gut gelingen wird. (D)

Viertens. Wir werden natürlich auch in einen Bereich investieren, der unser Leben im 21. Jahrhundert in großem Maße prägt, nämlich in die Digitalisierung. Kaum ein Lebensbereich kommt heute ohne digitale Techniken aus, ob es das Auto ist, das Handy, die Flüge, die Bahnfahrten oder die industrielle Produktion. Wer sich in diesen Tagen auf der Hannover Messe die Produkte ansieht, die den Weg zur Industrie 4.0 charakterisieren, der weiß, in welch dramatischer Weise sich unsere gesamte Arbeitswelt verändern wird. Es ist beeindruckend, zu sehen, dass in Zukunft jede reale Fabrik noch einmal als digitale Fabrik existieren wird, wie Produkte entwickelt werden, wie Maschinen miteinander interagieren. All das wird unser Arbeitsleben sehr stark verändern, genauso wie das im privaten Bereich der Fall ist.

Deshalb freue ich mich, dass die drei hauptzuständigen Minister bereits auf der CeBIT die Digitale Agenda 2014 bis 2017 vorgestellt haben. Diese Digitale Agenda hat drei Komponenten: Eine Komponente sind gute Bedingungen, damit Start-ups, damit Unternehmen in Deutschland in die Digitalisierung investieren können. Das Zweite ist der Sicherheitsaspekt, den wir natürlich brauchen. Die dritte Komponente ist die Versorgung mit Breitband, damit jeder Zugang zu den digitalen Möglichkeiten hat.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) Das Ausmaß der gesellschaftspolitischen Dimension der Digitalisierung kann nicht überschätzt werden. Unser gesamtes Leben wird sich verändern. Natürlich muss das gelten, was wir immer für die Wirtschaft gesagt haben: Auch die digitale Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht etwa umgekehrt. Das ist das Wesen der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb sind Datenschutz und Datensicherheit ganz legitime Notwendigkeiten. Wir werden noch viel arbeiten müssen, um das wirklich durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung hat hier erste Schritte unternommen; weitere werden folgen müssen. Wir haben eine Taskforce „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik für die Bürgerinnen und Bürger. Aber nationale Gesetzgebung allein wird hier nicht ausreichen, sondern wir werden natürlich international agieren müssen, zuallererst einmal in Europa. Hier geht es weiter um die Diskussion zur Datenschutzgrundverordnung. Das ist ein außerordentlich kompliziertes Unterfangen. Ich will das hier noch einmal darstellen: Auf der einen Seite wissen wir alle, dass wir ein gleiches Niveau von Datenschutz in Europa brauchen; denn ansonsten können sich Internetunternehmen zum Beispiel immer in einem Land in Europa niederlassen, in dem es eben nicht dieses Datenschutzniveau gibt. Auf der anderen Seite brauchen wir eine Einigung auf einem Niveau, das unserem Datenschutzniveau in Deutschland entspricht.

- (B) Das sehen aber nicht alle anderen Länder so wie wir. Das heißt, wir werden in den nächsten Monaten zunehmend in eine Situation kommen, in der wir genau abwägen müssen, was besser ist: eine Datenschutzgrundverordnung in Europa oder aber kein einheitliches Datenschutzniveau und damit immer wieder die Möglichkeit des Unterlaufens. Ich glaube, Deutschland muss, auch wenn wir kritisiert werden, dass es etwas länger dauert, mit aller Kraft auf ein vernünftiges Datenschutzniveau in Europa drängen. Alles andere kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen auch Initiativen für einen verlässlichen internationalen Datenschutz. Deutschland hat hier gemeinsam mit Brasilien in den Vereinten Nationen Aktivitäten unternommen. Das ist ein dickes Brett, das zu bohren ist. Ich glaube, wir müssen erst einmal in Europa mit gutem Beispiel vorangehen, um international voranzukommen.

Alle Aufgaben, die ich bisher beschrieben habe, sind Aufgaben, die für alle Länder dieser Erde gelten. Jeder, der für seine Bevölkerung Wohlstand sicherstellen will, braucht Wachstum und Innovationsfähigkeit und muss sich damit weltweit in einem fairen Wettbewerb beweisen.

Auf Deutschland kommt eine zusätzliche Aufgabe zu: die Bewältigung der demografischen Entwicklung. Mir ist das noch einmal bewusst geworden, als ich in der letzten Woche auf dem EU-Afrika-Gipfel war. Afrika ist

ein Kontinent, auf dem die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahre alt ist. Das ist eine völlig andere Bevölkerungsstruktur als unsere in Europa. In Afrika betrachtet man uns als einen wirklich alternden Kontinent und fragt, wie wir ohne so viele junge Leute, wie sie es kennen, zurechtkommen. Wir müssen uns natürlich ganz entschieden auf die Veränderungen vorbereiten. Die sogenannten Babyboomer – ich meine jetzt den stärksten Nachkriegsjahrgang – feiern in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag. Sie werden noch 17 Jahre in der Erwerbstätigkeit sein; danach werden wir abnehmende Zahlen haben. Das wird sich natürlich massiv auf unsere Arbeitswelt auswirken.

Das heißt, wir müssen als Erstes überlegen: Wie können wir vor allen Dingen eine gute Struktur vor Ort bekommen, die die Belastungen aufgrund der demografischen Entwicklung auffangen und darauf reagieren kann? Deshalb haben wir uns ganz bewusst entschieden, die Kommunen weiter zu entlasten. Wolfgang Schäuble hat hier gestern ausführlich dazu Stellung genommen. Die Kommunen sind inzwischen vollständig von den Kosten der Grundsicherung entlastet. Das sind in diesem Jahr 5,5 Milliarden Euro für die Grundsicherung. Diese Leistung mussten die Kommunen noch vor wenigen Jahren selber tragen. Wir wollen nun den nächsten Schritt gehen und in dieser Legislaturperiode jedes Jahr 1 Milliarde Euro zusätzlich für die Kommunen zur Verfügung stellen, mit Verabschiedung des Teilhabegesetzes aufwachsend auf 5 Milliarden Euro, weil wir den Kommunen auch bei der Eingliederung von Behinderten helfen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht 2014! Nächste Legislaturperiode!)

Das ist eine Leistung, die wir deshalb zur Verfügung stellen, weil wir überzeugt sind, dass die Lebenserfahrung jedes einzelnen Menschen zuallererst zu Hause, in der Kommune vor Ort gesammelt wird, und weil wir wissen, dass das große, oftmals ehrenamtliche Engagement der Kommunalpolitiker nur dann weiter Akzeptanz finden wird, wenn in den Kommunen auch etwas zu gestalten ist, wenn dort etwas zu machen und nicht nur Mangel zu verwalten ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das zweite große Thema, das von Bedeutung ist, wenn wir auf den demografischen Wandel reagieren wollen, ist die Sicherung der Fachkräftebasis. Was haben wir da für Möglichkeiten? Auf der einen Seite müssen wir alles daransetzen, dass der Zuwachs an älteren Beschäftigten, der in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, weiter anhält. Wir müssen auf der anderen Seite dazu beitragen, dass Frauen durch die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie bessere Chancen im Berufsleben bekommen. Wenn ich hier von Frauen spreche, spreche ich genauso von Eltern, also auch von Vätern. Wir haben in dieser Legislaturperiode mit dem ElterngeldPlus bereits eine Initiative ergriffen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Arbeitszeit verbessert. Ich denke, was das Zeitmanagement

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) von Familien anbelangt, wird in den nächsten Jahren noch viel zu leisten sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen allerdings auch das gesellschaftliche Umfeld so gestalten, dass die Bedürfnisse von Familien, gerade auch von Frauen, besser widerspiegelt werden. Das bedeutet, dass Frauen in Führungspositionen besser vertreten sein müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist in erster Linie – das haben wir jetzt festgestellt – eine Aufgabe für alle Gremien des Bundes. Da haben wir noch eine Menge zu tun – die Frauenministerin nicht –, aber ich weiß auch, dass es nicht so einfach ist, alle Gremien entsprechend zu besetzen. Jedoch, wenn wir die Unternehmen verpflichten wollen, wird man sich zu Recht fragen: Wie sieht es denn in der Politik aus?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie sieht es denn mit der CSU aus?)

Es gab seitens der Wirtschaft, also zumindest der börsennotierten Unternehmen, bisher keinerlei Initiative, der Politik zu zeigen, dass es die Wirtschaft besser macht. Deshalb sehen wir uns jetzt doch gezwungen, gesetzliche Regelungen einzuführen, um die Sache ein bisschen voranzubringen. Das ist wichtig.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Es ist auch mal schön, wenn die SPD begeistert ist.

(Heiterkeit bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beifall des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Ich bin es übrigens auch. Ich verstehe die Zurückhaltung bei uns gar nicht. Wir haben schließlich sehr harte Auseinandersetzungen gehabt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein dritter Punkt ist, dass wir heute die Fachkräftebasis für morgen sichern. Deshalb hat sich der Bund bei der Finanzierung zusätzlicher Hochschulplätze engagiert. Er wird das im Rahmen des Hochschulpaktes auch weiterhin tun, damit wir im nächsten Jahrzehnt ausreichend Absolventen haben. Die Investitionen in die Universitäten und Fachhochschulen haben aber auch zu einer Entwicklung geführt, die wir gestern im Kabinett anlässlich der Vorlage des Berufsbildungsberichts diskutiert haben. Wir haben erkannt, dass wir die duale berufliche Ausbildung stärken müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen den Ausbildungspakt im Zusammenhang mit einem Weiterbildungspakt neu auflegen. Wir müssen jetzt wieder dafür sorgen, dass uns in den nächsten Jahren nicht noch einmal passiert, was letztes Jahr passiert ist, nämlich dass 20 000 Absolventen keinen Ausbil-

dungsplatz bekommen haben, obwohl es ein Überangebot an Ausbildungsplätzen gab. Die Zahl von Anbietern einer dualen Berufsausbildung sinkt. Dies muss geändert werden. (C)

Solide Finanzen, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze – das alles ist wichtig. Für das gesellschaftliche Klima ist aber auch die Frage des sozialen Zusammenhalts von allergrößter Bedeutung. Hier kommen wir zu einigen Vorhaben, für die sich die Große Koalition entschieden hat und die durchaus auch kontrovers diskutiert werden. Sie sind aber in Anbetracht der Situation, in der wir uns befinden – nah an einem ausgeglichenen Haushalt, mehr Beschäftigte als jemals zuvor –, für die Menschen insgesamt sehr wichtig.

Das gilt zum Beispiel für das Thema Mindestlohn. Wir haben den Gesetzentwurf zum Mindestlohn im Kabinett verabschiedet. Er geht jetzt in die parlamentarischen Beratungen. Es sind noch einige Fragen zu klären, und diese werden auch geklärt. Wir haben uns entschieden, eine Übergangszeit bis zum Ende 2016 zu ermöglichen, sofern abweichende Tarifverträge vorhanden sind. Ansonsten tritt der Mindestlohn mit dem 1. Januar 2015 in Kraft. Wir haben uns entschieden, bei jungen Menschen unter 18 Jahren und ohne Berufsabschluss auf dem Wege zur Ausbildung Ausnahmen zuzulassen. Gleiches gilt für Praktika. Für Langzeitarbeitslose soll es eine Frist von sechs Monaten geben, in denen zuerst die Chance genutzt werden kann, überhaupt wieder eine Arbeit aufzunehmen, um danach in eine Phase des Mindestlohnbezugs zu gelangen.

Gerade bei den Langzeitarbeitslosen haben wir nach wie vor ein Problem. Trotz der guten Beschäftigungslage erscheint das Niveau von 3 Millionen Arbeitslosen ziemlich zementiert. Deshalb begrüße ich, dass die Bundesarbeitsministerin jetzt Initiativen entfaltet, um zu schauen, wie wir da rauskommen. Wir müssen vor allen Dingen bei den unter 30- bzw. unter 35-jährigen Langzeitarbeitslosen schauen, dass wir vorankommen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt ein Rentenpaket mit vier wesentlichen Maßnahmen vorgelegt: die Berücksichtigung von Erziehungsleistungen von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten, ein steigendes Rehabudget und abschlagsfreie Renten nach 45 Beitragsjahren. Letzterer Punkt wird ja noch sehr kontrovers diskutiert. Ich freue mich, dass wir uns alle einig sind – so haben wir das auch im Kabinett beschlossen –, dass wir alle Anreize zur Frühverrentung ausräumen müssen. Es lohnt die Mühe, darüber nachzudenken, wie wir das effektiv machen können. Frühverrentung kann nicht das Ansinnen sein. Im Übrigen wächst das Alter, ab dem wir die abschlagsfreie Rente ermöglichen, über die Jahre wieder auf 65 auf, weil wir davon ausgehen und auch alle Kraft darauf lenken werden, dass die Beschäftigungschancen Älterer, auch der über 60-Jährigen, deutlich besser werden. Das ist eine Notwendigkeit bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts, um den demografischen Wandel überhaupt zu bewältigen.



**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Von allergrößter Bedeutung sind natürlich die Fragen einer sicheren, verlässlichen gesundheitlichen Versorgung und einer leistungsfähigen Pflegeversicherung. In beiden Bereichen ergreifen wir Initiativen. Ich will hier besonders das würdigen, was im Pflegebereich geschieht: Wir werden zum 1. Januar 2015 eine Reform der Pflegeversicherung vorlegen. Die Beiträge werden um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Damit stehen 2,4 Milliarden Euro mehr für Pflegeleistungen zur Verfügung. Wir werden mit aller Kraft darauf hinarbeiten, dass nicht die Bürokratie, nicht die technischen Abläufe, sondern das, was die Menschen brauchen, die Pflege des einzelnen Menschen, wieder mehr im Vordergrund steht. Dazu werden wir einen neuen Pflegebegriff erproben und seine Praxistauglichkeit feststellen. Ich glaube, das ist die richtige Art, dies Schritt für Schritt anzugehen. Vor allen Dingen wollen wir die Pflegeberufe attraktiver machen, aber auch Pflege in der Familie in besonderer Weise befördern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ein weiterer wichtiger Bereich für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist das gesamte Thema der Integration von Migrantinnen und Migranten. In diesem Jahr werden wir einen Integrationsgipfel zum Thema „Ausbildung und Bildung“ abhalten. Gegen Ende des Jahres werden wir dann hoffentlich auch einen neuen Ausbildungs- und Weiterbildungspakt haben; denn unser Ziel muss natürlich sein, dass die Teilhabe der Migrantinnen und Migranten an der Berufsausbildung, am beruflichen Leben, am Arbeitsleben dieselbe ist wie bei denjenigen, die schon lange bzw. immer in Deutschland leben. Das haben wir, auch wenn es Fortschritte gibt, noch nicht erreicht. Deshalb wird die Integration auch in dieser Legislaturperiode ein wesentliches Element unserer Arbeit sein.

Wir hoffen, dass wir mit dem gestern verabschiedeten Entwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts für in Deutschland geborene Kinder einen Impuls setzen, um den Migrantinnen und Migranten und ihren Kindern zu sagen: Ihr seid hier willkommen. Ihr seid Teil unserer Gesellschaft. Ihr bekommt alle Chancen, die andere auch bekommen. Ihr sollt euch einbringen und werdet genauso gefördert. – Ich hoffe, dass dies seine Wirkung nicht verfehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In diesem Spektrum arbeiten wir in dem Umfang, den Deutschland aus eigener Kraft leisten kann. Aber wir wissen auch: Deutschland ist auf Dauer nur stark, wenn es auch Europa gut geht, wenn auch Europa stark ist. Deswegen setzen wir als Bundesregierung natürlich auch darauf, die europäische Politik intensiv zu gestalten und uns mit unserer Rolle dort einzubringen.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Euro-Schuldenkrise haben wir schwere Jahre hinter uns. Wir können jetzt erste Erfolge sehen, und ich finde, wir dürfen diese Erfolge nicht kleinreden, obwohl wir wissen, dass

wir damit den Weg natürlich noch nicht zu Ende gegangen sind. Weder sind die Zinssätze – schauen wir einmal auf Deutschland – so, dass man heute sagen kann: „Das Ganze ist schon wieder im Lot“, noch ist die Arbeitslosigkeit – gerade bei jungen Menschen in anderen europäischen Ländern – akzeptabel oder hinnehmbar.

Richtig ist und bleibt für mich aber doch, dass es vernünftig und notwendig war, einen Fiskalpakt zu entwickeln, mit dem wir dem Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder mehr Zähne gegeben haben; denn es war doch eine der Erfahrungen, dass uns das Nichteinhalten von Versprechungen und Beschlüssen in eine solche Situation gebracht hat. Es ist richtig und auch wichtig, dass wir sagen: Irland, Portugal, Spanien und Griechenland haben bei allen Bemühungen, die noch zu folgen haben, Fortschritte gemacht. Deshalb werden wir das auch weiter so hervorheben.

Anfang Juli wird es in Italien einen Gipfel geben, der sich wieder mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen wird. Dort wird es vor allen Dingen notwendig sein, zu schauen: Werden die in Europa bereitgestellten Mittel auch wirklich von den Ländern genutzt, die die größten Probleme haben? Häufig sind nämlich zwar Mittel für die Bekämpfung bestimmter Probleme vorhanden – natürlich wird dauernd darüber geredet, dass es eigentlich mehr sein sollte –, aber wenn man dann einmal genauer hinguckt, sieht man, dass die Mittel gar nicht abgerufen werden. Wir müssen jetzt erst einmal Wert darauf legen, dass die in der europäischen Finanzplanung für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zusätzlich vorgesehenen 6 Milliarden Euro dafür genutzt werden, wofür sie gebraucht werden, nämlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aus der Tatsache, dass wir von der Haushaltslage her heute besser dastehen als vor Jahren, die Arbeitsmarktsituation in vielen Ländern aber noch nicht besser ist, zum Teil sogar schlechter, ergibt sich im Übrigen auch die Aufgabenstellung für das neue Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission: Wir müssen gucken, wo wir Bürokratie abbauen und wie wir Unternehmen in Europa Chancen geben können – denn langfristige, dauerhafte Arbeitsplätze werden nur durch Unternehmen und nicht durch Staaten geschaffen –, und wir müssen schauen, wie wir die Vorzüge eines Binnenmarktes auch im digitalen Bereich, im Energiebereich und im Forschungsbereich wirklich zur Geltung kommen lassen können.

Das werden die Aufgaben sein, auf die sich Europa konzentrieren muss. Nicht jede Aufgabe ist eine Aufgabe für Europa, aber die großen Aufgaben können inzwischen mit einer europäischen Dimension besser gelöst werden, als wir das alleine, als Nationalstaat, könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind bei der Bankenunion vorangekommen. Ich will die Details hier jetzt nicht nennen. Das ist ein Riesenspektakel. Wenn Sie mich vor drei Jahren gefragt hätten: „Werden wir so weit kommen?“, dann hätte ich sehr

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) große Zweifel geäußert. Das bedeutet eine riesige Kraftanstrengung.

Deutschland ist im Übrigen in vielen Fragen vorangegangen:

Wir hatten schon eine Bankenabgabe, als es in Europa noch keine Bankenabgabe gab. Damit haben wir ein Modell geliefert. Wir hatten auch schon einen Bankenabwicklungsmechanismus, als es in Europa noch keinen solchen gab. Auch damit waren wir Vorreiter. Das heißt, wir haben mit unseren nationalen Regelungen immer wieder auch Hilfestellungen für europäische Regelungen geben können, und ich bin sehr froh, dass wir hier jetzt wirklich sehr gut vorangekommen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass wir, wenn wir uns nur auf unsere eigenen Belange konzentrieren, natürlich nicht erfolgreich sein können. Deshalb beschäftigt uns das Thema „Frieden, Freiheit und Menschenwürde in Europa und in der Welt“ natürlich sehr – gerade jetzt, in diesen Tagen.

Die Lage in der Ukraine bleibt schwierig. Sie haben das in den letzten Tagen wieder verfolgt, und es ist leider an vielen Stellen nicht erkennbar, wie Russland zur Entspannung der Situation beiträgt. Deshalb werden wir auf der einen Seite weiter das tun, was wir immer getan haben, nämlich die Gesprächsfäden nutzen, auf der anderen Seite aber auch klar und deutlich sagen: Die Ukraine hat aus unserer Sicht ein Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg. – Den werden wir einfordern. Die Ukrainer müssen über ihr Schicksal selber entscheiden, und dabei werden wir der Ukraine behilflich sein.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist jetzt dringend notwendig, dass die OSZE-Mission, die glücklicherweise angelaufen ist, auf die versprochenen 500 Personen aufgestockt wird.

Es ist dringend wichtig, dass es internationale Gespräche mit der Europäischen Union, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und auch mit Russland gibt –, aber eben unter Beteiligung der Ukraine. Es ist wichtig, dass der Verfassungsprozess in der Ukraine vorankommt. Es ist wichtig, dass die Wahlen dort vernünftig vorbereitet werden können. Es ist vor allen Dingen wichtig, dass auch die internationale Finanzunterstützung anläuft. Das IWF-Programm für die Ukraine ist beschlossen. Es ist ein sehr anspruchsvolles Programm, das den Menschen Opfer abverlangen wird. Aber die europäischen Mittel und auch die IWF-Mittel müssen jetzt schnell fließen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren all dies in einem Jahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkriegs 100 Jahre, der des Zweiten Weltkriegs 75 Jahre, der Fall der Mauer und das Ende des Kalten Kriegs 25 Jahre jähren; Ereignisse, derer wir gedenken. Wir sind uns heute in Europa, aber auch in der Welt insgesamt viel näher, als das wahrscheinlich in der Geschichte der Menschheit jemals der Fall war.

Wir wissen, dass diejenigen, deren Denken nur um eigene Interessen kreist, die eine eindimensionale Welt-

sicht haben und die ohne Rücksicht auf andere ihre Stärke ausspielen, keine Chance haben, Zukunft zu gestalten. Natürlich gehört für jeden von uns die nationale Perspektive dazu, aber niemand, der erfolgreich sein möchte, kann heute nur seine eigenen Belange in den Vordergrund stellen. Er verbaut sich damit seine eigene Zukunft.

Deshalb ist die einzig wahre Antwort auf die Probleme unserer Zeit ein positives Gestalten der Globalisierung. Wir brauchen eine neue Art des Miteinanders, des fairen Interessenausgleichs auf der Welt. Wir wollen und brauchen eine neue Art, bei Dissens und Streit kooperative Lösungen zu finden.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Sage ich doch!)

Je besser wir das in Deutschland miteinander praktizieren, desto eindrucksvoller ist die europäische Erfolgsgeschichte.

Das Modell des Interessenausgleichs ist das Modell der Zukunft. Deutschland leistet seinen Beitrag dazu: durch solide Finanzen und eine Wachstumspolitik, durch einen starken inneren und äußeren Zusammenhalt und durch ein starkes europäisches und globales Engagement.

Ich bitte Sie, auf diesem Weg mitzugehen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU –  
Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Katrin Göring-Eckardt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 100 Tage Schonfrist gesteht man jeder neuen Regierung zu.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Der Opposition auch!)

Union und SPD haben viele geschont, vor allem sich selbst.

Heute behaupten Sie, Sie machten keine Schulden.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Machen wir auch nicht!)

Ich sage Ihnen: Doch, Sie verschulden sich: an den Jungen, an den Armen und an der Umwelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen Politik für die Babyboomer – das wussten wir schon –, seit neuestem auch für die BASF, die sich sehr freut. Sie sind so etwas wie eine Amigo-Generation. Die Generation der unter 30-Jährigen jedenfalls hat bei Ihnen nichts zu lachen.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Fragen Sie die doch mal!)

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Die Industrieprivilegien beim EEG und damit die Mehrkosten für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Sie alle gerade verabredet haben, sind auf einem Niveau, das früher wenigstens jedem Sozialdemokraten die Schamröte ins Gesicht getrieben hätte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verschieben jede schwierige Entscheidung auf die nächste Legislaturperiode. Fast könnte man glauben: Jeder von Ihnen hofft darauf, an der nächsten Regierung nicht beteiligt zu sein, damit Sie diesen Schlamassel nicht ausbaden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hieß doch damals der Spruch der westdeutschen Jugend? Erst wenn die letzte Rentenkasse geplündert, die letzte Sozialkasse geleert und alle Schulden angehäuft sind, werden Sie merken, dass man Koalitionsverträge nicht essen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Erinnerung: In der letzten Großen Koalition wollten Sie noch etwas erreichen, ganz unabhängig davon, wie man das im Einzelnen findet. Damals haben Sie mit einer kleineren Mehrheit die Föderalismusreform gestemmt, die Rente mit 67 eingeführt, Subventionen abgebaut, die teuer, aber populär waren, und auf den letzten Metern sogar noch die Schuldenbremse eingeführt. Damals hatte man wenigstens noch das Gefühl, Sie wollen Verantwortung übernehmen.

- (B) (Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie haben die Verantwortung verweigert!)

Heute sind wir bei „Wünsch dir was“. Der Unterschied zum Märchen mit der guten Fee ist allerdings: Hier hat nicht jeder drei Wünsche frei, sondern jedes Mal, wenn einem ein neuer Wunsch einfällt, kriegst der andere noch einen obendrauf erfüllt. Mit Verantwortung hat das nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute wickelt die eine Hälfte von Ihnen die eigene Parteigeschichte ab, inklusive Franz Müntefering, während sich die andere auf den volkswirtschaftlichen Resten ausruht, die dann noch übrig bleiben. Meine Damen und Herren, Sie haben 504 Mandate im Deutschen Bundestag.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Das hat der Wähler entschieden!)

Aber, ehrlich gesagt, in diesen 100 Tagen gab es noch keine einzige neue Idee.

Sie beide vereint nicht etwa die Leidenschaft, Deutschland für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Sie verteilen lieber leidenschaftlich, was Sie nicht bezahlen können. Sie bestellen; die Kinder und Enkel bezahlen. Sie machen Politik nach der Formel „Rente mit 70 minus 63 ist gleich Mütterrente“. Ich finde das absurd. Ich finde, das hat mit Zukunft nichts zu tun, und mit Verantwortung für die Zukunft erst recht nicht.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Doch!) (C)

Das Ganze kostet, wie Sie wissen, 160 Milliarden Euro. Für die Schulsozialarbeit – ich glaube, keiner wird einen Deut daran zweifeln, wie wichtig sie ist – werden 400 Millionen Euro fehlen. Aber die Schüler dürfen nicht wählen, und die Kommunen und Länder nörgeln ja eh immer nur herum.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Manche!)

Ich habe den Eindruck, Sie vergessen völlig, worauf es eigentlich ankommt.

Liebe SPD, es ging ganz fix: Zuerst war es noch ein zentrales Thema, dass die Kommunen und Länder unterstützt werden und wir in Bildung und Kinder investieren. Jetzt handeln Sie nach dem Motto „2018 reicht auch noch“. Das ist eine Mogelpackung, Frau Merkel. Sie unterstützen die Kommunen nicht, sondern Sie verschieben es auf die Zukunft, und Sie bauen gerade an den Stellen ab, wo es um diejenigen geht, die besonders viel Hilfe bräuchten. Deswegen sage ich Ihnen: Auch das hat nichts mit Verantwortung zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christine Lambrecht [SPD]: Diese Rede auch nicht!)

Die Wahrheit ist: Die Kommunen ächzen nach wie vor unter dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur. Das Land lebt in Teilen von seiner Substanz. Vorhandene Straßen und Brücken müssen gelegentlich repariert werden. Ich weiß, dass Sie es komisch finden, wenn das eine Grüne sagt. Aber in diesem Punkt sind wir, ehrlich gesagt, ganz altmodisch: Erst repariert man etwas, bevor etwas Neues angeschafft wird. Das kann ja nicht so schwer sein. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie vom Breitbandausbau reden, aber faktisch überhaupt nichts dafür tun, ist absurd. Das zeigt, dass es Ihnen auch ökonomisch und gesellschaftlich nicht um die Zukunft geht. Herr Dobrindt hat gesagt, er will lieber ein schnelleres Netz in den Bayerischen Wald bringen, statt zu twittern. Jetzt stellen wir fest: Herr Dobrindt twittert nicht, aber das schnelle Netz im Bayerischen Wald wird es leider auch nicht geben.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Da täuschen Sie sich aber gewaltig! Da kennen Sie den Bayerischen Wald nicht!)

Ich habe das Gefühl, dass Herr Dobrindt sich ganz heimlich wahnsinnig doll um die Maut für Pkw kümmert, von der wir ewig lange nichts gehört haben. Ich bin sehr gespannt, wann Sie wirklich Internet- und Infrastrukturminister werden, Herr Dobrindt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahrscheinlich nie!)

Innenpolitisch habe ich den Eindruck, Frau Merkel, Sie machen denselben Fehler wie Kohl in den 90ern: Sie

Katrin Göring-Eckardt

- (A) regieren faktisch in der Komfortzone. Vielleicht sollte man auch das einmal in Erinnerung rufen: Zukunft ist nicht die nächste Legislaturperiode. Zukunft ist die Zeit, in der unsere Kinder Verantwortung für dieses Land übernehmen. Dass es in Ihren Fraktionen wenigstens noch ein paar junge Abgeordnete gibt, die Ansätze einer Kritik an diesen Verschiebebahnhöfen und dem kurzfristigen Verscherbeln äußern, ist jedenfalls ein kleiner Beweis dafür, dass es bei Ihnen noch ein bisschen Lebendigkeit gibt. In der letzten halben Stunde hatte ich allerdings, ehrlich gesagt, nicht das Gefühl, dass es hier sehr viel Wachheit und Leidenschaft gab.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden sagen: Die Leute mögen mich ja dafür. – Das mag sein, aber es reicht eben nicht, nur zu tun, was gerade gefällt. Können unsere Enkel eigentlich noch entscheiden, wo und wie sie leben wollen? Ist die Luft noch sauber genug? Ist der Wald hinter dem Haus eigentlich noch da, und kann man noch die berühmte Schlüsselblume sehen, außer bei Wikipedia?

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh!)

– Sie finden das offenbar lustig. Ich finde es nicht lustig.

Jeden Tag wird in Deutschland eine Fläche von über 100 Fußballfeldern mit Häusern und Straßen bebaut. Jeden Tag verschwinden zwischen 50 und 100 Arten. Da Sie das lustig finden, sage ich Ihnen: Nein, das ist nicht albern. Man kann nicht am Sonntag von der Bewahrung der Schöpfung reden und gleichzeitig die Massentierhaltung fördern

(B)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Immer dieses Sendungsbewusstsein! Das ist albern!)

und in Brüssel gegen den eigenen Koalitionsvertrag und gegen den Willen einer übergroßen Mehrheit in Deutschland dafür sorgen, dass Genmais zugelassen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können dann nicht sagen: Es ist uns egal, dass das Zeug im Supermarktregal steht und nicht gekennzeichnet wird.

Wenn Frau Hendricks und Herr Gabriel in der Klimapolitik so weitermachen, dann kann ich Ihnen nur empfehlen: Schauen Sie sich einmal die Berichte an. Schauen Sie sich einmal an, was uns die Wissenschaftler gerade wieder in das Stammbuch geschrieben haben. Wenn Sie so weitermachen, dann wird Olaf Scholz eines Tages, wenn er dann noch regiert, seinen Stadtstaat nur noch vom Schiff aus befahren können, weil er die Deiche gar nicht hoch genug bauen lassen konnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen wieder. Wenn Sie so weitermachen, dann verfehlt Deutschland das Klimaziel von minus 40 Prozent nicht nur knapp, sondern krachend. Schwarz-rote Klimapolitik scheint vor allen Dingen dafür da zu sein, dass das Klima in der Koalition stimmt

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Auch wichtig! – Thomas Oppermann [SPD]: Besser als in der Opposition!)

(C)

und dass die Industrie es wirklich gut hat. Ein Klimaktionsplan wurde angekündigt. Umsetzung? – Fehlanzeige! Eine Reform des Emissionshandels wurde angekündigt. Umsetzung? – Null! Die Kürzung der Mittel für den internationalen Klimaschutz um mehrere Hundert Millionen im Bundeshaushalt haben Sie allerdings ganz schnell umgesetzt. Ein dreistelliger Millionenbetrag für den internationalen Klima- und Umweltschutz ist einfach weg, einfach abgeräumt. Auch hier zeigen Sie echte Verantwortungslosigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die zentrale Maßnahme der Umweltministerin gegen steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Empfehlung an die Bürgerinnen und Bürger darin besteht, weniger zu heizen, dann merkt man: Frau Hendricks kennt den Koalitionsvertrag ganz gut. Sie weiß: Angesichts der Vorhaben dieser Regierung in Sachen Klimaschutz muss man sich als Bürgerin ziemlich warm anziehen. Dass sich angesichts dessen noch irgendjemand in Brüssel für schärfere EU-Klimaziele oder für eine echte Reform des Emissionshandels einsetzen wird, ist wahrhaft unwahrscheinlich. Diese Koalition ist direkt schlecht für das Klima.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie haben vom Technologievorsprung Deutschlands geredet. Da hätten wir ihn. Es ist aber völliger Quatsch, dass Arbeitsplätze wegfallen würden. Nein, sie entstehen erst durch die erneuerbaren Energien. Diesen Vorsprung könnten Sie tatsächlich zu einer großen Stärke Deutschlands machen. Aber im Moment räumen Sie ihn ab. Wir erinnern uns noch an die Zeit der ersten Großen Koalition. Frau Merkel und Herr Gabriel standen in roten Jacken vor Eisbergen. Damit sollte deutlich gemacht werden: Die Eisberge schmelzen. – Aber die klimapolitischen Ambitionen sind gleich mit geschmolzen. Die rote Jacke hat ausgedient. Die Klimakanzlerin von 2007 sitzt warm und trocken, und der Umweltminister von damals schützt heute lieber angeblich bedrohte Industriezweige als real bedrohte Arten. Wir stellen uns Klimapolitik wirklich anders vor.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist verantwortungslos, den Ausbau der Erneuerbaren zu deckeln, sodass sie gerade noch den Ausstieg aus der Atomkraft kompensieren. Wer sich die EEG-Reform anschaut, redet nur noch von einem Reförmchen. Das ist übrigens nicht meine Formulierung. Diese können Sie heute in allen Zeitungen lesen. Das Ganze ist in Wirklichkeit in erster Linie das, was Sie immer wollten, nämlich eine Bestandsgarantie für die dreckige Kohle. Diese sollen wir weiterhin fördern. Nein, eine echte Energiewende, eine echte Energierevolution sieht anders aus. Das trauen Sie sich nicht. Auch damit verscherbeln Sie die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Herr Gabriel, jetzt ist die Maske gefallen. Sie wollen so tun, als seien Sie der große Manager der Energiewende. Jetzt stellt sich heraus: In Wahrheit sind Sie der energischste Lobbyist der Manager. Kleine Leute zahlen bei Ihnen die Rechnung. Sie haben kaum mehr als 100 Tage gebraucht, um zum Genossen der Bosse zu werden. Sie haben kaum mehr als 100 Tage gebraucht, um solche Sätze zu sagen wie den: 40 Euro, das wird ja wohl niemandem etwas ausmachen. – Doch ich sage Ihnen: Es macht gerade den kleinen Leuten etwas aus. Dass die Industrie heute über die Ausnahmen, die Sie ihr garantiert haben, jubelt, zeigt genau, dass Ihre Energiewende nicht nur eine klimapolitische Schieflage hat, sondern auch eine soziale Schieflage. Manchmal wünscht man sich schon Peer Steinbrück zurück, der gegenüber den Industrieleuten wenigstens einmal klare Kante zeigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu passt dann auch ganz gut, dass Sie ein Machtwort sprechen, wenn es um die Frauenquote geht. Das passt perfekt ins Bild. Frau Schwesig darf jetzt nett über Leitlinien reden, weil Ihnen die Jungs von der Industrie gesagt haben, dass ihnen die Frauenquote wirklich nicht passt. Die Frauen haben lange genug gewartet, es ist endlich an der Zeit, dass die Quote kommt. Frau Schwesig, nehmen Sie bitte Ihren Mumm zusammen, und kämpfen Sie dafür! Reden Sie nicht mehr weiter darüber! Es ist genug geredet worden. Wir wollen endlich Taten sehen, wenigstens an dieser Stelle. Das kostet noch nicht einmal etwas.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe den Eindruck, dass hier so eine Art Grundkonflikt besteht. Nutzen Sie eigentlich Ihre große Mehrheit nur für den Machterhalt, oder gibt es bei Ihnen eine Perspektive? Ich meine eine Perspektive nach dem Motto: Versöhnung zwischen ökologisch verantworteter Begrenzung und unaufgebbarer Freiheit in Wohlstand. Freiheit in Wohlstand – darum würde es nämlich eigentlich gehen.

Ich gebe zu: Mir wären sogar ein paar Verbote ganz lieb.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Darin seid ihr gut!)

Wir sind Exportland Nummer drei, was die Waffenexporte angeht. Panzer nach Saudi-Arabien und Katar. Beschämend ist das, und beschämend ist auch Ihr Feigenblatt von mehr Transparenz. Ich möchte gerne, dass es hier eine tatsächliche Wende gibt und dass wir davon absehen, Waffen in Länder zu exportieren, die weit weg von Demokratie und dem sind, was wir mit Menschenrechten und Menschenwürde verbinden. Hier wäre nun wirklich ein Verbot sehr sinnvoll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich sage Ihnen auch: Wenn Sie einerseits über Energiesicherheit und über Unabhängigkeit reden, aber im gleichen Atemzug den Verkauf des größten Gasspeichers in Westeuropa ausgerechnet an die Firma Gazprom ge-

nehmigen, dann ist das unglaublich, dann ist das absurd. Wenn Sie an solchen Stellen nicht glaubwürdig werden, dann ist es auch mit der Außenpolitik, die ich an dieser Stelle wirklich überzeugend fand, auf einmal sehr schwierig. Dann wird nämlich hinten wieder eingerissen, was man vorne eigentlich richtig gemacht hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das Gefühl, Sie sind inzwischen so zufrieden auf der Regierungsbank, dass Ihnen auch Visionen abhandengekommen sind, die Vision eines modernen Staates zum Beispiel, der Wohlstand mit Anstand und Zukunft mit Schonung verbindet. Angesichts des Kräfteverhältnisses im Deutschen Bundestag haben Sie nicht nur die Möglichkeit, sondern Sie haben doch eigentlich die Pflicht und die Verantwortung, die Zukunft nicht zu verscherbeln. Stattdessen nörgeln Sie lieber ein bisschen herum, einmal am Verfassungsgericht, ein anderes Mal an Griechenland oder an denen, die wenigstens den Mund aufmachen. Ich finde, dieses Land hat etwas anderes verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir in diesen Tagen und Stunden in Richtung Ukraine blicken, dann stellen wir fest, dass unsere Sorgen nicht kleiner geworden sind. Wahrscheinlich hoffen wir hier alle gemeinsam, dass die Ukraine mit dem 25. Mai und demokratischen Wahlen Stabilität erlangt, nicht mehr Spielball geopolitischer Interessen ist und ökonomisch auf die Beine kommt.

Eigentlich ist es tragisch, dass es erst so eine außenpolitische Krise brauchte, damit allen wieder klar wird, was der Wert Europas eigentlich ist, dass Europa für viele Menschen gerade am Rande der EU eine Verheißung ist und kein Zweckbündnis, das einmal nützt und einmal nicht. Dass Sie lieber Abwehrschlachten gegen stärkere CO<sub>2</sub>-Reduzierung, bei den Grenzwerten für die Pkw, gegen ambitionierte Klimaschutzziele und, und, und geliefert haben, zeigt, dass wir an dem Europa, das wir eigentlich wollen und für das wir eigentlich stehen, lange genug mit dieser Regierung vorbeigeredet haben. Jetzt ist Europa plötzlich als Friedensmacht gefordert. Sie merken, eine ausschließlich utilitaristische Haltung zu Europa einzunehmen, funktioniert nicht, wenn europäische Werte gefragt sind.

Wer ein Europa will, das auch machtpolitisch ernst genommen wird, der muss dafür sorgen, dass dieses Europa stark ist, statt am Ende doch noch nach der NATO zu rufen. Es ist eben keine kohärente Politik, wenn die Verteidigungsministerin die ganze Zeit mit ihrer Militärrhetorik das Krisenmanagement unterwandert, das der Außenminister diplomatisch auf europäischer Ebene betreibt. Diese Krise, Frau von der Leyen, taugt nicht zur regierungsinternen Selbstdarstellung. Bleiben Sie dabei, für ein starkes Europa und für eine friedliche Lösung zu kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wo wir schon von europäischen Werten sprechen: Jedes Jahr fliehen Tausende Menschen nach Europa. Im

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Mittelmeer ertrinken andere bei dem Versuch, Sicherheit zu finden. In der letzten Nacht wurden mehr als 1 000 Menschen gerettet – zum Glück.

In Syrien tobt seit drei Jahren ein fast schon vergessener Bürgerkrieg. Ein Drittel der Bevölkerung Syriens ist auf der Flucht. Sie sollten darüber reden, was wir tun können, um diesen Menschen zu helfen. Wir sind immer noch bei gerade einmal 10 000 Kontingentflüchtlingen aus Syrien. Im Libanon ist in der vergangenen Woche der einmillionste Flüchtling aufgenommen worden. Die Türkei ist schon nah an dieser Grenze. Nur einmal zum Vergleich – weil Sie immer sagen, wir nähmen ja schon so viele auf –: Wenn wir im gleichen Verhältnis wie Libanon und Türkei Flüchtlinge aufnehmen, dann würden wir hier über 18 Millionen Flüchtlinge reden. Ich sage Ihnen: Gemessen daran sind die Anstrengungen der Bundesregierung nicht mehr als ein schlechter Witz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Das ist nicht Ausdruck der internationalen Verantwortung, von der Sie immer so gern reden. Sehen Sie endlich der humanitären Verpflichtung und der Realität ins Auge. Reden Sie mit den Ländern und Kommunen.

Herr Steinmeier, was nun wirklich gar nicht geht und was Sie dringend aufklären müssen, ist, ob es wirklich Missbrauch, ob es wirklich Bestechung bei der Terminvergabe in deutschen Vertretungen gab. Falls ja, dann muss hier sehr schnell gehandelt werden.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, mehr tun und weniger Politik antäuschen, das würde ich mir auch wünschen, wenn es um die großen Skandale geht, die wir unter den Kürzeln „NSU“ und „NSA“ kennen. 104 Tage dauert der NSU-Prozess jetzt. Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Gedenkrede vor den Hinterbliebenen rückhaltlose Aufklärung zugesagt, und Sie haben versprochen, alles zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann. Ich nehme Ihnen ab, dass Sie diese Worte ehrlich gemeint haben. Nur: Es gibt bis heute weder eine neue Sicherheitsarchitektur, noch wurden der strukturelle Rassismus und die Blindheit auf dem rechten Auge in den Sicherheitsbehörden geheilt. Wir haben hier noch eine echte Hausaufgabe, und ich verlange von Ihnen, dass Sie sie angehen und dass Sie sie nicht „wegschwurbeln“ nach dem Motto: Es wird ja hoffentlich nichts wieder passieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Sicherheitsbehörden wurschteln weiter vor sich hin. Selbst Ihr Koalitionspartner CSU macht immer wieder weiter mit Scharfmacherei. Gestern, am Internationalen Roma-Tag, haben wir gehört, in welchem Ausmaß Sinti und Roma bei uns in Europa und darüber hinaus diskriminiert, beschimpft und verfolgt werden. Angesichts dessen klingt der Satz „Wer betrügt, der fliegt“ noch zynischer, noch kälter.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Der Satz hat  
doch damit überhaupt nichts zu tun!)

- (C) Dieser Satz hat nichts mit Menschenwürde zu tun. Hören Sie damit auf, und fangen Sie an, Rassismus zu bekämpfen, weil es um die Menschenwürde aller geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Dazu gehört es dann auch, dass man bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eben nicht wieder nur den halben Weg geht. Willkommenskultur, das heißt doch „Ihr seid wirklich willkommen“. Wir dürfen nicht wieder Staatsbürgerschaften erster und zweiter Klasse schaffen. Deswegen sage ich Ihnen klar und deutlich: Lassen Sie den Optionszwang komplett fallen! Erst dann haben wir eine Willkommenskultur. Erst dann können wir sagen: Ja, wir leben hier zusammen. Wir tun das gern, weil wir etwas voneinander haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Im Innenausschuss mussten wir von Herrn Ziercke erfahren, dass das BKA heute so aufgestellt ist, dass die rechte Hand nicht so genau weiß, was die linke tut. Jede Woche gibt es etwas Neues, immer mehr Chaos. Frau Merkel, was haben Sie eigentlich getan, als bekannt wurde, dass Ihr Handy und die Telefonate und E-Mails von Millionen von Deutschen abgehört wurden? Sie haben heute hier dargestellt, es sei sehr kompliziert, das alles europäisch zu regeln. Was haben Sie getan? Sie haben eine platonische Brieffreundschaft mit den USA und mit Großbritannien begonnen. Wir wissen: Sie schreiben, aber niemand antwortet.

- (D) Dieser Skandal muss aufgeklärt werden. Ich bin heilfro, dass wir jetzt den NSA-Untersuchungsausschuss haben. Ich sage Ihnen: Es ist ein harter Job, dafür zu sorgen, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Selbstbestimmung, auf Geheimnis, darauf, dass sie über ihre eigenen Daten verfügen können, in diesem Land wiederhergestellt werden. Deswegen ist es richtig, dass Herr Snowden aussagt. Deswegen ist es richtig, dass wir aufklären, mit aller Kraft und mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Wir dürfen uns nicht zurückziehen und sagen, das sei kompliziert, sondern wir müssen unsere Energie dafür einsetzen und sagen: Ja, das wollen wir, und zwar bei aller Freundschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestern war – das kann man nicht anders sagen – ein großer Tag für die Bürgerrechte. Allen Hardlinern, die so gerne davon reden, dass man durch die Vorratsdatenspeicherung die Sicherheit erhöhen würde, sage ich: Die Vorratsdatenspeicherung war falsch, ist falsch und bleibt falsch. Wir sind froh, dass der Europäische Gerichtshof sehr deutlich gemacht hat, dass die anlasslose Speicherung von Millionen von Daten nicht geht, dass sie nichts mit Bürgerrechten zu tun hat. Ich bin sehr froh, dass der Europäische Gerichtshof dieses Zeichen für Bürgerrechte und Freiheit kurz vor der Europawahl gesetzt hat. Heute stehe ich hier und kann sagen: Auch deswegen, wegen der Freiheit, bin ich stolz, eine Europäerin zu sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Katrin Göring-Eckardt**

- (A) Es macht wirklich keinen Sinn, jetzt nationale Alleingänge zu starten.

Meine Damen und Herren, wenn man sich den Streit um das Rentenpaket in Ihrer Koalition vor Augen führt, muss man sagen: Bei diesem Paket und auch bei dem Streit, den Sie darüber führen, vergessen Sie diejenigen, die wirklich Unterstützung brauchen. Sie vergessen die kommenden Generationen, lassen die Krankenschwester und den Zahntechniker aber brav ihre Beiträge zahlen. Sie vergessen diejenigen, die 30 Jahre lang wirklich hart gearbeitet haben und nun nicht mehr können. Sie verfahren nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“. Die Folgen Ihrer Politik verschieben Sie auf das Jahr 2018; dann wird es ja irgendwie weitergehen. Ich sage Ihnen: Das ist nichts, Frau Nahles, worauf man stolz sein kann. Da fehlen die Fachkräfte. Da fehlt die Unterstützung für diejenigen, die ganz draußen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gestern haben Sie gesagt, die Union wolle gegenüber der SPD vertragstreu sein. Mir wäre es lieber, Sie wären vertragstreu gegenüber denen, die es wirklich nötig haben: gegenüber unseren Kindern und Enkeln, gegenüber der Umwelt und dem Klima, gegenüber all denen, die wirklich etwas riskieren, hart arbeiten und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die alle werden nämlich nicht fragen: „Habt ihr euch in der Großen Koalition damals gut verstanden?“, sondern die werden fragen: Habt ihr eigentlich auch an uns und unsere Zukunft gedacht? Deswegen: Übernehmen Sie Verantwortung, meine Damen und Herren!

(B)

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die SPD-Fraktion erhält nun Thomas Oppermann das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Thomas Oppermann (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer Frau Katrin Göring-Eckardt eben aufmerksam zugehört hat, der konnte den Eindruck gewinnen, dass sich unser Land im Augenblick in einem ausgesprochen schlechten Zustand befindet.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört, Herr Oppermann! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Besser zuhören!)

Da haben Sie, Frau Göring-Eckardt, an der Wahrnehmung der allermeisten Menschen in diesem Lande komplett vorbeigeredet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben kein Wort zur wirtschaftlichen Situation verloren. (C)

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch!)

In der Tat, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wende, gleichzeitig den höchsten Stand der Beschäftigung.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch den höchsten Stand an prekärer Beschäftigung!)

Wir haben Überschüsse in allen Sozialversicherungen. Wir haben die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte dieses Landes.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch die größten Infrastrukturprobleme!)

Bund, Länder und Unternehmen zusammen geben in diesem Jahr 80 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus. Auch wenn ich weiß, dass damit nicht alle Probleme in diesem Land schon gelöst sind – die Wahrheit ist doch: Dieses Land steht augenblicklich ausgesprochen gut da, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber dann!)

So etwas zu sagen – ich weiß das aus eigener, noch gar nicht so lange zurückliegender Erfahrung –, fällt in der Opposition schwer, (D)

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

aber Sie hätten allen Grund gehabt, darauf hinzuweisen; denn, Frau Göring-Eckardt, Sie waren bei den Grünen doch schon einmal Fraktionsvorsitzende, nämlich als Rot-Grün vor zehn Jahren die Arbeitsmarktreformen ganz entschlossen angepackt hat.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider verscherbeln Sie das alles!)

Sie haben einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass dieses Land heute wirtschaftlich so stark ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, auch die Grünen können sich einmal über die wirtschaftlichen Erfolge in diesem Land freuen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Jetzt kommt es darauf an, alles dafür zu tun,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstbeschwörung!)

dass diese wirtschaftliche Stärke erhalten bleibt, und dafür zu sorgen, dass alle Menschen davon profitieren. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an der ökonomischen Stärke teilhaben können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Thomas Oppermann

- (A) Dass es uns im Augenblick so gut geht, ist keineswegs selbstverständlich. Die Krise auf der Krim hat uns gezeigt, wie schnell die Stabilität in Europa in Gefahr geraten kann. Russland hat auf der Krim eigenmächtig Grenzen verschoben. Das war ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Trotzdem oder gerade deshalb ist es gut, dass die internationale Gemeinschaft auf Verhandlungen und Diplomatie setzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Konflikte können militärisch entschieden werden; aber sie können nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb bin ich froh, dass die Bundeskanzlerin und Bundesaußenminister Steinmeier von Anfang an klarmacht haben: Es gibt keine militärischen Optionen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dieser Konflikt muss mit diplomatischen und politischen Mitteln bearbeitet werden, zum Beispiel mit den direkten Verhandlungen, die die Bundeskanzlerin angesprochen hat.

Die Menschen in der Ukraine kämpfen gegen Korruption und Gewalt. Sie kämpfen für Demokratie und für freie Wahlen. Ich wünsche mir, dass sie am 25. Mai in der Ukraine diese freien Wahlen ohne Störungen, ohne Behinderungen durchführen können und dass die Einheit ihres Landes erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Angesichts dieser existenziellen Fragen, mit denen sich die Ukrainer auseinandersetzen müssen, empfinde ich es – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – schon als einen gewissen Luxus, dass wir hier und heute im Bundestag die Vorlage eines strukturell ausgeglichenen Haushalts beraten dürfen; ich glaube, das sollte man auch einmal erwähnen. Dieser Haushalt ist nicht selbstverständlich. Das ist eine Zäsur. Darauf mussten die Bürgerinnen und Bürger 46 Jahre lang warten. 46 Jahre haben wir neue Schulden aufgetürmt. Damit ist jetzt Schluss. Das ist eine ganz klare Botschaft an die jungen Menschen in diesem Land: Wir wollen damit aufhören, Politik auf dem Rücken der jungen Generation zu machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bedanke mich bei Bundesfinanzminister Schäuble, dass er uns einen solchen Haushalt vorgelegt hat. Dafür müsste er eigentlich eine John-Maynard-Keynes-Medaille bekommen, wenn es so etwas gäbe. Wir schaffen angesichts des hohen Schuldenstandes zwar keine echten Reserven,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das ist richtig! Eine sehr gute Aussage!)

aber wir tun in wirtschaftlich guten Zeiten das Mindeste, was wir tun können: Wir legen einen ausgeglichenen Haushalt vor, damit wir in schlechten Zeiten auch wieder handlungsfähig sein können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (C) Auf diese Weise hat die letzte Große Koalition – darauf ist schon hingewiesen worden – entscheidend dazu beigetragen, dass wir heute wirtschaftlich stark sind. Ich möchte ganz besonders Peer Steinbrück und Olaf Scholz erwähnen. Ihnen haben wir es zu verdanken, dass Deutschland in der Krise von 2009 seine industrielle Basis behalten hat. Ohne Kurzarbeitergeld und Konjunkturprogramm wäre vieles unwiederbringlich verloren gegangen. Gut, dass wir das verhindert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten aber natürlich auch nicht vergessen, dass jetzt ein strukturell ausgeglichener und im nächsten Jahr ein vollständig ausgeglichener Haushalt nicht allein das Verdienst der Bundesregierung und der Politik sind; denn wir profitieren zweifellos auch von der Schwäche der anderen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und von den Sozialkassen!)

Wir profitieren von historisch niedrigen Zinsen durch die Euro-Krise. Statt wie in 2008 40 Milliarden Euro zahlt der Bund in 2014 voraussichtlich nur noch 30 Milliarden Euro Zinsen. Das sind zwar 25 Prozent weniger, aber es sind immer noch 10 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Bundes. Mit anderen Worten: 10 Prozent der Steuereinnahmen führen wir direkt an Kapitalanleger ab, die jahrzehntelang von wachsender Staatsverschuldung profitiert haben. Diese Art der Umverteilung können wir in Zukunft beenden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Egal wie die jeweilige ökonomische Theorie zum Schuldenmachen ausfällt: Faktisch verengen Schulden und Zinsen den Spielraum für die gesamte Politik. Sie begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Deshalb ist ein ausgeglichener Haushalt ein Haushalt für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir sagen Ja zur Schuldenbremse. Aber die Schuldenbremse darf keine Investitionsbremse werden.

(Lachen der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE] – Katja Kipping [DIE LINKE]: Ist sie aber!)

Über die schwarze Null kann sich die schwäbische Hausfrau nur dann richtig freuen, wenn ihr Haus auch in Schuss ist.

Ein ausgeglichener Haushalt und öffentliche Investitionen sind kein Widerspruch. Beides ist gleichzeitig möglich, wenn wir Haushaltsüberschüsse erwirtschaften und sie in die richtige Richtung lenken. Das tun wir. Wir investieren in dieser Legislaturperiode 6 Milliarden Euro mehr in Bildung, 3 Milliarden mehr in Forschung, 5 Milliarden Euro für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur und 700 Millionen Euro in den Städtebau. Wir entlasten Länder und Kommunen,



Thomas Oppermann

(A) (Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach 2018!)

damit sie selber wieder in die Lage kommen, in Bildung und Infrastruktur zu investieren.

Ich sage ganz klar: Die 6 Milliarden Euro, die wir den Ländern für die Entlastung in den Bereichen Kita, Bildung und Hochschule zugesagt haben, brauchen sie dringend; denn die Länder haben es natürlich schwerer als der Bund, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Im Bund haben wir eine Personalkostenquote von gut 8 Prozent; in den Ländern haben wir eine Personalkostenquote von gut 38 Prozent. Mit anderen Worten: Niemand will, dass die Länder für die Haushaltskonsolidierung Polizeibeamte, Lehrer oder Professoren nach Hause schicken. Sie müssen diesen Personalbestand erhalten, teilweise sogar aufbauen. Das sollten wir berücksichtigen und dafür sorgen, dass dieses Geld möglichst bald zu den Ländern kommt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn es neue Spielräume im Haushalt geben sollte, müssen wir über ihre Verwendung reden. Ich plädiere dafür, dass wir dann Prioritäten setzen. Dazu gehören für mich Investitionen in eine moderne Infrastruktur und in bessere Bildungschancen. Was die Infrastruktur angeht: Die 5 Milliarden Euro reichen vermutlich nicht aus für eine durchgreifende Verbesserung der Situation. Deshalb möchte ich Herrn Dobrindt, der im Augenblick nicht anwesend ist, zurufen: Wenn Sie den schnellstmöglichen Weg wählen, die Einbeziehung der Bundesstraßen in die Maut zu erreichen, dann haben Sie dabei die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen warten unsere Kommunen auf weitere Entlastung durch die Reform der Eingliederungshilfe.

Schließlich sind wir uns auch darüber einig, dass es in dieser Wahlperiode eine BAföG-Erhöhung geben muss. Es kann nicht sein, dass wir 10 Milliarden Euro für die Rente verwenden, aber am Ende kein Geld für BAföG haben. Das muss zur Verfügung stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Viele Menschen wundern sich beim Blick auf ihren Gehaltszettel, wie wenig Geld von einer Lohnerhöhung übrig bleibt. Der Grund dafür ist die Steuerprogression. Sie ist übrigens eine Errungenschaft des modernen Staates, weil sie ganz im Sinne der sozialen Marktwirtschaft sicherstellt, dass die starken Schultern mehr tragen als die schwachen, und weil sie dadurch die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern unserer Gesellschaft verkleinert. Aber wenn die Progression so gestaltet ist, dass Lohnerhöhungen für Facharbeiter nach Abzug der Steuern gerade zum Erhalt der Kaufkraft reichen, dann ist das weder fair noch gerecht. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir über den Abbau der kalten Progression reden müssen, aber – das sage ich mit Blick auf die Debatte, die wir gestern hatten – ohne solide und vollständige Gegenfinanzierung wird das nicht möglich sein.

Auf keinen Fall wollen wir, dass nach einer Tarifreform weniger Geld für Investitionen, Bildung, Infrastruktur und kommunale Entlastung zur Verfügung steht. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen beides: ein gerechtes Steuersystem und Investitionen für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, in den ersten hundert Tagen haben die Ministerien gute Arbeit gemacht; in den nächsten hundert Tagen wird das Parlament die Hauptrolle spielen. Wir werden ein halbes Dutzend wichtiger Gesetze beraten und verabschieden. Gestern hat das Kabinett die EEG-Reform beschlossen. Bei dieser Reform geht es um nichts weniger als die Akzeptanz der Energiewende. Ich sage: Wenn wir mit der Reform weiter zugewartet hätten, dann wäre absehbar gewesen, dass dieses Jahrhundertprojekt im Volkszorn der Verbraucher und in der Wut über die Abwanderung industrieller Arbeitsplätze untergegangen wäre. Ich bin deshalb froh, dass Sigmar Gabriel das verhindert hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er hat es geschafft, gegenüber einer Vielzahl von Partikularinteressen das allgemeine Wohl durchzusetzen. Er hat es geschafft, gegen die Europäische Kommission die Industrierabatte zu verteidigen. Frau Göring-Eckardt, das hat doch nichts mit Lobby für die Industrie zu tun.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Womit denn sonst?) (D)

Das ist Lobby für hochwertige industrielle Arbeitsplätze in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich lade Sie gerne zu einer Personalversammlung eines Unternehmens ein, das stromintensiv produziert und im internationalen Wettbewerb steht.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ging auch sehr schnell! Ich habe noch in Erinnerung, was Sie uns vor der Wahl vermittelt haben!)

Dann können Sie diese Thesen ja noch einmal vortragen.

Wir begrenzen den Anstieg der Strompreise für Verbraucher und erhalten die Fähigkeit der stromintensiven Industrie, zu wettbewerbsfähigen Bedingungen in Deutschland weiter zu produzieren. Das hinzubekommen, war gewiss ein politischer Kraftakt. Dafür danke ich dem Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Schon in der letzten Woche hat das Kabinett mit dem Mindestlohn eines der wichtigsten Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro bedeutet für Millionen von Menschen in diesem Land eine ganz spürbare direkte Verbesserung ihres Lebens. Die meisten der 4 Millionen Menschen, die weniger als 8,50 Euro verdienen, bekommen die größte Lohnerhöhung ihres

Thomas Oppermann

- (A) Lebens. Aber nicht nur das: Ihrer Arbeit werden Wert und Würde zurückgegeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass wir jetzt für alle Arbeitnehmer eine gesetzliche Lohnuntergrenze bekommen, ist eine der wichtigsten Sozialreformen der letzten Jahrzehnte. Der Mindestlohn gehört in eine lange Reihe fortschrittlicher sozialer Gesetze in Deutschland. Das begann 1883 mit der Absicherung im Krankheitsfall; 1927 gab es die Absicherung bei Arbeitslosigkeit. 1957 kam die dynamische Rente. 1995 kam der Schutz bei Pflegebedürftigkeit, der jetzt von Gesundheitsminister Gröhe und der Koalition auf eine neue Stufe gehoben wird. Diese Reformen sollten die Arbeitnehmer dort schützen, wo sie der freie Markt nicht schützt. Jetzt ergänzen wir die soziale Marktwirtschaft um einen Schutz, der bisher gefehlt hat: der Schutz vor Hungerlöhnen, vor Löhnen, bei denen man den ganzen Tag arbeiten muss, von denen man aber nicht leben kann. Diese Löhne wird es in Zukunft nicht mehr geben. Ich bedanke mich bei Andrea Nahles dafür, dass sie das so schnell vorangetrieben hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) In der Gesetzesberatung werden wir alles besprechen. Aber wir sollten nicht so tun, als könnten wir einfach ganze Branchen oder Altersgruppen vom Mindestlohn ausnehmen, ohne dass neue grobe Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt würden. Dann entwickeln findige Unternehmer daraus sofort wieder ein Geschäftsmodell. Solche Anreize wollen wir nicht. Diese Anreize wollen übrigens auch die Arbeitgeber nicht: Ein Unternehmer, der ordentliche Löhne zahlt, will keine Konkurrenz durch Unternehmer, die mit Billiglöhnen arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gesetzliche Mindestlöhne und Tarifverträge sorgen für fairen Wettbewerb und gute Sozialpartnerschaft. Beides wollen wir stärken.

Genauso wie der Mindestlohn ist auch das Rentenpaket ein Gebot der Gerechtigkeit und des Respekts. Denn eine erfolgreiche Wirtschaft hängt nicht nur davon ab, dass wir kreative Unternehmer und eine hohe Produktivität haben, sondern sie hängt auch davon ab, dass die Menschen das Gefühl haben, dass es in diesem Lande fair und gerecht zugeht. Deshalb schließen wir mit der Mütterrente eine Gerechtigkeitslücke. Wir wollen, dass die Lebensleistung von Müttern nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt, sondern auch finanziell honoriert wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das gilt auch für die Langzeitarbeitnehmer. Von allen Menschen, die 2012 in Altersrente gegangen sind, taten dies 39 Prozent bis zum Alter von 63. Dabei nehmen sie zum Teil erhebliche Abschläge bei ihrer Rente in Kauf. Wer im Alter von 63 dann schon 45 Jahre gearbeitet hat, der empfindet solche Abschläge als eine ganz grobe Ungerechtigkeit. Viele von denen haben schon mit 15 oder 16 zu arbeiten begonnen. Diesen Arbeitnehmern wurde

nichts geschenkt. Die mussten hart arbeiten, und deshalb wollen wir, dass sie jetzt nach 45 Beschäftigungsjahren schon mit 63 eine abschlagsfreie Rente bekommen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Ich finde, wir sollten damit aufhören, Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben, als „potenzielle Frührentner“ zu bezeichnen. Viele von denen haben länger gearbeitet als die, die regulär in Rente gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe nicht die Gefahr einer Entlassungswelle; die darf und wird es nicht geben. Erstens haben die Arbeitgeber es selber in der Hand. Ich glaube nicht, dass sie erfahrene und qualifizierte Arbeitnehmer vor Renteneintritt in die Arbeitslosigkeit schicken. Zweitens werden wir im parlamentarischen Verfahren dafür sorgen, dass es keine Vorteile bringt, wenn Arbeitnehmer zwei Jahre vor der Rente freiwillig in die Arbeitslosigkeit gehen. Drittens gibt es bei vielen den Wunsch, den Übergang von der Arbeit in die Rente zwischen 60 und 67 und auch in der Zeit danach flexibler zu gestalten. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Union dafür nach Wegen zu suchen; da sind wir gesprächsbereit. Es gilt natürlich das Struck'sche Gesetz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es in ihn hineingekommen ist. Aber es gibt auch ein zweites Gesetz. Dieses Gesetz besagt: Kein Gesetzentwurf aus dem Kabinett darf in der parlamentarischen Beratung schlechter werden. (D)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das schließt sich von vornherein aus! Es ist immer besser!)

Es gilt sozusagen auch ein Verschlechterungsverbot. Daran werden wir uns orientieren müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Das ist das Oppermann'sche Gesetz!)

Wir beschränken uns aber nicht auf ökonomische Stärke und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen auch, dass Deutschland ein modernes, tolerantes und weltoffenes Land bleibt. Mit dem Doppelpass und der Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten schaffen wir Meilensteine im Staatsbürgerschaftsrecht und bei der Gleichstellung von Männern und Frauen. Darauf haben die Menschen in diesem Lande lange gewartet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den nächsten Jahren 400 000 junge Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen. Dabei haben viele von ihnen zwei Herzen in einer Brust. Zusammen mit der Integrationsbeauftragten Aydan Özoğuz bin ich der Meinung, dass die Integration in Deutschland erfolgreicher wird und besser gelingt, wenn wir die jungen Menschen nicht mehr zu dieser Entscheidung zwingen.

(Beifall bei der SPD)

**Thomas Oppermann**

- (A) Justizminister Heiko Maas und Innenminister de Maizièr haben dazu einen sehr guten und unbürokratischen Kompromiss erarbeitet.

Die beiden Minister sind auch angesprochen, wenn es um das Thema Vorratsdatenspeicherung geht. Der Europäische Gerichtshof hat jetzt entschieden. Wenn sowohl das höchste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht, als auch das höchste europäische Gericht die geltenden Formen der Vorratsdatenspeicherung verwerfen, dann sollten wir einen Moment innehalten und überlegen, was das bedeutet. Ich glaube, dass ein schneller nationaler Alleingang jetzt nicht die richtige Antwort ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen genau überlegen, wie wir das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit bestimmen wollen. Wir müssen sehr sorgfältig überlegen: Wie viel Freiheit sind wir bereit herzugeben für mehr Sicherheit? Das ist die Grundlage, auf der wir jetzt miteinander sprechen müssen, wenn es darum geht, wie mit der Situation umzugehen ist. Ich bin sicher, dass wir am Ende eine gute Entscheidung treffen werden.

Meine Damen und Herren, Manuela Schwesig ist die erste Frauenministerin in Deutschland, die mit der Mehrheit dieser Koalition eine gesetzliche Frauenquote für börsennotierte Unternehmen auf den Weg bringt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Kleine und mittlere Unternehmen müssen sich künftig selbst verbindliche Vorgaben machen. – Jetzt müssten meine Freunde von der CDU/CSU eigentlich klatschen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir warten, was noch kommt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

– Gut. – Für die einen gilt eine gesetzliche Regelung, für die anderen eine Selbstverpflichtung. Das Schöne daran ist: Wir können sehen, was besser funktioniert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Unternehmen werden jetzt in einen Wettbewerb um die qualifiziertesten Frauen eintreten.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist jetzt schon so!)

Ich sage Ihnen: Dieser Wettbewerb wird nicht scheitern; denn noch nie gab es so viele gut ausgebildete Frauen in Deutschland wie heute.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, den Kommunen, die derzeit mit steigenden Mieten und wachsenden sozialen Problemen zu kämpfen haben, sagen wir ganz klar: Wir lassen sie nicht im Stich! Deshalb haben wir schnelle Hilfen für die Städte verabredet, die sich allein nicht helfen können. Bauministerin Barbara Hendricks wird dazu die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ mehr als verdreifachen. Damit helfen wir auch den Städten, die

- von einer punktuell konzentrierten Zuwanderung besonders betroffen sind. (C)

Und, ja, wir brauchen in den großen Ballungszentren die Mietpreisbremse; nicht überall, aber wir brauchen sie dort, wo alteingesessene Mieter durch steigende Mieten aus ihrem Stadtviertel verdrängt werden. Wir brauchen sie dort, wo die soziale Mischung in unseren Städten bedroht ist. Und wir brauchen sie nicht zuletzt dort, wo Familien keine Wohnung mehr in der Nähe von Kita und Schule finden. Deshalb muss es in bestimmten Fällen die Möglichkeit geben, den dramatischen Anstieg der Mieten zu stoppen. Das tun wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genauso müssen wir auf dem Markt der Immobilienmakler aufräumen. Dort gibt es eine große Ungerechtigkeit: Viele Menschen bezahlen Maklergebühren, obwohl sie nie in ihrem Leben einen Makler beauftragt haben. Hier führen wir jetzt das Prinzip „Wer die Musik bestellt, der bezahlt sie auch“ ein. Das ist soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In den nächsten Wochen und Monaten kommt einiges auf uns zu. Bis zur Sommerpause werden wir in den Ausschüssen und im Plenum intensiv über die Gesetzentwürfe beraten. Ich freue mich auf die Beratungen in der Koalition, auf die Beratungen mit Volker Kauder und mit Gerda Hasselfeldt. Ich glaube, die Große Koalition wird am Ende zeigen, dass wir auch bei schwierigen Gesetzen zu vernünftigen Kompromissen kommen. Das wird Deutschland ökonomisch stärker und moderner machen, und es wird das Leben der Menschen in diesem Lande Stück für Stück verbessern. (D)

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Volker Kauder ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Volker Kauder (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Start dieser Großen Koalition und gestern in der Rede des Bundesfinanzministers zur Einbringung des Haushalts 2014 ist eine zentrale Botschaft dieser Großen Koalition immer wieder formuliert worden: Wir wollen durch unsere gemeinsame Arbeit in dieser Koalition erreichen, dass es den Menschen nach diesen vier Jahren besser geht als jetzt. Das ist ein ambitioniertes Ziel, weil – darauf hat Thomas Oppermann zu Recht hingewiesen – unser Land schon jetzt gut dasteht und weil es den Menschen schon jetzt objektiv und im Vergleich zu den

**Volker Kauder**

- (A) Menschen in anderen Ländern in Europa und in der Welt gut geht.

Was ist der Maßstab dafür, dass wir sagen können: „Es geht den Menschen besser“? Da kann man unterschiedliche Punkte formulieren. Ich glaube, der entscheidende Punkt ist, dass die Menschen Arbeit haben und die junge Generation Chancen hat und damit Jung und Alt, auch die mittlere Generation, jeder in unserem Land, durch eigene Arbeit ihr Leben gestalten können. Das ist es, was soziale Marktwirtschaft verlangt. Das hat etwas mit Würde zu tun. Dass jeder aus eigener Kraft sein Leben gestalten kann, das ist unser Ziel in dieser Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um das zu erreichen, brauchen wir unsere industrielle Basis. Die Bundeskanzlerin hat vorhin darauf hingewiesen, dass bei uns der industrielle Sektor noch gut 20 Prozent bei der Wertschöpfung ausmacht. Wenn man die Dienstleistungen, die zu diesem Bereich gehören, hinzurechnet, ist der Anteil sogar noch höher. Ich bin außerordentlich froh, dass Prognosen – daran sieht man übrigens, wie das mit Prognosen so ist –, die einmal aufgestellt worden sind, dass wir auf dem direkten und schnellen Marsch von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft seien, Gott sei Dank nicht eingetreten sind. Überall in Europa können wir es beobachten: Dort, wo es mit dem industriellen Sektor nicht stimmt, geht es den Menschen nicht so gut wie bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es notwendig und wichtig, die wirtschaftliche Position, die wirtschaftliche Stärke unseres Landes zu erhalten. Die wirtschaftliche Stärke hängt natürlich von einigen Faktoren ab. Gerade in einem Industrieland ist die Energieversorgung zentral. Man schaut in der ganzen Welt auf uns, ob ein industrialisiertes Land wie Deutschland die Energiewende so hinkommt, dass die Wirtschaft weiterhin gut laufen kann. Das ist wahrscheinlich eines der größten Vorhaben, das diese Große Koalition bewältigen muss.

Erste Schritte wurden mit der Reform des EEG gemacht. Natürlich kann man sich wünschen, dieses oder jenes etwas schneller zu erreichen. Aber wir wissen in unserem Land doch nicht nur aus der Diskussion über das EEG, dass wir in diesem föderalen Staat nur dann gute Lösungen finden, wenn Bund und Länder zusammen zu einem Ergebnis kommen. In der letzten Woche gab es hier durchaus einen Durchbruch. Wenn wir dann in zwei Jahren zum Ausschreibungsmodell kommen, sieht die Situation beim EEG ohnehin noch einmal anders aus.

Ich wünsche mir jetzt, dass im Gesetzgebungsverfahren auf jeden Fall – da stimme ich Thomas Oppermann zu – keine Verschlechterungen eintreten, sondern vielleicht noch Verbesserungen und dass jeder seinen Beitrag dazu leistet, dafür auch im Bundesrat die erforderlichen Mehrheiten zu bekommen. Wir haben in der letzten

Legislaturperiode zweimal Anläufe genommen und hier im Bundestag Beschlüsse gefasst, um das EEG zu verändern und zu einer kostengünstigeren Situation zu kommen, und sind zweimal im Bundesrat gescheitert. Deswegen kann man es gar nicht hoch genug einschätzen, wenn es jetzt gelingt, die Länder mit ins Boot zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine der großen Sorgen nicht nur unserer Wirtschaftspolitiker in beiden Fraktionen, sondern von uns allen war, dass unsere wirtschaftliche Stärke durch Entscheidungen der EU-Kommission gefährdet werden könnte. Man hat es eigentlich gar nicht glauben können, dass sich eine EU-Kommission auf den Weg macht und diejenigen in Europa, die stark sind und damit ganz Europa mitnehmen können, womöglich schwächen will. Ich weiß, welche schwierige Verhandlungen das waren. Herr Wirtschaftsminister Gabriel, wir sind als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr vorsichtig mit Lob vor allem an sozialdemokratische Wirtschaftsminister. Wir sind da sehr zurückhaltend.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist noch untertrieben!)

Aber wir sind auch fair und anständig im Umgang miteinander. Deswegen sage ich Ihnen: Kompliment für das, was Sie in Brüssel für unsere Wirtschaft und für unser Land erreicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So was nennt man „vergiftetes Lob“! – Zuruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)

Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es wirtschaftlich weitergeht, heißt aber auch: Investitionen in die Zukunft. Wie die Zukunft unserer Wirtschaft aussieht, kann man sich in diesen Tagen auf der Messe in Hannover sehr genau anschauen. Bei aller Faszination über das, was man dort erleben kann, zum Beispiel wie Roboter miteinander umgehen, stellen sich aber auch große Fragen. Man fragt sich: Gelingt es uns in Deutschland, auch in Zukunftsbereichen und nicht nur in der klassischen Produktion Fuß zu fassen? Alles, was diese Roboter miteinander machen, was ihnen antrainiert wurde, wird von irgendwoher, von großen Rechenzentren aus gesteuert. Diese werden heute als Cloud bezeichnet, „Wolke“. Die Unternehmer sagen uns, dass es in Europa keine einzige Institution gibt, die Clouds in der notwendigen Größe zur Verfügung stellt. Dann ist man überrascht – vielleicht auch der eine oder andere von Ihnen –, wenn man hört, dass jemand, von dem man geglaubt hat, er sei ein digitaler Buchhändler oder Warenversender, der größte Cloud-Besitzer ist. Ich spreche dabei von Amazon. Amazon ist kein europäisches und schon gar kein deutsches Unternehmen. Die Wirtschaft braucht diese Unternehmen aber, damit die Abläufe funktionieren.

Jetzt wird auf uns und vor allem auf den Bundesinnenminister die Frage zukommen: Wie kann man un-

**Volker Kauder**

- (A) serer Wirtschaft helfen, damit das, was sich in der Cloud abspielt, auch sicher ist? Ich möchte darum bitten, dass wir uns alle folgende Frage stellen: Was können wir machen, damit es nicht nur ein oder zwei Monopolisten gibt, die diesen Markt beherrschen, sondern wir selber zum Zug kommen? Wer einen so starken industriellen Sektor hat, muss nach meiner Auffassung die digitalen Voraussetzungen schaffen, und zwar möglichst im eigenen Land, und darf nicht von anderen abhängig sein. Dafür müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen für Sicherheit sorgen und Kraftanstrengungen unternehmen, um hier voranzukommen.

Mit diesem Bundeshaushalt leisten wir einen Beitrag dazu, dass es den Menschen besser geht. Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen, dass wir in dieser Legislaturperiode ein ambitioniertes Projekt haben, nämlich einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dieses Projekt beginnt in diesem Jahr. 2015, 2016 und 2017 stehen wir dann vor der großen Herausforderung, keine neuen Schulden zu machen. Lieber Wolfgang Schäuble, herzlichen Dank, dass dieser Weg gegangen wurde. Eines muss aber klar sein – das sage ich an die gesamte Koalition gerichtet –: Wolfgang Schäuble ist darauf angewiesen, dass wir alle mitmachen. Das kann nicht nach dem Motto geschehen: Da müht sich einer, einen Haushalt ohne Schulden zu machen, und andere überlegen, wie man neue Projekte in den Haushalt einbringen kann. – Deswegen sage ich zu, dass wir in diesen Haushaltsplanberatungen die Vorgaben nicht überschreiten werden. Wir werden eher versuchen, noch etwas weniger Ausgaben zu produzieren. Es ist die Aufgabe einer Regierungskoalition, einen solch erfolgreichen Weg zu unterstützen. Das werden wir auch tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung – Wolfgang Schäuble hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – spielt auch Zuverlässigkeit eine Rolle. Lieber Kollege Oppermann, man kann hier ruhig einmal sagen, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen gut ist und wir unsere Projekte gut voranbringen. Allen Formulierungen in dem einen oder anderen Organ oder Magazin zum Trotz bin ich sicher: Wir werden diese Große Koalition zu einem genauso großen Erfolg führen wie die letzte.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie dürfen sich jetzt küssen!)

– Frau Göring-Eckardt, es tut mir ja außerordentlich leid. Ich hätte mich genauso gefreut, wenn ich hätte sagen können, dass wir gut zusammenarbeiten. Aber Sie wollten nicht. Daher ist jetzt Schluss mit dem Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Grünen mögen sich beruhigen. Wir können das nachher noch bilateral besprechen.

(C) Die Wirtschaft muss sich darauf verlassen können, dass sie die großen Investitionen, von denen ich vorhin gesprochen habe, auch finanziert bekommt. Nicht aus Jux und Tollerei, sondern um die Wirtschaft in diese Lage zu versetzen, haben wir gesagt: Das Geld muss in unseren mittelständischen Betrieben und in der Wirtschaft bleiben. Deshalb gibt es in dieser Legislaturperiode keine Steuererhöhungen. Denn alle Steuererhöhungen, auch eine Erhöhung des sogenannten Spitzensteuersatzes, schlagen bei den familiengeführten Unternehmen sofort durch. Deswegen sage ich es an dieser Stelle noch einmal: Es gibt in dieser Legislaturperiode keine Steuererhöhungen, weder bei der Einkommensteuer noch bei der Vermögensteuer oder der Erbschaftsteuer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das muss ich so klar betonen, um auf einen Punkt eingehen zu können: Ich teile die Auffassung, dass wir den Menschen bei der kalten Progression durchaus etwas zurückgeben könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist übrigens eine Auffassung, die Sie, lieber Thomas Oppermann, in der letzten Legislaturperiode bedauerlicherweise nicht geteilt haben.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Stimmt nicht! – Christine Lambrecht [SPD]: Das muss finanziert werden!)

– Augenblick, keine Aufregung! Wenn Sie diese Auffassung geteilt hätten, wären wir im Bundesrat letztes Jahr schon weiter gekommen. (D)

(Christine Lambrecht [SPD]: Das war nicht solide finanziert!)

Jetzt wird die Diskussion neu geführt. Ich sage in aller Bestimmtheit: Es wird, ganz egal, welches Projekt angedacht wird, auf keinen Fall eine Gegenfinanzierung durch Steuererhöhungen geben. Wer das will – ich habe das ein bisschen herausgehört –, muss seine Pläne gleich begraben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher kommen denn die 18 Milliarden Euro?)

Es nützt relativ wenig – darüber sollten wir uns vielleicht demnächst einmal unterhalten –, ständig zu sagen: „Wir könnten uns dies oder jenes vorstellen“, und dabei den heimlichen Dissens zu haben, dass die einen Steuererhöhungen wollen und die anderen nicht. Dann lassen wir das mit der kalten Progression lieber. Steuererhöhungen sind kein Ziel und keine Maßnahme.

Wenn wir die kalte Progression abmildern und die Kommunen damit weniger Steuereinnahmen haben, darf man aber nicht jammern: „Die Kommunen brauchen Geld“, und erwarten, dass der Bund dies alles kompensiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind bereit, den Kommunen zu helfen, und wir sind auch bereit, den Ländern zu helfen; wir haben dafür im Haushalt Mittel vorgesehen. Aber eines geht beim besten Willen nicht: dass man das austarierte System der Finanzierung durch

**Volker Kauder**

- (A) Steuern im Föderalismus dieses Landes völlig auf den Kopf stellen will. Steuermehreinnahmen werden geteilt nach dem Schlüssel: 48 oder 49 Prozent bekommt der Bund, 52 oder 51 Prozent die Länder. Der Bund hat den kleineren Anteil, die Länder den größeren Anteil. Aber wenn es um Steuerentlastungen, um Steuersenkungen geht, heißt es gern: Da beteiligen wir uns nicht. – Man kann nicht bei Mehreinnahmen vom Verteilungsschlüssel profitieren, aber wenn es, wie bei der Abmilderung der kalten Progression, um Steuersenkungen geht, erwarten, dass der Bund alles kompensiert. Ich kann nur sagen: Eine solche Verschiebung dürfen wir nicht mitmachen; sonst kommt das gesamte System ins Wanken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da sind wir uns einig, lieber Thomas Oppermann; dann kann man das aber auch durch Beifall entsprechend zeigen. – Damit wäre dieser Punkt auch geklärt. Man muss bestimmte Dinge klarmachen, damit es da keine Probleme gibt.

Der letzte Punkt, auf den ich noch zu sprechen kommen möchte: Damit es den Menschen besser geht nach diesen vier Jahren, muss es auch gerecht zugehen. In diesem Zusammenhang wird über das Thema Generationengerechtigkeit gesprochen. Auch beim Thema Generationengerechtigkeit kann man mehrere Faktoren ansprechen. Der erste Punkt für Generationengerechtigkeit ist, dass wir den jungen Menschen – es sitzen heute sehr viele junge Menschen auf der Tribüne – eine anständige Ausbildung ermöglichen; denn das ist die einzige Chance, dass sie nachher ein gutes Leben führen können.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dafür sind – das haben wir im Rahmen der Föderalismusreform beschlossen – zunächst einmal die Länder zuständig. Der Bund ist bereit, einen Beitrag dazu zu leisten. Der ist aber nur denkbar, wenn wir uns auch inhaltlich beteiligen können. Die Länder können vom Bund nicht erwarten, dass er Geld gibt, sich aber ansonsten raushält. Das ist nicht der Weg, den wir hier im Deutschen Bundestag beschreiten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Ausbildung, auch über Universitäten, ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir der jungen Generation die Möglichkeit geben müssen, ihre Vorstellungen von Politik und davon, wie sie leben wollen, auch umzusetzen. Das wird ohne Finanzmittel nicht gehen. Jetzt sage ich einmal Folgendes: Die Diskussion, die jetzt darüber geführt wird, in welchem Umfang die Rentenpakete die Chancen der jungen Generation beeinträchtigen, ist die eine Seite. Viel entscheidender als diese Rentenpakete, die natürlich auch finanziert werden müssen, ist aber, dass wir der jungen Generation nicht Jahr für Jahr neue Schulden aufladen; denn diese Schulden haben etwas Unangenehmes: Sie verlangen Zinsen und Rückzahlung; daran kann man nichts ändern. Deswegen sage ich: Bei aller Aufgeregtheit und auch bei manchem richtigen

Hinweis in der Rentendebatte sollten wir klar und deutlich machen: Das, was Wolfgang Schäuble mit dem ausgeglichenen Haushalt vorlegt, hat mehr Bedeutung für die Generationengerechtigkeit als vieles andere. Das muss klar und deutlich so gesagt werden; da sollten wir uns überhaupt nicht irritieren lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Exportland mit einem großen industriellen Sektor wie Deutschland braucht natürlich Märkte. In diesem Zusammenhang wird oft über die Stärkung der Binnenkaufkraft gesprochen. Das ist auch okay. Du, Thomas, und ich, wir wissen aber, dass in unseren Heimatländern so viele Autos gebaut werden, dass man sie durch noch so viel Binnenkaufkraft gar nicht auf unseren Heimatmarkt bringen kann. Deswegen brauchen wir Märkte. Der europäische Markt spielt hier nach wie vor eine zentrale Rolle als Rückgrat unserer Exportnation. Es gibt natürlich den amerikanischen Markt, den chinesischen Markt und andere; aber wir brauchen ein festes Standbein, um nicht von diesen Märkten abhängig zu sein. Das ist mit ein Grund dafür, dass wir uns darum bemühen – im Übrigen durchaus erfolgreich –, Europa wieder flottzumachen. Das ist das zentrale Thema: Europa muss wieder wettbewerbsfähig werden.

Man kann ja sagen: In der Vergangenheit sind Fehler passiert. Das gibt es. Wenn man Fehler aber mehrfach hintereinander macht, dann ist das kein Fehler mehr, sondern Dummheit. Ein entscheidender Fehler war, dass wir uns immer wieder nicht an die Regeln gehalten haben, die wir uns selber gegeben haben. Jetzt wird es endlich einmal Zeit, damit es auch jeder kapiert, dass die Regeln und Gesetze, die wir uns gegeben haben, auch eingehalten werden. Deshalb habe ich – Wahlkampf hin oder her – wenig Verständnis dafür, dass gerade der Präsident des Europäischen Parlaments mit solchen Regeln und Gesetzen etwas lax umgeht. Das sind falsche Signale an Frankreich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jedes Signal an Frankreich, dass man die Regeln nicht einhalten muss, wird doch in Griechenland und anderswo aufmerksam verfolgt. Deswegen kann ich nur sagen: Regeln, die man sich gegeben hat, müssen eingehalten werden. Nur so erreichen wir Zuverlässigkeit in einem notwendigen Prozess.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein letzter Punkt zum Thema Märkte: Auch das mit den Amerikanern weiter zu verhandelnde und noch abzuschließende Freihandelsabkommen ist bedeutend. Man kann jetzt darüber philosophieren, wie viele Arbeitsplätze das schaffen wird oder nicht. Wenn Freihandelsabkommen keinen Sinn hätten, dann hätte man sie mit anderen nicht geschlossen. Sie haben einen Sinn. Wir sind dabei, ein solches Abkommen mit anderen Ländern wie schon mit Japan abzuschließen; mit Amerika halte ich das auch für notwendig.

Es ist aber auch klar, dass wir die Sorgen und Ängste, die in diesem Zusammenhang aufkommen, diskutieren und ernst nehmen müssen, dass wir mit den Menschen

(C)

(D)

**Volker Kauder**

- (A) darüber reden müssen. Wir müssen auch klarmachen, was mit einem solchen Abkommen beabsichtigt ist. Wir dürfen die Argumentationshoheit nicht denen überlassen, die aus ideologischen Gründen gegen ein Freihandelsabkommen sind. Das darf auf keinen Fall geschehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Thomas Oppermann [SPD])

Wir müssen die Sorgen ernst nehmen. Es ist richtig, das vor Ort zu erklären. Das können nicht allein Kommission oder Regierung machen. Vielmehr werden wir in unseren Wahlkreisen darauf angesprochen. Deswegen haben wir in der Koalition beschlossen, uns an der Diskussion offensiv zu beteiligen. Wir haben in der Koalition, zwischen SPD- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eine Arbeitsgruppe vereinbart, in der Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen sind, die mit diesem Thema zu tun haben, um uns in diesen Prozess einzuklinken und mit zu argumentieren. Wir werden dieses Thema nicht einer europäischen Verhandlungskommission überlassen. Es ist für unser Land viel zu wichtig, als dass wir es im Bundestag, in den Koalitionsfraktionen ignorieren könnten. Ich bin dankbar dafür, dass es gelungen ist, hier gemeinsam einen Weg zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Haushalt in unseren Fraktionen, in der Koalition und auch in diesem Parlament intensiv diskutieren und zum Abschluss bringen. Dann freuen wir uns schon auf den nächsten Haushalt, der bald kommen wird, den Haushalt 2015. Ich sage den Haushaltern beider Fraktionen einen herzlichen Dank für ihre Arbeit und ihre Mühen.

- (B) (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die anderen zwei haben auch gearbeitet!)

– Ich sage auch denjenigen in der Opposition, die uns auf diesem Weg begleiten, einen herzlichen Dank. Wenn Sie uns Steine in den Weg legen, Frau Roth, können Sie nicht erwarten, dass ich mich dafür bedanke. Wenn Sie konstruktiv sind, bedanke ich mich schon jetzt bei Ihnen für Ihre Arbeit.

Diese Haushalte werden in den nächsten Jahren immer wieder Maßstab und Beurteilungsfaktor für uns sein; denn daran können wir sehen, dass es den Menschen nach vier Jahren Großer Koalition in diesem Land besser geht.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU –  
Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Dr. Gesine Löttsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wollen wir einmal ehrlich übers Geld reden.

(Beifall bei der LINKEN)

„Die Zocker sind zurück“, heißt es im *Handelsblatt* in einem Artikel vom Vortag. Das stimmt leider. Es werden wieder hochriskante Geschäfte mit gefährlichen Schrottanleihen gemacht. Firmen, die nur eine eingeschränkte Kreditwürdigkeit besitzen, bekommen von den Geldhäusern wieder Geld. Das Geschäft mit hochriskanten Krediten hatte im Jahr 2008, dem Krisenjahr in Europa, ein Volumen von fast 80 Milliarden Dollar, vier Jahre später von 90 Milliarden Dollar. Auch die verschachtelten Kreditverbriefungen, die 2008 ein Auslöser der Finanzkrise waren, verkaufen sich wieder prächtig. Die Vorläufer einer neuen Finanzkrise sind für jeden, der es sehen will, sichtbar. Sie, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, dürfen davor nicht die Augen verschließen und hier heile Welt spielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel, Sie haben sich hier als Vorreiterin der Regulierung dargestellt. Das stimmt nicht; das lässt sich in der Realität nicht nachweisen. Ganz im Gegenteil: Alle guten Vorsätze, die Finanzmärkte zu regulieren, scheinen vergessen. Ich darf Sie an Ihre eigenen Worte erinnern. Sie sagten am 5. Oktober 2008 – Zitat –:

Wir sagen außerdem, dass diejenigen, die unverantwortliche Geschäfte gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden.

Dafür wird die Bundesregierung sorgen. Das sind wir auch den Steuerzahlern in Deutschland schuldig. Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.

(D) Frau Merkel, ich frage Sie: Wer wurde denn nun wirklich zur Rechenschaft gezogen? Warum dürfen Zocker jetzt schon wieder unverantwortliche Geschäfte machen? Warum haben Sie die Finanzmärkte nicht wirksam reguliert?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann Ihnen die Antwort geben: Sie haben vor diesen Finanzmärkten bedingungslos kapituliert. Das werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben den Banken sogar noch goldene Rettungsschirme aufgespannt. Auch hierzu gibt es ein Zitat, jetzt von Herrn Schäuble. Am 24. Juli 2010 erklärten Sie:

Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Der Rettungsschirm ESM existiert und arbeitet streng abgesichert von der Öffentlichkeit im Interesse der Banken. Wir wollen endlich wissen, was mit unserem Geld geschieht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

In der *Süddeutschen Zeitung* stand Anfang der Woche ein Artikel mit der Überschrift „Der Geruch absterbender Demokratie“. Ich zitiere daraus:

Dr. Gesine Löttsch

- (A) Diese Gegenwart bringe eine Art „Überbürger“ hervor, der den Restbürgern keine Rechenschaft mehr schuldig sei. Verfassungen und soziale Übereinkünfte haben Grenzen, die Finanzwelt nicht.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Ihre bedingungslose Kapitulation vor den Finanzeliten, den „Überbürgern“, bedroht die Existenzen von Millionen von Menschen in unserem Land, in Europa und in der ganzen Welt. Das können wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre bedingungslose Kapitulation vor den Finanzeliten bringt reihenweise Demokratien in Europa ins Wanken. Sie müssen sich doch fragen: Warum erstarken faschistische, rassistische und antisemitische Parteien in vielen Staaten Europas? Die letzten Wahlen haben es gezeigt. Sie erstarken, weil die herrschende Politik in Brüssel und in Berlin versagt hat, weil die Politik ihre Versprechen immer wieder gebrochen hat.

Immer mehr Menschen gewinnen den Eindruck, dass die Politik ihnen keine Sicherheit vor den Finanzmärkten bieten kann. Sie fühlen sich von den „Überbürgern“ auf dem Finanzmarkt, auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt schutzlos ausgeliefert. Wenn viele Menschen die Hoffnung verlieren, dann müssen wir uns doch fragen: Was folgt daraus? Hoffnungslosigkeit fördert entweder Aggression oder grenzenlose Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Herr Schäuble erklärt als Finanzminister immer gern, dass die anderen Staaten die Finanzmarktregulierung nicht wollten und auch eine Finanztransaktionssteuer in Europa kaum umsetzbar sei. Aber, Herr Schäuble, sind Sie in Europa wirklich so wenig durchsetzungsfähig? Ich glaube das nicht. Ich traue Ihnen mehr zu, wenn Sie nur wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum gelang es dieser Bundesregierung, brutale Kürzungspakete in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien durchzusetzen, von denen sich diese Länder noch in zehn Jahren nicht erholt haben werden? Warum gelingt es der Bundesregierung, ganze Staaten neoliberal umzukrempeln, aber warum soll es ihr nicht gelingen, die Finanzmärkte zu regulieren? Das ist nicht zu verstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber machen wir es etwas kleiner. Wenn die Bundesregierung sich angeblich in Europa nicht durchsetzen kann, wenn es um die gerechte Besteuerung von Spekulanten geht, warum fangen Sie nicht einfach in Deutschland damit an? Frau Merkel, Sie haben gesagt, Deutschland sei Vorreiter der Regulierung. Darum frage ich Sie: Warum gibt es nicht wenigstens in Deutschland eine Finanztransaktionssteuer? Das wäre doch der logische Anfang.

(Beifall bei der LINKEN)

- (C) In Deutschland kann niemand diese Bundesregierung daran hindern, ein gerechtes Steuersystem einzuführen und die Finanzeliten in ihrem desaströsen Handeln einzuschränken, außer dieser Regierung selbst. Aber – Herr Kauder hat es gerade noch einmal unterstrichen – mit dem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD selbst schwere Ketten angelegt. Es ist, finde ich, ein beispielloser Akt der Selbstfesselung; denn dieser Koalitionsvertrag schließt Steuergerechtigkeit definitiv aus. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland ist nach Analysen des Internationalen Währungsfonds eines der wenigen Länder in Europa, das sein Potenzial, seine Spielräume bei den Staatseinnahmen nicht nutzt. Dieser Spielraum macht nach Aussagen des Internationalen Währungsfonds, also nicht der Linken, immerhin rund 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen aus. 80 Milliarden! Stellen Sie sich das einmal vor: Mit 80 Milliarden Euro könnte man eine wirklich gerechte Rentenreform beschließen, ohne die Kassen zu plündern. Man könnte endlich das Kindergeld erhöhen. Es ist doch eine lächerliche Aktion, dass man die versprochene Erhöhung des Kindergelds ins Irgendwann, ins Nirwana verschiebt, nur um von der schwarzen Null weiter träumen zu können. Von der schwarzen Null haben die Kinder und ihre Familien wirklich nichts, Herr Schäuble.

(Beifall bei der LINKEN)

- (D) Aber nein, die Regierung will diese großen Spielräume nicht nutzen. Sie hat sich selbst Ketten angelegt, wenn es um die gerechte Besteuerung von Vermögenden geht. Sie hat sich auch Ketten angelegt, wenn es um die steuerliche Entlastung der Mittelschicht geht, die unter der kalten Progression leidet. Wir finden als Linke: Das ist verantwortungslos und sozial ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

In den letzten Monaten wurde viel über den Fußballmanager Hoeneß in den Medien berichtet. Sie erinnern sich: Er hatte an den Steuerbehörden vorbei unbemerkt 28,5 Millionen Euro an Steuern hinterzogen. Aber warum fragt eigentlich niemand, wieso so viele Steuerbetreiber in unserem Land unentdeckt bleiben können? Ich kann Ihnen die Frage relativ leicht beantworten. Allein in den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Steuerberater um 30 Prozent und die der Steueranwälte sogar um 60 Prozent gestiegen. Aber im gleichen Zeitraum wurden in den Finanzämtern, die die Kontrolle ausüben, 5 Prozent der Stellen abgebaut. Das passt doch wirklich nicht zusammen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch das scheint in Vergessenheit geraten zu sein: Der Bundesfinanzminister hatte sich verpflichtet, 500 Prüfer beim Bundeszentralamt für Steuern einzustellen. Diese Prüfer des Bundesamtes sollten die Kollegen aus den Ländern bei der Kontrolle von Unternehmen unterstützen. Doch weder der Bundesfinanzminister noch die Landesfinanzminister haben offensichtlich ein Interesse



**Dr. Gesine Löttsch**

- (A) daran, Unternehmen bei der Steuergestaltung auf die Schliche zu kommen.

Mein Fazit: Diese Bundesregierung hat auch in Deutschland kein Interesse, alle Bürgerinnen und Bürger gleich zu behandeln. Diese unhaltbaren Zustände wollen und müssen wir ändern, wenn die Menschen nicht den Glauben an Demokratie und Gerechtigkeit verlieren sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ob diese Bundesregierung zukunftsfähig ist, wird sich daran zeigen, ob sie es schafft, den Finanzmarkt zu regulieren. Auch ein ausgeglichener Haushalt wäre nichts wert, wenn er von der nächsten Finanzkrise aufgefressen würde. Diese Erfahrung musste übrigens – wollen wir noch einmal an ihn erinnern – der damalige Finanzminister Peer Steinbrück machen, der 2008, kurz vor dem Ausbruch der Finanzkrise, hier im Deutschen Bundestag stolz die schwarze Null an die Wand malte. Er sagte damals noch – wir erinnern uns auch daran –, die Finanzkrise habe nur etwas mit Amerika zu tun. Amerika war dann schnell sehr nah. Auch daran sollten wir uns erinnern.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Von der schwarzen Null von Peer Steinbrück blieb ein schwarzes Loch übrig, in dem die Bundesregierung Milliarden für die Rettung von Banken versenkte. Die schwarze Null wurde damals den Banken geopfert. Das darf sich nicht wiederholen.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Bettina Hagedorn hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Bettina Hagedorn (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Kollegin Löttsch, ich kann Ihre Aussage nicht unwidersprochen stehen lassen, dass 2008/2009 die schwarze Null den Banken geopfert wurde. Nein, wir haben damals in der Großen Koalition angesichts der Krise und in der Hoffnung, dass ein Haushalt ohne Schulden in greifbarer Nähe war – einen solchen Haushalt hatten wir mit ganzer Kraft angestrebt –, das gemacht, was klug und verantwortlich gegenüber den Menschen in Deutschland war. Wir haben nämlich zwei Konjunkturpakete im Umfang von über 80 Milliarden Euro aufgelegt. Wir haben diese Pakete weit gefächert und den Kommunen 10 Milliarden Euro gegeben, um zu investieren. Wir haben übrigens auch das Kurzarbeitergeld eingeführt, was viel Geld gekostet hat.

Warum haben wir das gemacht? Wir haben das gemacht, um die Menschen in Deutschland in dieser Krise in Lohn und Brot zu halten. Wir haben das gemacht, um die Unternehmen zu stärken, damit sie ihre guten Mitar-

beiter nicht entlassen müssen. Wissen Sie was? Das war eine großartige Entscheidung; denn das ist das Geheimrezept dafür, dass wir so gut durch die Krise gekommen sind. (C)

(Beifall bei der SPD)

Insofern fällt es mir natürlich ausgesprochen schwer, ausgerechnet Ihnen, Frau Löttsch, die Erinnerung an Peer Steinbrück zu überlassen. Darum möchte ich meine Rede gerne mit einem Zitat beginnen:

Wir haben jetzt die historische Chance ..., in Deutschland nach 40 Jahren die Neuverschuldung auf null zu senken und dann ... für ganz Deutschland einen Mechanismus festzulegen, der eine Wiederholung des früheren Tempos in die Verschuldung verhindert. Das ist meiner Ansicht nach eine verantwortliche Finanzpolitik im Sinne von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Ich bin sicher, Herr Schäuble, dass Sie sagen würden, dieses Zitat könnte von Ihnen sein. Es ist aber nicht von Ihnen. Es ist im September 2007 hier im Deutschen Bundestag bei der Haushaltsdebatte von Peer Steinbrück, dem Finanzminister der Großen Koalition, gesprochen worden.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Guter Mann!)

Ich stelle dieses Zitat deshalb an den Anfang, weil es so schön deutlich macht, dass wir mit der Großen Koalition von 2005 bis 2009 und mit der Großen Koalition jetzt ab 2013 sehr wohl einen langen roten Faden haben. Der Faden ist so lang und so rot, dass ich sogar die Kolleginnen und Kollegen der Grünen noch mit einbeziehen will. Wir Haushälter konnten damals im Tiefschlaf vor uns hersagen, dass unser größtes Ziel konsolidieren, sanieren und investieren ist, dass dieser Dreiklang eine gute und verantwortbare Haushaltspolitik darstellt. (D)

(Beifall bei der SPD)

– Der Beifall könnte eigentlich vom ganzen Haus kommen. – Denn dieser Dreiklang hat eine Tradition von mindestens zehn Jahren in diesem Haus. Dass wir das auch über Fraktionsgrenzen hinweg über viele Jahre so ernst genommen haben, ist der Grund dafür, warum es uns in Deutschland insgesamt im Verhältnis zu anderen so gut geht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir waren auch immer von dem Bewusstsein getragen, dass wir nicht um des Sparens willen sparen, sondern dass wir das einerseits in Verantwortung vor der neuen Generation tun – Generationengerechtigkeit ist ein heute Morgen zu Recht häufig genannter Begriff –, aber auch um Spielräume zu erwirtschaften, um in wichtigen Bereichen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen. Die gute Botschaft ist: Auch da haben wir über Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit.

Den Löwenanteil der Investitionen, die wir schon seit vielen Jahren tätigen und auch in dieser Großen Koalition wieder tätigen werden, bekommt der wichtige

**Bettina Hagedorn**

- (A) Bereich der Bildung. Investitionen in die Köpfe der jungen Generation sind in einem Land, das einen demografischen Faktor wie das unsere hat, wichtig, um unsere Zukunftsfähigkeit zu garantieren. Diese Bildungsinvestitionen im Umfang von 3 Milliarden Euro geben wir in dem Bereich aus, für den wir ursächlich zuständig sind, Hochschulbildung und Forschung. Aber auch die 6 Milliarden Euro, die wir über die Länder den Kommunen zur Verfügung stellen, geben wir nicht einfach so, quasi als Almosen wegen der Unterfinanzierung. Nein, wir geben ihnen das Geld in dem Bewusstsein, dass Bildung schon in der Krippe und in der Kita anfängt.

Es geht auch um eine noch bessere Qualität in den Schulen, um eine höhere Lehrerdichte, um Ganztagschulen, es geht um eine qualitativ gute Bildungsbetreuung in ganz Deutschland. In weiten Teilen sind eben Länder und Kommunen dafür zuständig. Wenn es denen schlecht geht, dann können sie an dieser Stelle nicht das leisten, was sie im gesamtstaatlichen Interesse in der Bildung dringend leisten müssen. Darum tun wir das.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In dieser und auch in der gestrigen Debatte sind die Kommunen schon gewürdigt worden. Ich glaube, hier einen etwas falschen Zungenschlag vernommen zu haben. Manche Äußerung ist verständlich; schließlich finden im Mai in Deutschland zehn Kommunalwahlen statt. Daher steht hier manchmal der Wahlkampf mehr als die Faktenlage im Mittelpunkt. Ich selbst habe 20 Jahre ehrenamtlich Kommunalpolitik gemacht. Ich war ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin. Seit 2005 bin ich stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik unserer Fraktion. Insofern bin ich, glaube ich, frei von dem Vorwurf, dass ich bei den Sorgen und Nöten der Kommunen nicht genügend hinschauen würde. Ich finde schon, dass wir als Bundestag auch insgesamt stolz auf das sein dürfen, was wir für die Kommunen schon getan haben und was auch in Zukunft zu tun wir uns im Koalitionsvertrag richtigerweise verpflichtet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Auch da, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, will ich Sie daran erinnern, dass wir es waren, die dafür gesorgt haben, dass 4 Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagschulen in Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, und dass wir es waren, die 2004 angestoßen haben, dass der Bund mehr Verantwortung für die Schaffung von mehr Krippenplätzen in Deutschland übernimmt. In der Großen Koalition haben wir unser Eintreten dafür fortgesetzt, indem wir dafür gesorgt haben, dass finanzielle Mittel im Umfang von fast 5 Milliarden Euro bis 2013 zur Verfügung gestellt werden. Dies geschah, um den Kommunen in Deutschland die Möglichkeit zu geben, eine verlässliche Krippeninfrastruktur aufzubauen. Darüber hinaus haben wir mit den Kommunen verabredet – dieses Geld fließt seitdem Jahr für Jahr über steuertechnische Umverteilungen –, dass wir sie mit den Betriebskosten der Krippen nicht alleinlassen. Round about sind, wenn ich es richtig im Hinter-

- kopf habe, knapp 1 Milliarde Euro pro Jahr vom Bund an die Länder dafür geflossen und fließen weiter, in der Hoffnung, dass sie sie an die Kommunen weiterleiten, damit sie mehr Geld zur Verbesserung der Krippenbetreuung haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gestern sagte ein Kollege – das war ein bisschen wie Geschichtsklitterung –, dass Rot-Grün die Grundsicherung eingeführt und damit die Kommunen belastet habe. Das ist nicht wahr. Als wir 2003 die Grundsicherung eingeführt haben – übrigens mit Zustimmung des Bundesrates –, haben wir uns auf eine Kostenteilung verständigt. Wir jedenfalls haben das Recht auf Grundsicherung überwiegend mit Blick auf diejenigen Frauen geschaffen, die sich, weil sie den Rückgriff auf ihre Verwandten befürchteten, nicht getraut haben, zum Sozialamt zu gehen und Sozialhilfe zu beziehen; man sprach auch von verschämter Altersarmut. In Wahrheit haben wir mit der Grundsicherung eine Entlastung der Kommunen bewirkt. Für uns stand die Würde der Menschen im Mittelpunkt. Die Schaffung des Rechtsanspruchs auf Grundsicherung in Deutschland – nicht nur im Alter, sondern auch bei Erwerbsunfähigkeit – ist eine große Leistung dieses Hauses gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, ich finde, da können wir alle klatschen. Wir waren alle daran beteiligt.

- Der Punkt ist der, dass die Ausgaben für die Grundsicherung wegen der demografischen Entwicklung immer weiter gestiegen sind und dass diese Ausgaben damit die kommunalen Haushalte gesprengt haben. Wir haben also in den letzten Jahren – auch das haben Bundestag und Bundesrat sehr wohl gemeinsam gemacht – eine schrittweise Entlastung der Kommunen herbeigeführt. Obwohl die Kosten für die Grundsicherung ständig steigen und auch in Zukunft steigen werden, sollte der Bund sie in immer höherem Maße tragen. In diesem Jahr übernimmt er sie zu 100 Prozent. Die Kostenübernahme ist in vier Schritten vonstattengegangen. Vor vier Jahren – damals war ich innerhalb meiner Fraktion für den Haushalt Arbeit und Soziales zuständig – hat der Bund noch 500 Millionen Euro pro Jahr für seinen Anteil an der Grundsicherung ausgegeben, und jetzt werden es 5,5 Milliarden Euro sein. Das ist eine Entlastung der Kommunen von 5 Milliarden Euro pro Jahr. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese Entlastung wird steigen, weil die Kosten für die Grundsicherung steigen werden, und wir schultern diese Kostensteigerung allein.

All das ist richtig. Es ist angesichts dessen richtig, dass wir den Menschen diesen Rechtsanspruch gewähren wollen. Richtig ist auch, dass wir als Bund die Kosten dafür schultern. Aber ich finde, es darf in der aktuellen Debatte nicht vergessen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

**Bettina Hagedorn**

- (A) Ich will auch daran erinnern: Als Bundestag und Bundesrat die Entlastung der Kommunen verabredet haben, haben wir das im Zusammenhang mit anderen Themen, die wir miteinander beraten haben, getan. Dabei ging es um ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und um die Frage, ob Kinder aus bildungsfernen Schichten eigentlich genug Zugang zu Bildung haben. Wir haben damals zwar nicht festgelegt, warum und wofür wir die Kommunen entlasten. Wir haben aber sehr wohl unserer Erwartung Ausdruck gegeben, dass diese Entlastung nicht nach dem Motto „Linke Tasche, rechte Tasche“ – wir verschulden uns, andere entschulden sich – erfolgt, sondern wir haben das Geld in der Erwartung gegeben, dass es dort landet, wo es hingehört, nämlich in den Krippen, in den Kitas, in den Schulen und bei den Familien, die nicht so gut situiert sind, dass sie ihren Kindern gute Bildung ermöglichen können. Wir brauchen in Deutschland jedes Kind, und zwar deshalb, weil wir zu wenige Köpfe, zu wenige junge Menschen haben. Es muss Geld investiert werden, damit in Zukunft nicht mehr so viele junge Menschen ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Die Verantwortung dafür tragen die Länder und zum Teil auch die Kommunen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Ich möchte zum Schluss zu einem weiteren Punkt kommen, bei dem schon lange Zeit große Einigkeit besteht, dass mehr investiert werden muss: zu den Investitionen in die Infrastruktur. Herr Dobrindt, es ist festzuhalten, dass die Lkw-Maut schon lange in großem Umfang zu den Investitionen im Verkehrsbereich beiträgt. Auch sie haben wir übrigens vor langer Zeit gemeinsam eingeführt, verbunden mit den Geburtswehen, an die wir uns alle noch gut erinnern können, Stichwort „Toll Collect“.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt ist ein großes Loch da!)

Nachdem die Einnahmen durch die Lkw-Maut von 2005 bis 2008 zwischen 2,9 und 3,5 Milliarden Euro pro Jahr geschwankt sind, liegen sie seit 2009 verlässlich bei 4,3 bis 4,5 Milliarden Euro jährlich. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Mehreinnahmen aus der Maut eins zu eins die Investitionen im Verkehrsbereich stärken sollen. Dabei haben wir alle gedacht: Super, wenn wir mehr Geld einnehmen, können wir mehr Geld ausgeben. – Brauchen werden wir es in diesem Bereich; da sind wir uns einig.

Leider wird es, Herr Dobrindt, laut Wegekostengutachten in den nächsten Jahren zu einem Minus von 2 Milliarden Euro kommen. Da wird es schon darauf ankommen, dass wir gemeinsam handeln. Wir können diese Lücke nicht einfach so hinnehmen und sie aus Steuermitteln stopfen. Dass wir sie stopfen wollen, ist ganz klar. Wir haben auch dazu in unserem Koalitionsvertrag eine Verabredung getroffen, nämlich die, dass wir die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen ausweiten wollen. Das dauert; das wissen wir. Die Einnahmen von 2 Milliarden Euro pro Jahr wird man vielleicht erst am Ende dieser Legislatur generieren können,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen wir eigentlich bis dahin?) (C)

vielleicht auch erst Anfang der nächsten Legislatur. Es sollte nachhaltig denkenden Abgeordneten aber nicht egal sein, ob diese Mehreinnahmen kommen. Denn für die Zukunft garantieren sie, und zwar nachhaltig, dass wir mehr Geld für die Infrastruktur, für unsere maroden Straßen, Brücken, Wasserwege, Schienen usw., zur Verfügung haben. Wir brauchen dieses Geld.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das soll ja alles nur in den Ausbau gehen! Was ist mit dem Erhalt der Straßen?)

Darum bitte ich Sie, Herr Dobrindt, sich hierfür mit ganzem Engagement einzusetzen. Thomas Oppermann hat vorhin schon gesagt: Bei allem, was Sie in diesem Bereich machen, haben Sie unsere Unterstützung.

Gerade erst haben Sie angekündigt, 1 000 weitere Kilometer vierspuriger Bundesfernstraßen einbeziehen zu wollen; das ist ausdrücklich richtig. Auch die Einbeziehung von Lkw ab 7,5 Tonnen ist richtig; wir unterstützen das. Das wird in Anbetracht des bestehenden Konzessionsvertrages auch möglich sein. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass aktuell nur ungefähr 14 000 Kilometer durch die Maut erfasst werden. Eigentlich streben wir knapp 40 000 Kilometer an. Insofern ist die Einbeziehung 1 000 weiterer Kilometer von Bundesfernstraßen natürlich ein kleiner Schritt, gleichwohl in die richtige Richtung. Ich glaube, wir müssen uns gemeinsam mit ganzem Engagement der Aufgabe widmen, die vorhandene Lücke zu schließen, damit wir in Zukunft in der Tat mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zur Verfügung haben. (D)

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Pkw-Maut, Bettina?)

Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit Ihnen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie steht ihr als SPD zur Pkw-Maut?)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Tabea Rößner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht heute auch um den Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien. Ich darf hier für die Kultur- und Medienpolitiker den Aufschlag machen.

Ich möchte Ihnen, Frau Staatsministerin, Frau Grütters, noch einmal alles Gute für Ihr jetzt nicht mehr ganz so neues Amt wünschen. Die erste Belastungsprobe

**Tabea Rößner**

- (A) liegt bereits hinter Ihnen. Ihren Etat haben Sie zumindest weitgehend verteidigen können.

Sie erwarten jetzt sicher ein Aber. Genau! Das kommt auch: Aber ich befürchte, dass Sie Ihre Jobbeschreibung nur zur Hälfte gelesen haben. Die besagt, dass Sie Staatsministerin für Kultur – jetzt kommt es – und Medien sind. Davon ist bisher nur wenig zu sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist die Medienpolitik ein sehr spannendes, aber auch ein sehr schwieriges Feld. Die Einfluss- und Profilierungsmöglichkeiten gerade auf Bundesebene sind nicht besonders groß, aber es gibt sie. Wenn ich mir die Baustellen in der Medienpolitik anschau, sehe ich einige Stellschrauben, die gedreht werden müssten. Das ist vor allen Dingen eine Frage des Willens. Mich beschleicht immer mehr das Gefühl, dass Sie nicht wollen.

Nehmen wir das Beispiel „Staatsferne bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“. Dazu gab es vor zwei Wochen ein bedeutsames Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht bestätigte, was wir angeprangert hatten: Es gibt zu viel Staatseinfluss in den Aufsichtsgremien des ZDF. Es wurde natürlich viel über das Urteil geredet. Selbst Kollege Volker Kauder entdeckte plötzlich seine Liebe zur Staatsferne

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nicht nur jetzt, schon immer!)

und forderte gar, dass die Politik ganz aus dem ZDF raus müsse.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

– Kleine Gedankenstütze, Herr Kauder: Vor vier Jahren piffen Sie noch die Unionsabgeordneten zurück, die überlegten, unsere Klage zu unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ihren Antrag unterstützen wir nie! Nie! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat sich gebessert!)

Woher der Sinneswandel plötzlich kommt, weiß niemand so genau.

Jedenfalls gibt es nun diesen Impuls eines nicht ganz unbedeutenden Unionspolitikers. Da frage ich Sie, Frau Staatsministerin: Hätten nicht Sie diesen Impuls geben müssen? Bitte schieben Sie die Verantwortung jetzt nicht auf die Länder ab. Auch die Bundesregierung hat hier Aktien. Im ZDF-Verwaltungsrat sitzt nämlich ein Vertreter des Bundes: Ihr Vorgänger Bernd Neumann. Es wäre doch ein gutes und wichtiges Signal, wenn Sie zukünftig auf diesen Posten verzichten würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder nehmen wir das Beispiel der Pressekrise. Wir hatten eine exzellente Pressevielfalt in Deutschland mit vielen lebendigen Lokal- und Regionalredaktionen. Wenn ich meinen Kindern heute davon erzähle, komme ich mir vor wie die Großmutter, die früher alles besser fand.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dazu sind Sie viel zu jung!)

(C)

Aber die nackten Zahlen belegen: Die Oma hat recht. Der Schwund ist dramatisch. Immer mehr Zeitungen schließen oder legen Redaktionen zusammen. Durch Pressefusionen schwindet die Meinungsvielfalt. Und was macht die Bundesregierung? Nichts! Gar nichts!

(Volker Kauder [CDU/CSU]: So schlimm ist es jetzt nicht!)

Diese Regierung ist in der Kulturpolitik schon als Koalition der Hoch- und Repräsentationskultur bekannt. Sie ist auch eine Große Koalition für die großen Medienhäuser. Die Kleinen müssen sehen, wo sie bleiben, und die Großen können die Kleinen noch leichter schlucken.

Mit Ihrem Vorhaben werden Sie die Medienkonzentration noch beschleunigen, statt zu stoppen oder Vielfalt zu sichern. Als zusätzliche Belohnung für Springer und Konsorten wird das sinnlose Leistungsschutzrecht erst einmal beibehalten. Da waren die geschätzten Kollegen der SPD-Fraktion wohl so heiß auf die Regierungsverantwortung, dass sie alle ihre Reden dazu völlig vergessen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das mit den Konsorten nehmen Sie zurück!)

Kleine Info: Sie, liebe Kollegen der SPD, waren vernünftigerweise gegen das Leistungsschutzrecht. Dann kam Olaf Scholz und wollte lieber Standortpolitik als Demokratieförderung machen, und dann winkte hier ein Koalitionsvertrag. Dass Sie ein eigenes Projekt, nämlich das Presseauskunftsgesetz, protestlos einfach wieder begraben haben, passt da übrigens ganz gut ins Bild. Ihre Medienpolitik wird sicher nicht in die Heldensagen eingehen.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Leidtragenden dieser verfehlten schwarz-roten Medienpolitik sind vor allem die Journalisten selbst. Vom Leistungsschutzrecht profitieren sie gar nicht. Die Pressefusionen führen dazu, dass Redaktionen geschlossen werden und Journalisten ihren Job verlieren. Es gäbe aber Instrumente zur Hilfe, zum Beispiel ein durchsetzungsstarkes Urhebervertragsrecht, mit dem wir den Journalisten etwas an die Hand geben können, das ihnen wirklich hilft.

(Martin Dörmann [SPD]: Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Es gibt sogar einen Vorschlag, fraktionsübergreifend aus der Enquete-Kommission. Herr Dörmann, das wissen Sie. Auch wir Grüne haben ebenfalls einen Vorschlag gemacht. Aber dazu gibt es von der GroKo bisher nichts. Ich fordere hier im Sinne der Journalisten deutlich mehr Mut von Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Apropos im Stich lassen: Nicht nur Journalisten bekommen oft nur Hungerlöhne. Der Großteil der Kultur-

**Tabea Rößner**

- (A) schaffenden arbeitet und lebt in prekären Verhältnissen. Die Kreativen haben aber mehr verdient, als nur die Lücken in ihrer sozialen Absicherung festzustellen. Die Kreativwirtschaft boomt, und da brauchen die Kreativen ein klares Bekenntnis für eine bessere soziale und wirtschaftliche Absicherung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Schauen wir noch kurz auf die Filmpolitik. Frau Grütters, ich bin mir nicht sicher, ob Ihr Vorgänger glücklich darüber ist, wie Sie mit seinem Erbe, dem Deutschen Filmförderfonds, umgehen. Das war ja sein Steckenpferd und – kleiner Tipp – bietet hervorragende Anschlussverwendungen. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch an Herrn Neumann zu seiner Wahl zum Präsidenten der Filmförderanstalt.

Sie, Frau Grütters, haben im Februar auf dem Deutschen Produzententag versprochen, dass es für die Filmförderung bei den 70 Millionen Euro wie im Vorjahr bleiben wird. Aber im Haushaltsentwurf stehen plötzlich nur noch 60 Millionen Euro drin. Das verstehe ich nicht. Die Mittel aus dem Filmförderfonds sind doch bekanntermaßen hervorragend investiert; denn jeder investierte Euro bringt weitere 6 Euro für die deutsche Filmwirtschaft. Warum Sie hier wortbrüchig werden, 10 Millionen Euro streichen und so dem deutschen Film 70 Millionen Euro entziehen, das müssen Sie bitte einmal erklären.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zurück zur Beauftragten für Kultur und – immer noch – Medien. Meine Sorge, dass die Medienpolitik nicht Ihr Herzensthema ist, spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf wider. Es sind viele Gaben für die Kultur enthalten, manche sinnvolle und manche weniger sinnvolle. Und zu Medien? Eines der wenigen schönen medienpolitischen Projekte, den Computerspielpreis, ließen Sie gleich ganz zu Ihrem Kollegen Herrn Dobrindt wandern. Warum, ist mir wirklich schleierhaft. Ich dachte immer, es handele sich hier um ein Kulturgut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jetzt beim Autorennspiel „Need for Speed“ eine Pkw-Maut eingeführt wird, dann wissen wir jedenfalls, wer es war.

Man sieht, es gäbe in der Medienpolitik eine riesige Spielwiese, auf der Sie sich als Staatsministerin für Kultur und eben Medien austoben könnten. Ich möchte Sie ausdrücklich dazu ermutigen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Gerda Hasselfeldt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):**

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss jetzt leider zur allgemeinen Haushaltsdebatte zurückkommen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lasst uns über Kultur reden!)

Da können wir heute einen wirklich historischen Wendepunkt in der Haushaltspolitik unseres Landes erleben. Der Bundesfinanzminister kann für das Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Für das nächste Jahr wird ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung erwartet. Das ist eine großartige Leistung, die vor Jahren nicht vorhersehbar war. Es ist die Leistung dieser Bundesregierung, wofür ich herzlich danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist umso bemerkenswerter, als wir zu Beginn der Regierungszeit von Angela Merkel eine ganze Reihe von Problemen und Herausforderungen zu bewältigen hatten. Wir hatten 2005 eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Verschuldung übernommen. Dann kam, bald nachdem sich die ersten positiven Effekte zeigten, die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hinzu, eine Krise, wie sie die Nachkriegszeit noch nicht erlebt hatte. Bald darauf gab es in Europa die Staatsschuldenkrise, die ebenfalls zu bewältigen war. Meine Damen und Herren, auch diese Krisenzeiten wurden gut bewältigt. Sie wurden richtig bewältigt mit den richtigen politischen Entscheidungen, mit den richtigen soliden strukturellen Haushaltsentscheidungen. Das war die Richtlinie dieser Politik. Strukturreformen und solide Haushaltspolitik bestimmten die Politik, die dazu führte, dass wir besser aus der Krise herausgekommen sind, als wir hineingegangen sind.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben eine Stabilitätskultur entwickelt, die nicht nur die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse erfüllte, sondern auch Spielräume eröffnete – das wurde heute schon mehrfach angesprochen – für die junge Generation, für diejenigen, die nach uns kommen. Diese generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik hat mittlerweile Vorbildfunktion in Europa und in der ganzen Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir alle haben erlebt, zu welchen fatalen Auswirkungen eine zu hohe Verschuldung in manchen europäischen Ländern geführt hat: auf die wirtschaftliche Situation, auf die Beschäftigung, auf die soziale Situation der Menschen. Heute können wir sagen: Auch dieser Kurs war richtig, nämlich in Europa darauf zu setzen, dass jedes europäische Land seine Hausaufgaben machen muss. Es war auch richtig, nicht auf die Vergemeinschaftung von Schulden, auf Euro-Bonds, zu setzen, sondern auf eine solide Haushaltsführung, auf die Einhaltung der Auflagen, die gemacht werden, und auf die Durchfüh-

Gerda Hasselfeldt

- (A) rung von Strukturreformen. Auch damit haben wir uns durchgesetzt, und es war erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt kann man sich natürlich fragen: Warum eigentlich solide Haushaltspolitik? Steht das auf dem Papier, kann man sich darüber freuen und es wieder zur Seite legen? Nein, meine Damen und Herren, es ist die Grundlage für unsere politische Verantwortung insgesamt. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Ich bin mit 18 Jahren in die CSU eingetreten. Es war damals, 1968, für ein Mädchen aus dem Bayerischen Wald nicht unbedingt selbstverständlich, in eine damals eher männlich geprägte Partei einzutreten.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das hat der CSU gutgetan!)

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das, was mich damals motiviert hat und was auch heute noch ein wichtiger Teil meiner politischen Arbeit ist, ist die Tatsache, dass ich damals als junges Mädchen ernst genommen wurde und dass ich mich ernst genommen fühlte und mitgestalten konnte. Ich spürte, dass dort Männer am Werk sind – damals waren überwiegend Männer in der Partei –, die auch ein Interesse daran haben, dass die junge Generation in diesem Land Chancen hat, dass sie auch in ländlichen Regionen Chancen hat. Ich habe das persönlich erlebt. Deshalb ist es mir so wichtig, immer wieder zu sagen, dass die Union die Partei ist, die für die nachwachsende Generation sorgt; wir sorgen dafür, dass die jungen Leute künftig auch Chancen haben, dass wir ihnen keine Schulden überlassen. Sie haben ein Anrecht auf eine Zukunft ohne Altlasten.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Manchmal denke ich, gerade die Grünen tun immer so, als wollten sie für Nachhaltigkeit sorgen und würde ihnen nachhaltige Politik in besonderer Weise am Herzen liegen. Im Land Baden-Württemberg – man braucht nicht sehr weit zurückzuschauen; denn dort sind sie in der Verantwortung – haben sie gezeigt, wie weit es mit der Nachhaltigkeit bestellt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben ein Land übernommen, das seit einigen Jahren keine neuen Schulden mehr machte. Kaum waren Sie in der Verantwortung, wurden neue Schulden gemacht. An diesem Beispiel zeigt sich: Mit Nachhaltigkeit haben die Grünen nichts, aber auch gar nichts am Hut.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun ist solide Haushaltspolitik aber auch die wichtigste Grundlage dafür, dass es den Menschen gut geht, dass wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und sichere Arbeitsplätze haben. Das sind keine Gegensätze; das sehen wir an all den Ländern, in denen das praktiziert wird. Solide Haushaltspolitik ist die eine Seite und eine gute wirtschaftliche Entwicklung die andere Seite ein und derselben Medaille. Das gehört zusammen; das eine ist die Voraussetzung für das andere.

(C) Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass wir die gute wirtschaftliche Entwicklung, die wir in den letzten Jahren hatten, nicht aufs Spiel setzen, sondern weiterführen und dabei niemanden, auch nicht die Schwächeren, auf der Strecke lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört als Erstes, dass wir die wichtigste Ressource, die wir in unserem Land haben, nämlich die Menschen, in ihrer unterschiedlichen Art und mit ihren ganz unterschiedlichen Talenten ernst nehmen und entsprechend fördern, und zwar diejenigen, die eher theoretisch begabt sind, an den Universitäten und Hochschulen. Wir müssen also so viel, wie wir können, in die Forschung stecken. Die Bundeskanzlerin hat heute unter Nennung von Zahlen darauf hingewiesen. Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode unsere Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt und werden in dieser Legislaturperiode noch darüber hinaus etwas tun; wir werden die Hochschulen zusätzlich fördern. Aber, meine Damen und Herren, das alleine ist es nicht. Das Leben beginnt nicht erst mit dem Abitur und schon gar nicht erst mit dem Studium.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Praktisch orientierte Ausbildungsplätze sind mindestens genauso wichtig wie theoretisch orientierte Studienplätze.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Deshalb begrüße ich es sehr, dass die Bundesbildungs- und -forschungsministerin immer wieder darauf hinweist. Gerade der gestern vom Kabinett beschlossene Berufsbildungsbericht gibt uns Anlass dazu, immer wieder neu darüber nachzudenken. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir im Bereich der beruflichen Bildung nicht einfach zur Seite schauen dürfen, sondern jedes Talent ernst nehmen und fördern müssen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen: Wenn wir über Bildung reden, dann reden wir nicht nur über eine Bundesangelegenheit; primär ist das eine Aufgabe der Länder. Wenn zum Beispiel die Schulsozialarbeit so hochgepriesen wird, dann frage ich mich: Warum tun denn die Länder, obwohl sie so gepriesen wird, nicht mehr dafür? Es ist originäre Aufgabe der Länder, in den Schulen die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der zweite Ansatzpunkt, wenn es um sichere Arbeitsplätze geht, ist die Infrastruktur: die Infrastruktur im Verkehrsbereich, die digitale Infrastruktur. Dazu ist heute schon viel gesagt worden. Angesichts der Aufholarbeit aufgrund der Versäumnisse, die wir in den vergangenen Jahrzehnten angehäuft haben, begrüße ich es sehr, dass wir diesem Bereich in dieser Legislaturperiode neuen Schwung verleihen, etwa indem wir zusätzliche Mittel von etwa 5 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investieren und den Breitbandinfrastrukturausbau forcieren. Die Betriebe, die Menschen in den ländli-

**Gerda Hasselfeldt**

- (A) chen Räumen sind genauso wichtig wie die in den Ballungsgebieten, und sie brauchen das schnelle Internet genauso wie die in den Ballungsgebieten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein vierter Bereich, der auch zur Infrastruktur gehört, ist der energiepolitische Bereich. Auch dazu ist heute schon viel gesagt worden. Auch ich möchte ganz herzlich der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsminister dafür danken, dass sie in den Verhandlungen mit der EU-Kommission auf europäischer Ebene eine Regelung hinbekommen haben, durch die die industrielle Basis unseres Landes und damit Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert werden, meine Damen und Herren. Das ist ein ganz großer Fortschritt, gerade vor dem Hintergrund, was wir dazu noch vor einigen Wochen von der EU-Kommission zu hören bekamen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir leben nicht nur von Angebot und Nachfrage. Wir leben nicht nur von Geld. Nicht nur Finanzen und Wirtschaft sind wichtig, sondern auch die Antworten auf die Frage: Wie gehen wir miteinander um? Wie halten wir über die Generationen hinweg zusammen? Welche Werte verbinden uns? In diesem Zusammenhang stellt sich zum Beispiel auch die Frage: Was ist uns Erziehung wert? Ich sage Ihnen für meine Partei ganz deutlich: Erziehung ist nicht nur die originäre Aufgabe der Eltern, sondern sie ist einer der wichtigsten Aspekte in unserem Zusammenleben überhaupt. Erziehungsleistung ist Lebensleistung, die von den Eltern für ihre Kinder erbracht wird. Sie ist nicht nur für ihre Kinder wichtig, sondern für die ganze Gesellschaft, für uns alle miteinander.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist deshalb richtig, dass wir nicht nur über die Mütterrente diskutieren, wie vor der Wahl, sondern dass wir diese auch realisieren. Wir sorgen für eine bessere Anerkennung der Erziehungszeiten in der Rentenversicherung für jene Mütter, die ihre Kinder unter schwierigeren Bedingungen als heute erzogen haben, die zu weiten Teilen auf Erwerbstätigkeit verzichtet haben. Nun erkennen wir diese Leistung der Mütter auch für vor 1992 geborene Kinder an. Diese Verbesserung setzen wir mit der Verabschiedung des Rentenpakets um.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen, dass wir vor großen demografischen Herausforderungen stehen. Deshalb haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen eindeutig darauf verständigt: Am Grundsatz der Rente mit 67 wird nicht gerüttelt. Wir haben uns auch darauf verständigt, eine Übergangsregelung zu schaffen, die vorsieht, dass man ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen kann. Dazu stehe ich. Das haben wir vereinbart.

Es gibt darüber hinaus noch eine Reihe von Problemen, die wir zu bewältigen haben, insbesondere die mit der Rente ab 63 verbundene Gefahr der Frühverrentung.

(C) Diese Probleme müssen wir in aller Kollegialität, in Offenheit und in konstruktiven Diskussionen bewältigen. Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen. Die Gespräche in den vergangenen Tagen haben ja durchaus Anlass zu dieser Zuversicht gegeben.

Wir sind nicht gewählt, um uns in der Koalition nur zu streiten. Vielmehr sollten wir in Auseinandersetzungen den besten Weg für die Menschen in unserem Land, für ihre Arbeitsplätze und ihre soziale Sicherung erarbeiten. Das eint uns. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir eine gute Lösung hinbekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, Volker Kauder hat vorhin gesagt: Das Ziel dieser Koalition ist, dass es den Menschen am Ende dieser Legislaturperiode noch besser geht als vorher. Genau das ist das Ziel. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir uns an dem Dreiklang orientieren, der auch diesen Haushalt prägt, nämlich erstens stabile Finanzen, zweitens sichere Arbeitsplätze und drittens gesellschaftlicher Zusammenhalt. Das ist der Dreiklang, der im vorliegenden Haushaltsentwurf zum Ausdruck kommt. Dieser Haushaltsentwurf ist die beste Grundlage, um die Ziele dieser Koalition zu erreichen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Sigrid Hupach das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sigrid Hupach (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen jetzt wieder zur Kultur. Wir sehen uns gern als Kulturnation. Aber wie unterstreicht das dieser Haushaltsentwurf?

Die Linke begrüßt, dass nicht gekürzt wird. Wir finden jedoch, dass 1,6 Prozent des Gesamtetats der öffentlichen Haushalte für die Kultur zu wenig sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Die soziale Lage der Kulturschaffenden in unserem Land hat sich nicht verbessert. Nach wie vor liegen ihre Einkünfte, ob sie im Theater arbeiten, Kostüme entwerfen, Tänzer oder Musiker sind, nur knapp über dem Existenzminimum. Der Koalitionsvertrag versprach Hoffnung mit einem großen Abschnitt zur Kultur. Das war erfreulich. Gut hundert Tage nach Verabschiedung ist aber nicht zu erkennen, wie diese Versprechungen mit dem vorliegenden Haushalt eingelöst werden sollen.

Verdoppelt wurden die Mittel für die Provenienzforschung, die sich mit der Herkunftsgeschichte von Kunst- und Kulturgütern befasst. Frau Grütters plant ein „Deutsches Zentrum Kulturgutverluste“. Es war höchste Zeit hierfür – 15 Jahre nach der Washingtoner Erklärung und fast 70 Jahre nach Kriegsende. Wir begrüßen diese Entwicklung sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sigrid Hupach**

- (A) Aber gemäß seiner bisherigen Konzeption löst ein solches Zentrum die Probleme der Länder auf dem Gebiet der Provenienzforschung nicht. Was die Länder und ihre Museen brauchen, sind entsprechendes Personal und Geld. Das Geld dafür fehlt aber. 4 Millionen Euro vom Bund für die Provenienzforschung sind so gesehen viel und wenig zugleich.

Im letzten Haushalt gab es für ein Denkmalschutzsonderprogramm noch Mittel. Im neuen Entwurf sucht man dies leider vergebens, trotz Ankündigung im Koalitionsvertrag. Es war aber gerade dieses Programm, das zum Erhalt der Infrastruktur in den Ländern beigetragen hat. Hier muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Den kooperativen Kulturföderalismus auszubauen war eine weitere Aussage im Koalitionsvertrag. Für uns ein Hoffnungsschimmer, fordern wir doch seit Jahren ein Kooperationsgebot im Bereich Kultur und eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur. Ohne dies bleibt dem Bund nur die Kulturstiftung des Bundes. Die Kriterien der Bundeskulturförderung müssten überdacht und die Kulturstiftung des Bundes genau wie ihre Fonds gestärkt werden. Das war in der letzten Legislatur noch die Aussage der SPD. Von einem neuen Musikfonds war die Rede: ansatzweise im Koalitionsvertrag noch vorhanden, aber im Haushalt findet man dazu nichts mehr. Die Kulturstiftung des Bundes verliert sogar ihren einmaligen Aufwuchs in Höhe von 5 Millionen Euro. Dies werden wir nicht hinnehmen. Wir werden erneut eine Aufstockung um 10 Millionen Euro fordern.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Erbepflege geht einmal mehr vor Neukonzeption. Dabei müsste doch allen Beteiligten klar sein, dass einem Wandel der kulturellen Produktionsbedingungen, einem Umbruch der Wahrnehmung und Nutzung von Kultur, wie wir ihn aktuell erleben, auch ein Wandel der Förderstrukturen folgen muss.

Nach Berlin fließen circa 40 Prozent der gesamten Mittel für die Bundeskulturförderung. Das ist nicht einfach mit dem Gedanken des kooperativen Kulturföderalismus in Einklang zu bringen. Trotzdem wird über Museumsneubauten mit Kosten in dreistelliger Millionenhöhe öffentlich nachgedacht. Umsetzen müsste dies die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, eine Stiftung, die chronisch unterfinanziert ist, die seit Jahren mit einer Vielzahl von Bau- und Sanierungsprojekten überlastet, wenn nicht überfordert ist, und deren Bauetat in diesem Haushalt um keinen einzigen Euro aufgestockt wird. Wie soll diese Stiftung ein neues Museum der Moderne finanzieren? Was wir jetzt brauchen, ist eine grundsätzliche Debatte über die Finanzierung der Stiftung und eine deutliche Aufstockung ihrer Mittel.

Neben Visionen von Museumsneubauten brauchen wir auch, Frau Grütters, Visionen für die Kulturförderung der Zukunft. Zeitgemäße Kulturpolitik muss Antworten haben auf die aktuellen Herausforderungen wie zum Beispiel den demografischen Wandel oder die Digitalisierung. Künstlerinnen und Kreative müssen ausreichend sozial abgesichert sein.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

Für viele dieser Punkte hat die Linke bereits Vorschläge vorgelegt. (C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ach was!)

Frau Grütters, Sie haben kürzlich im *Spiegel* gefordert – Zitat –: „Gebt mir die Millionen.“ Dazu sage ich: Kämpfen Sie um die Millionen – für die Kultur!

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Dr. Hans-Ulrich Krüger das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Koalition macht eine gute Arbeit.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Richtig!)

Dies beweist der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zum Haushalt. Wir brauchen auch in diesem Jahr, wie es unser geehrter, leider viel zu früh verstorbener Kollege Peter Struck anlässlich eines derartigen Einbringungsvorgangs einmal gesagt hat, „unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen“. Einen auf der einen Seite strukturell ausgeglichenen Haushalt und auf der anderen ein in den Koalitionsverhandlungen gutes und sozial gerechtes, aber vor allen Dingen finanzierbares Investitionsprogramm zu gestalten, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Kunst. Und wir alle wissen: Kunst kommt von Können. (D)

Die Koalition hat sich viel vorgenommen, und sie wird auch viel erreichen. Für eine Haushaltskonsolidierung braucht man zum einen Disziplin und zum anderen eine gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Beide Faktoren liegen vor, ja, sie geben uns den Spielraum, die in den Koalitionsverhandlungen prioritär vereinbarten Ziele umzusetzen: die Rente mit 63, die Mütterrente, Investitionen in Bildung und Forschung, Unterstützung der Kommunen.

Gestaltungsspielräume zu nutzen und gleichzeitig zukünftige Generationen zu entlasten, sind von jeher sozialdemokratische Anliegen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der in der letzten Großen Koalition im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse haben wir eine Grundlage hierfür bereits geschaffen. Mit den mutigen Reformen noch unter Gerhard Schröder sowie dem entschlossenen und heute auch schon mehrfach angesprochenen Handeln des Finanzministers Peer Steinbrück und des Arbeitsministers Olaf Scholz während der Finanzkrise durch ein umfassendes Konjunkturpaket haben wir eine weitere Basis dafür geschaffen, dass wir heute über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2014 beraten können und für 2015 einen Haushalt ganz ohne neue Schulden vorzeigen wollen und werden.

(Beifall bei der SPD)



**Dr. Hans-Ulrich Krüger**

(A) Das nenne ich „Investieren in die Zukunft“.

Wie ich schon eingangs feststellte: Zum einen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen und zum anderen Geld für wichtige Investitionen in die Hand zu nehmen, ist eine Kunst. Beides ist voneinander abhängig. Ich kann behaupten, dass die SPD die in der Regierung vorhandenen Spielräume für die richtigen Prioritäten nutzt. Lassen Sie mich das kurz vorstellen.

Die Lebensleistung von Menschen muss anerkannt werden. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, darf und soll die Früchte seiner Arbeit auch ernten können; die Kollegin Hasselfeldt hat soeben zutreffend darauf hingewiesen. Das heißt, wer mit 18 oder sogar früher angefangen hat, hart zu arbeiten, kann mit 63 in den Ruhestand gehen. Nicht jeder von uns leistet einen solchen Solidaritätsbeitrag, indem er derart lange Beiträge in unser Sozialversicherungssystem einzahlt. Insofern ist die Anerkennung der Lebensleistung dieser Menschen nicht nur sozial gerecht, sondern auch sachgerechte Fürsorge des Staates. Deswegen liegt die Zustimmung für die Rente mit 63 für langjährig Versicherte in der Bevölkerung bei 87 Prozent und bei den 18- bis 34-Jährigen sogar bei 89 Prozent. Gerade der Großteil der jungen Generation steht vollständig hinter dem Plan, Menschen, die jahrzehntelang hart gearbeitet haben, einen früheren Rentenzugang ohne Abschlüsse zu ermöglichen. Der Rentenbeitragsatz in der Deutschen Rentenversicherung bleibt 2014 also bei 18,9 Prozent. Es bleibt damit beim Status quo.

(B) Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht genug: Wir verbessern auch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für Väter und Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Auch das ist ein Gebot der Fairness. Eltern, die ihre Kinder erziehen, wissen, was das heißt. Kindererziehung und Kinderbetreuung sind ein Fulltime-Job. Von daher ist es nur fair und sozial gerecht, dass die Kindererziehungszeit mit einem weiteren Entgeltpunkt berechnet wird. Zukünftig, also ab dem 1. Juli 2014, erhalten demgemäß Väter und Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit angerechnet und damit eine erhöhte Rente.

Diese „Mütterrente“ wird zunächst aus den Beiträgen der Rentenversicherung und den Rücklagen finanziert. Als SPD – das bekenne ich ganz freimütig – hätten wir uns vorstellen können, hierfür Steuermittel heranzuziehen. Dies jedoch war aus den bekannten Gründen in den Verhandlungen nicht umsetzbar. Somit wird es 2019 einen zusätzlichen Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die gesetzliche Rentenversicherung geben. Diese Mittel werden dann bis 2022 auf 2 Milliarden Euro jährlich erhöht. Sie sehen, meine Damen und Herren, auch die Mütterrente ist ein Gebot staatlicher Fairness.

Einen dritten Punkt möchte ich ebenfalls noch erwähnen, nämlich die Erwerbsminderungsrente. Auch diese erhöhen wir. Die Erwerbsminderungsrente erhalten bekanntermaßen Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen, zum Beispiel wegen eines Unfalls, nicht mehr berufstätig sein können. Auch hier ist staatliche Fairness angebracht. Wir werden daher die Erwerbsminderungsrente ebenfalls ab dem 1. Juli 2014 um 5 Prozent erhöhen. Nur ein hand-

lungsfähiger Staat ist in der Lage, sich stark zu machen für sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Teilhabe. Das tun wir. Das wollen wir. (C)

Ein weiterer wichtiger Förderungsschwerpunkt sind Investitionen in Bildung und Forschung. Bildung und Forschung ist und wird ein Schwerpunkt unserer gemeinsamen Politik bleiben. 14 Milliarden Euro werden hierfür im Haushalt zur Verfügung gestellt. Wir reagieren damit auch auf die stark gestiegene Zahl von Studienanfängern und -anfängerinnen. Es ist gut und wichtig, dass immer mehr junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten einen guten Schulabschluss schaffen und Zugang zu den Universitäten und so zu optimaler Chancengleichheit im Leben erhalten. Das kostet Geld. Von daher ist es nicht nur richtig, sondern notwendig, dass der Bund 2014 circa 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, womit die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze unterstützt werden. In diesem Zusammenhang müssen natürlich auch die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre verbessert werden. Wir müssen es darüber hinaus auch als Baustelle und Hausaufgabe für die aktuelle Legislatur ansehen, eine grundlegende Reform des BAföG zu erarbeiten und auch zu beschließen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein besonderes Anliegen sozialdemokratischer Politik ist die Stärkung der Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems. Um es mit den Worten der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auszudrücken: „Wir wollen kein Kind zurücklassen.“ Das Gleiche gilt für Schüler, Jugendliche und Studenten. Anders gesagt: Die Chancen junger Menschen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Auch die Forschung wird weiter gestärkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die entsprechenden Einrichtungen erhalten 5 Prozent höhere Zuwendungen.

Eine weitere prioritäre Maßnahme – das wurde heute schon angesprochen – ist die Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung. Ich erinnere nur daran, dass das Projekt „Soziale Stadt“ zuletzt noch mit 28,5 Millionen Euro, also knapp 30 Millionen Euro, dotiert war. Wir haben mittlerweile eine Dotation von 150 Millionen Euro festgelegt. Ich erinnere daran, dass wir die Mittel für die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro angehoben haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist etwas, was angesichts der Lage der Kommunen bitter nötig ist.

Im Zusammenhang mit den Kommunen komme ich nun zu einem zentralen und wichtigen Thema dieses Bundeshaushalts. Ja, wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Bund die Kommunen finanziell entlastet. Das ist angesichts der Belastung finanzschwacher Städte und Gemeinden bitter nötig. Viele Städte und Kommunen, die erhebliche Leistungen zu erbringen haben, können ihre Haushalte kaum noch stemmen. Sie stehen häufig unter dem Druck von Haushaltssiche-

**Dr. Hans-Ulrich Krüger**

- (A) rungskonzepten und verlieren damit das ureigenste kommunale Instrument der Selbstverwaltungshoheit. An dieser Stelle sind wir gefordert.

Ab 2014 – auch das ist angesprochen worden – übernimmt der Bund vollständig die Kosten der Grundsicherung in Höhe von aktuell 5,5 Milliarden Euro. Das ist ein großer, für die Gemeinden direkt positiv spürbarer Erfolg sozialdemokratischer Politik, der – ich erinnere daran – nicht zuletzt aufgrund der rot-grünen Hartnäckigkeit im Vermittlungsausschuss zustande gekommen ist.

Ferner haben wir vereinbart, dass die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes in einem Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich von den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entlastet werden. Wir stehen fest zur Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes in dieser Legislatur; daran wird nicht gerüttelt. Und eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch klar: Bis dieses Gesetz erarbeitet ist, werden die Kommunen, beginnend ab Januar 2015, um 1 Milliarde Euro jährlich entlastet. Ziel ist es, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales noch in diesem Jahr mit den Arbeiten an diesem Gesetzgebungsvorhaben beginnt. Im Zuge des Bundesteilhabegesetzes soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden, das Leben von Menschen mit Behinderung eindeutig und konkret verbessert werden. Wir werden daher alles dafür tun, dass dieses Gesetz in 2016 verabschiedet wird. Wir definieren auch ganz klar das angestrebte Ziel, bereits 2017 zu einer höheren Entlastung der Kommunen zu kommen.

- (B) Sie sehen, meine Damen und Herren, auf der einen Seite einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren und auf der anderen Seite Zukunftsinvestitionen für die Menschen in unserem Land vorzusehen, schließt sich nicht aus, nein, das ist unabdingbar miteinander verbunden. Wir betreiben insofern eine Politik der ökonomischen Vernunft.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Debatte um die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand zum Schluss noch ein paar Sätze zur Steuerehrlichkeit in unserer Gesellschaft sagen, einem Thema, welches uns, die Medien und die Menschen im Land in den letzten Wochen sehr bewegt hat. Ich möchte daher in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans war, der mit dem beharrlichen, damals von vielen beschimpften, heute aber von fast allen bejahten Ankauf von Steuer-CDs nicht nur eine Diskussion über Steuerehrlichkeit und Steuermoral in Gang gesetzt hat, sondern auch dafür gesorgt hat, dass so mancher hinterzogene Steuereuro doch noch in die Staatskasse geflossen ist.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat für den Kauf von Steuer-CDs bislang einen einstelligen Millionenbetrag ausgegeben und dadurch im Gegenzug mehr als 300 Millionen Euro an entzogenen Steuern für die Bürger eingenommen – wie ich finde, eine gute Rendite.

(C) Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen – auch an die Opposition gerichtet –: Die Große Koalition packt an allen Fronten, auf allen Ebenen die Probleme an. Wir sind auf einem sehr guten Weg. Diesen werden wir weitergehen. Ich lade Sie daher ein, unsere Arbeit bei den Haushaltsberatungen zu unterstützen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gleich zwei Ereignisse haben uns Kulturfreunde – übrigens weltweit – in den letzten Tagen sehr bewegt: Das eine war der Durchbruch bei der Bearbeitung des sogenannten Schwabinger Kunstfundes und das andere die große Ausstellung von Ai Weiwei im Martin-Gropius-Bau. Ich finde, beide Ereignisse – deshalb erwähne ich sie hier eingangs – sagen sehr viel aus über unser Verständnis als Kulturnation.

(D) Gestern konnten wir immerhin erleichtert feststellen, dass Herr Gurlitt sich bereit erklärt hat, die Raubkunst freiwillig – das ist erstmals in der Geschichte der Republik so – an die Erben der damaligen, meist jüdischen Besitzer zurückzugeben. Das ist nicht nur ein großer Erfolg in diesem spektakulären Fall, sondern das zeigt vor allem, dass Deutschland auch 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht aufhört, seine Vergangenheit aufzuarbeiten, selbst wenn es wehtut.

(Beifall der Abg. Dr. Eva Högl [SPD])

– Ich finde, dass das, worum es hier geht, einen Applaus wert ist, insbesondere weil sich ein Privater, der das nicht hätte tun müssen, freiwillig dazu bereit erklärt hat. Vor allen Dingen wird eines dabei sichtbar: Es geht im Einzelfall nicht immer nur um den materiellen Ausgleich, sondern auch um die Anerkennung der Opferbiografien,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

also auch um so etwas wie die moralische Durchdringung unser aller Geschichte.

Vor genau einer Woche haben wir im Martin-Gropius-Bau die weltweit größte Ausstellung des Künstlers Ai Weiwei eröffnet, die deshalb weltweit so viel Aussehen erregt, weil er in China unter Hausarrest steht und weil seine Kunst, die subversiv ist und manchmal fast verführerisch ästhetisch, obwohl er in allen seinen Arbeiten immer wieder auch die Unterdrückung, die er erfahren hat,

**Staatsministerin Monika Grütters**

- (A) aufarbeitet, so etwas ist wie ein Manifest gegen Unge-  
rechtigkeit und gegen Willkür.

Daran wird deutlich, dass Kunst und Kultur – das gilt nicht nur für Deutschland, sondern überall – kein dekorativer Luxus sind, sondern eine Haltung, ein Modus des Zusammenlebens. Die Künstler denken über die Bedingungen unserer Existenz und über die Verfasstheit einer Gesellschaft nach, und man kann eine Gesellschaft sehr genau daran erkennen, wie sie mit ebendiesen Künstlern umgeht. Das ist eine Art Lackmustest für die Demokratie und für die Achtung der Menschenrechte. Friedrich Schiller hat das, wie ich finde, einmal sehr poetisch in die Worte gefasst: „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“

Der Schutz dieser Freiheiten, unter denen Geist und Kultur gedeihen, muss deshalb auch oberster Grundsatz jeder verantwortlichen Kulturpolitik sein; denn es kann ja nur der Staat sein, der diese Kunst und diese Freiheit schützt. Das heißt, wenn wir heute über den Kulturerat der Bundesregierung sprechen, dann sprechen wir über nichts Geringeres als über die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Ganz konkret: Ein Staat wie Deutschland, der reich an kulturellen Traditionen ist, dessen Brüche aber auch sehr radikal sind, muss eben auch im Umgang mit seinen Kulturgütern Klarheit schaffen und nach fairen und gerechten Lösungen suchen. Deshalb bin ich sehr dankbar – und das ist nicht banal –, dass wir die Mittel für Provenienzrecherche und für die Rückgabe tatsächlich noch in diesem Haushalt für 2014 verdoppeln konnten.

- (B) Es kann sein, dass das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste spät kommt, aber es kommt noch zur rechten Zeit. Das macht einmal mehr deutlich, wie wichtig uns die Aufgabe ist. Deshalb bin ich wirklich dankbar und immer noch beeindruckt, dass ausgerechnet meine israelische Kollegin Limor Livnat bei unserem Besuch unvermittelt – das war nicht geplant – einmal mehr gesagt hat, sie bewundere, was wir in der kurzen Zeit gemacht haben. Sie fragte sogar, ob wir deutsche Provenienzforscher in israelische Museen schicken können. Wenn das kein Vertrauensbeweis ist!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt, verehrte liebe Kollegin Rößner, komme ich zur Medienpolitik, und zwar zu dem Teil, den der Bund zu verantworten hat. Ich weiß, Sie haben sich ins ZDF verbissen, aber das ist und bleibt Ländersache. – Übrigens, zu persönlichen Raufereien: Ich neige wirklich nicht dazu, gleich meinen Amtsvorgänger aus dem Amt zu jagen.

Kommen wir also zur Medienpolitik des Bundes. Die Krisen in der Ukraine und der Arabische Frühling – oder das, was davon übrig geblieben ist – zeigen uns einmal mehr, wie wichtig unabhängiger, freier Journalismus ist. Die Deutsche Welle als Auslandssender steht eben für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Menschenrechte, Demokratie und soziale Marktwirtschaft.

(Lachen der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Da können Sie gerne lachen. Ich finde, es ist nicht zum Lachen, sondern wichtiger denn je. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung!)

Der Wettbewerb um die Weltöffentlichkeit, um Werte und Ideen hat sich drastisch verschärft. Die Deutsche Welle konkurriert inzwischen mit mindestens 26 internationalen Sendern, und viele von denen stehen eben nicht für freie Meinungsäußerung, sondern für eine aggressive und tendenziöse Berichterstattung und nicht selten für Zensur und Propaganda. Trotzdem ist es der Deutschen Welle in den letzten Jahren gelungen, die Nutzung ihres Angebots um 17 Prozent auf immerhin 101 Millionen Zuschauer pro Woche zu steigern. Ich glaube, das ist ein Zeichen für hohe Glaubwürdigkeit. Sie setzt daneben natürlich auch mit mutigen Entscheidungen ein Zeichen, wie der, die Satiresendung des Ägypters Bassem Youssef in ihr Programm zu übernehmen; da hat es starke Konkurrenz, nicht zuletzt von der BBC, gegeben.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Deutsche Welle stärken. Dies haben wir in diesem Haushalt kurzfristig mit mindestens 2 Millionen Euro mehr – auch über ODA-Mittel – getan, und das soll nicht das letzte Wort gewesen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Helfen Sie also mit, die Deutsche Welle zu stärken und zu stabilisieren.

- Noch ein paar Worte zum Thema Filmförderfonds. Er ist hier angesprochen worden. Dafür standen jahrelang 60 Millionen Euro zur Verfügung. Das verteidige ich auch. Als die Mittel einmalig auf 70 Millionen Euro aufgestockt wurden, sind – das müssten Sie wissen – nur 62 Millionen Euro abgeflossen, nicht mehr. (D)

Ich finde es traurig, dass wir alle die Filmförderung immer nur auf diesen einen Fonds reduzieren und nichts über die Drehbuchpreise, über die Förderung des Kinderfilms in Deutschland, über das Oberhausener Filmfestival und beispielsweise über die Berlinale sagen. Ich fände es besser, wenn wir die Filmförderung ernst nähmen. Sie steht ganz oben auf unserer Agenda und nimmt mehr Raum ein als fast alle anderen Themen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Frau Kollegin Grütters, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Rößner?

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Ja.

**Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Grütters. – Ich will im Zusammenhang mit dem Deutschen Filmförderfonds nachfragen. Sie haben am 6. Februar dieses Jahres – das ist gerade einmal zwei Monate her – gesagt – ich zitiere –:

**Tabea Rößner**

- (A) Filme brauchen Förderer – einer der wichtigsten Grundpfeiler der Filmförderung in Deutschland ist der Deutsche Filmförderfonds (DFFF). Im letzten Jahr wurden im Rahmen des DFFF 70 Millionen Euro für die Produktion von Kinofilmen zur Verfügung gestellt. Auch der im Juni letzten Jahres beschlossene Entwurf des Bundeshaushaltes 2014 sieht für dieses Jahr eine Förderung in Höhe von 70 Millionen Euro vor. Und dabei wollen wir auch gerne bleiben!

Das war Ihre Ankündigung. Deshalb wundere ich mich jetzt, dass – –

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Kollegin, wir reden im Moment über den Regierungsentwurf.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie darf trotzdem fragen!)

In dem waren immer 60 Millionen Euro vorgesehen.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darf ich die Frage noch beenden?)

Die 10 Millionen Euro, die hinzukommen, hoffe ich, ehrlich gesagt, im parlamentarischen Verfahren verteidigen zu können. Sie sollten aber zumindest zur Kenntnis nehmen, dass in einem Jahr nur 62,4 Millionen Euro abgeflossen sind.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kürzung ist Kürzung!)

(B)

Wir alle gemeinsam können dafür werben, dass es im parlamentarischen Verfahren – das war zumindest in den vergangenen zwei Jahren so – wieder zu einer Aufstockung kommt. Aber wir reden jetzt über den Regierungsentwurf.

Jetzt möchte ich weitermachen. Die Wahrung unseres kulturellen Erbes ist das eine Thema. Ich komme zu einem anderen Thema, das Sie angesprochen haben, nämlich der Fürsorge für die Künstler, die für uns wichtig sind. Deswegen hat für die Kollegin Nahles – jetzt ist sie nicht mehr da – und für mich die Künstlersozialkasse, die vor 31 Jahren gegründet wurde, wieder einmal Priorität in unserer Politik, und wir haben bereits innerhalb der ersten 100 Tage dafür gekämpft, dass dieser kulturpolitische Meilenstein

(Unruhe beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– jetzt gibt es eine Diskussion um den Filmförderfonds; das finde ich schade, weil die Künstlersozialkasse mindestens genauso wichtig ist – nicht beschädigt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Künstler angemessen bezahlt und sozial abgesichert werden. Ich bin der Kollegin dankbar, dass sie schon jetzt einen Entwurf vorgelegt hat, auf den wir uns verständigt haben und der am 30. April im Kabinett beraten werden soll, damit die Künstler tatsächlich besser abgesichert werden.

Frau Hupach, ich komme zum Thema kooperativer Kulturföderalismus. Ich finde, wir Kulturleute können noch einigermaßen froh darüber sein, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der Kultur relativ gut funktioniert. Ich erinnere an den Bildungsbereich, in dem man sich selbst auf die Aufhebung des Kooperationsverbotes zur Finanzierung der Hochschulen nicht einigen kann. (C)

Ich habe immerhin bereits zwei Monate nach Amtsantritt nicht nur die Kulturminister, sondern auch Vertreter der Kommunen zum Gespräch eingeladen. Wir haben uns für die gemeinsame Arbeit drei wichtige Themen vorgenommen. Das ist mehr, als es je gegeben hat, und natürlich werde ich weiter daran arbeiten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Freiheit von Kunst und Kultur heißt natürlich auch Freiheit von Geldsorgen. Geld ist nicht alles. Aber ohne Geld geht fast nichts. 1,6 Prozent der Mittel in den öffentlichen Haushalten für Kultur sind übrigens nicht viel, aber wir sind damit immer noch das Land mit der weltweit höchsten Kulturdichte.

Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass es mit der großen Unterstützung durch das Parlament, durch die Haushälter und auch durch den Finanzminister – das ist in Zeiten von Schuldenbremse, ausgeglichenen Haushalten oder dem ehrgeizigen Ziel der Schuldentilgung nicht wenig – gelungen ist, den Etatansatz zu verteidigen. Ich hoffe natürlich ein bisschen auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ich nenne hier das Stichwort Denkmalschutzprogramm. (D)

Ihre Unterstützung und Ihrer aller Solidarität haben dazu geführt, dass die Kultur in unserem Land einen so hohen Stellenwert hat. Ich möchte mich auch ausdrücklich bei der Opposition bedanken; denn das große Einvernehmen ist fraktionsübergreifend und beschränkt sich nicht auf die Koalitionsfraktionen.

Wie sagte Schiller: „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“ Ich finde, sie ist auch das geistige Band, das uns zusammenhält. Hoffen wir gemeinsam, dass es stark bleibt und hält.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Dr. Eva Högl hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Eva Högl (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Diese Koalition hat vereinbart, den Kulturhaushalt des Bundes auf hohem Niveau weiterzuentwickeln. Weiter heißt es – ich darf zitieren –: „Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in unsere Zu-

**Dr. Eva Högl**

- (A) kunft.“ So haben wir das in unserem Koalitionsvertrag niedergelegt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, und trotzdem wissen gerade die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker, dass wir diese vermeintliche Selbstverständlichkeit mit Leben füllen müssen und dass wir Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker einen ganz langen Atem brauchen und unsere Anliegen häufig gegen massive Widerstände durchsetzen müssen.

Gestatten Sie mir, Frau Bundeskanzlerin, dass ich an einen Ihrer Vorgänger erinnere. 1998 – es war also eine rot-grüne Bundesregierung – hat es Gerhard Schröder durchgesetzt, dass wir einen Beauftragten für Kultur und Medien bekommen. Das war damals Michael Naumann. Ich darf auch sagen, dass ich froh bin, dass wir mit Ihnen, liebe Frau Grütters, so eine engagierte und durchsetzungsstarke Person an dieser Stelle haben und sicherlich noch viel bewegen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden verstehen, dass ich es als Berlinerin begrüße, dass wir in unserer Kulturpolitik einen Akzent auf die Hauptstadtkultur legen und dass viele der bereitgestellten Mittel des Bundes nach Berlin und dort direkt in kulturelle Einrichtungen und Projekte fließen. Zahlreiche dieser Einrichtungen und Projekte haben ihren Standort sogar in meinem Wahlkreis, nämlich in Berlin-Mitte. Deswegen freue ich mich darüber ganz besonders.

(B)

Wichtig ist aber vor allem, dass wir uns der Bedeutung Berlins als Kulturhauptstadt bewusst sind und dass wir Berlin nicht nur unterstützen, sondern auch mit Berlin gemeinsam vor Ort eine gute Kulturpolitik gestalten, von der auch wir sehr stark profitieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich drei aktuelle Themen kurz anreißen. Das Stichwort Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist schon gefallen. Diese Stiftung gehört zu den größten und bedeutendsten Kultureinrichtungen, die wir in Deutschland haben, und leistet ganz hervorragende Arbeit.

Ich möchte einen Punkt ansprechen, liebe Frau Grütters, den Sie in den letzten Wochen in die Diskussion geworfen haben, nämlich den Standort der alten Meister bzw. den Umzug der alten Meister vom Kulturforum auf die Museumsinsel. Ich finde es als Kulturpolitikerin richtig und wichtig, Visionen zu haben und Perspektiven zu entwickeln. Das ist notwendig. Das brauchen wir insbesondere in der Kulturpolitik. Es ist eine charmante Idee, auf der Museumsinsel alle Kunstwerke zu versammeln, die dort hingehören.

Aber wir Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker wissen auch – das sage ich mit Blick auf die Haushälterinnen und Haushälter –, dass wir die besten Pragmatiker sein müssen. Deswegen müssen wir uns darüber im Kla-

- ren sein, dass nicht alles, was künstlerisch ideal und eine schöne Vision wäre, tatsächlich durchsetzbar ist. (C)

Es gehört auch zur Haushaltsdebatte, zu sagen: Vielleicht reicht ein bisschen weniger, wenn es dafür durchsetzbar ist. Wenn wir aber den Umzug und schöne Gebäude für das Kulturforum wollen, was ich mir als Berlinerin wünschen würde, dann müssen wir alle gemeinsam – so ehrlich sollten wir miteinander sein; Frau Grütters hat eben schon gesagt, dass sie auf die Parlamentarier setzt – eine ganze Menge mehr Geld in die Hand nehmen.

Stichwort Humboldtforum – das ist ein wichtiges Thema für uns alle im Deutschen Bundestag –: Wir wollen das Humboldtforum zu einem Zentrum machen, das ein beliebter Ort im Herzen von Berlin ist, wo etwas stattfindet und wo alle gerne hingehen. Deswegen diskutieren wir jetzt nicht länger über das Schloss, ob wir es gut finden oder ob wir uns ein anderes Gebäude hätten vorstellen können; vielmehr ist es jetzt unsere Aufgabe, darüber zu debattieren, was dort stattfinden soll.

Wir laden die Kulturen der Welt ins Herz von Berlin ein. Das ist eine ganz hervorragende Entscheidung. Deswegen müssen wir gemeinsam in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren darüber debattieren, was genau dort stattfinden soll und wie wir das Humboldtforum als lebendigen Ort der Kultur gestalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Jetzt habe ich viel über Hochkultur gesprochen. Ich möchte nicht schließen, ohne deutlich zu machen, dass Kunst und Kultur aus vielen kleinen Projekten und Initiativen bestehen, für die sich Einzelne zusammentun und eine Existenz gründen. Das gilt im Übrigen nicht nur für Kunst und Kultur, sondern auch für Medien. Deswegen ist es unglaublich wichtig, dass wir all diejenigen Kulturschaffenden – ganz kleine, feine Initiativen – unterstützen, nicht nur im Bereich der sozialen Sicherheit durch die Künstlersozialkasse, sondern auch durch Programme und Projekte, beispielsweise Atelierprogramme, dass wir ihnen einen guten Start verschaffen und es vor allen Dingen – darauf kommt es in der Kulturpolitik an – vielen Menschen ermöglichen, diese Kultur nicht nur zu genießen und sich an ihr zu beteiligen, sondern sie aktiv zu gestalten und sich damit auseinanderzusetzen. (D)

Kulturpolitik ist beste Gesellschaftspolitik. Das setzt voraus, dass möglichst viele an ihr partizipieren. Auch das ist unsere Aufgabe, wenn wir über den Kulturhaushalt diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Rüdiger Kruse hat nun für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Rüdiger Kruse (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Röbner von den Grünen – sie ist nicht mehr anwesend – hat sich vehement für die Filmförderung eingesetzt, was natürlich eine gute Sache ist. Daher mag es geschenkt sein, dass sie nicht Gleiches mit Gleichem verglichen hat. Die Regierungsentwürfe sind mit 60 Millionen Euro gleich geblieben. Wir haben dann als Parlament noch 70 Millionen Euro draufgelegt.

(Bettina Hagedorn [SPD]: 10 Millionen, Rüdiger!)

– 10 Millionen Euro, Entschuldigung; ich will da keine Erwartungen wecken. – Wenn man einmalig etwas drauflegt, wird das oft im Nachgang quasi noch bestraft, weil das dann für immer gefordert wird. Wenn aber von 70 Millionen Euro nur circa 63 Millionen Euro abfließen, war die Erwartung, dass es sich um einen begierigen Schwamm handelt, der viel mehr aufsaugen könnte, wohl doch nicht richtig. Das heißt, so schlecht liegen wir mit den 60 Millionen Euro nicht.

Wenn man denn vergleichen will, dann müssten die Grünen in diesem Punkt vergleichen, was sie zu ihrer Regierungszeit mit dem Deutschen Filmförderfonds gemacht haben. Wie hoch waren die Zahlen damals? Waren das 60 Millionen, 50 Millionen, 30 Millionen, 20 Millionen oder 10 Millionen Euro? – Es waren 0 Euro! Das ist der Ausgangspunkt gewesen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Aha!)

## (B) Angesichts dessen ist es kein schlechtes Ergebnis, dass 2014 wieder 60 Millionen Euro für den deutschen Film zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein guter Einstieg für eine Momentaufnahme in diesem Land. In diesem Augenblick leben wir in einem Wohlfühl-land; Sie kennen das vielleicht. Dann kommt meistens herbe Kritik. Obwohl ich keine rheinische Frohnatur bin, fühle ich mich gerne wohl. Ich finde es gut, dass die meisten Menschen sagen: Es lebt sich gut in Deutschland; wir sind gerne hier. – Sie haben das auch verdient; denn sie haben das alles über Jahrzehnte mit viel Leistung aufgebaut. Von außen betrachtet – ich betone: von außen –, aus Sicht der Mehrzahl der anderen Länder, ist Deutschland wahrscheinlich so etwas wie ein Paradies. Nun gibt es zwischen dem Wohlfühl- Augenblick, den wir gerade erleben, und dem Paradies entscheidende Unterschiede. Das Paradies ist für die Ewigkeit, aber erst in der Ewigkeit. Der Augenblick – das besagt schon das Wort – ist ein Moment, der wieder vergeht. Wenn man den Wunsch hat, dass der Augenblick verweilen soll, dann muss man etwas dafür tun. Damit verhält es sich in etwa so, als ob Sie in einem strömungsschnellen Fluss rudern. Wenn Sie nicht nur auf der Stelle bleiben, nicht nur Fahrt übers Wasser, sondern über Grund machen, dann sind Sie richtig gut. Wenn Sie dann aber vor lauter Freude die Ruder hochklappen und sagen: „Was haben wir vollbracht!“, dann sind Sie ganz schnell wieder hinter dem Ausgangspunkt und treiben irgendwann hinaus auf das offene Meer. Viel Glück! Das

bedeutet, dass der Mensch, solange er lebt, eben streben muss. Wir müssen also etwas tun, um den Wohlfühl- Augenblick zu verlängern. Wenn wir dann noch den Ehrgeiz haben, das zum Ende der Legislaturperiode zu verbessern, bedeutet das, dass noch viel zu tun ist. (C)

Ein wesentliches Kriterium des Haushalts 2014 ist, dass er zum ersten Mal seit langer Zeit die Zukunftsfähigkeit in sich trägt. Wenn wir das so machen, dann können wir das auch so weitermachen. Wenn wir eine schwarze Null schreiben, dann ist das ein sehr guter Ansatz. Genau das schulden wir zukünftigen Generationen. Aber wie machen wir das in Zukunft? Wo gibt es noch Bereiche, in denen wir in den nächsten vier Jahren mehr tun müssen? Vergleichen wir das Ganze einmal mit dem Körperbau. Damit Gehirn, Lunge und alles andere funktionieren, gibt es im Körper eine Infrastruktur, bestehend unter anderem aus Arterien, Venen und Nerven. Was tun wir für die Infrastruktur, um das Ganze zu unterhalten? Uns stehen rund 300 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summe wird von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erwirtschaftet und uns über Steuern übereignet, damit wir dieses Geld für das Land wieder vernünftig ausgeben. Um dauerhaft Steuereinnahmen in Höhe von rund 300 Milliarden Euro zu verdienen, investieren wir in die Infrastruktur round about 12 bis 13 Milliarden Euro. Das ist nicht sehr viel. Wenn man eine Rendite zu erwarten hat, wenn man ohne Steuererhöhungen in Zukunft mehr machen möchte, dann muss man bei gleichen Steuersätzen versuchen, aus den Steuereinnahmen mehr zu machen. Selbst wenn man das Niveau nur halten will, wird man investieren müssen. Das heißt, perspektivisch sind wir gut beraten, wenn wir dieses Segment noch weiter ausbauen. Die 5 Milliarden Euro mehr in dieser Legislaturperiode sind ein richtiges Zeichen; das ist ein erster Schritt. Aber bekanntlich bestehen längere Wege nicht nur aus einem Schritt. Das heißt, wir müssen noch weiter gehen. (D)

Wenn man sich etwas wünschen dürfte, dann wäre es, dass man sich darauf einigt, in den nächsten 20 Jahren eine Politik zu betreiben, mit der der Nachholbedarf in der Infrastruktur in Höhe von 60 bis 80 Milliarden Euro in diesem Zeitraum gedeckt wird. Dahin sollte man das Ganze steuern. Das wäre schon einmal ein guter Beitrag. Wasserstraßen, Schienen und Autobahnen sind sehr wichtig, aber sie sind nicht identitätsstiftend.

Damit sind wir bei dem Thema, das eben stark anklang, nämlich der Kultur. Diese ist sehr identitätsstiftend und sagt viel über ein Land aus. Sie trägt viel dazu bei, dass man sich dort wohlfühlt. Wir haben vorhin über die Infrastruktur gesprochen, wo viel gebaut wird. Bei einem Staatsbau gibt es immer die Abteilung Kunst am Bau. Es wäre jetzt vielleicht abfällig, wenn ich sagen würde, Monika Grütters sei die Staatsministerin für Kunst am Bau. Das klingt so ähnlich wie „Frauen und Gedöns“. Aber wenn ihr Etat so groß wäre wie der für Kunst am Bau, dann beliefe er sich auf immerhin 2 bis 3 Prozent des Gesamtetats. Nun ist Wolfgang Schäuble nicht mehr da, sonst wäre er jetzt erschrocken. Denn das wäre selbst bei 2 Prozent des Gesamtetats eine Verfünfachung der Mittel. Es ist wichtig, langfristig einen Aufwuchs bei den Mitteln für Kulturpolitik anzustreben,

**Rüdiger Kruse**

- (A) aber wir könnten niemals durch Bundesmittel das kompensieren, was die Länder kürzen könnten. Die Länder müssen also weiterhin zu ihren Verpflichtungen stehen, und der Bund muss seine Aufgaben erledigen.

Wir müssen noch etwas sehen: Die Aufgabe des Bundes strahlt sehr stark nach Europa aus. Wenn wir unsere Kulturpolitik noch stärker europaaffin ausrichten, das heißt mit unseren Partnern die kulturelle Identität Europas stärken, dann leisten wir einen sehr guten Beitrag zur Identitätsstiftung, und wir leisten auch einen Beitrag dazu – Wolfgang Schäuble hat es gestern in seiner Rede gesagt –, dass ein Europa, das an Bevölkerung, anders als der Rest der Welt, nicht zunehmen wird und dessen Anteil an der Weltwirtschaft nicht zunehmen wird, noch als attraktiver Partner gesehen wird, dass Deutschland ein Land ist, in das man reisen möchte, wo man leben möchte und wo man arbeiten möchte, weil man sich hier wohlfühlen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Hiltrud Lotze das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Hiltrud Lotze (SPD):**

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, über den wir hier gerade sprechen, beläuft sich auf knapp 1,4 Milliarden Euro. Das ist verglichen mit der Gesamtsumme des Bundeshaushaltes eine kleine Zahl, aber doch eine erkleckliche Summe Geld. Geld hilft, das wissen wir alle, auch in der Kultur. Gleichzeitig ist es aber so, dass die Bedeutung und die Aufgabe der Kultur weit über die ökonomische Erfassung hinausgehen.

Kultur muss geschichtsbewusst sein. In kaum einem anderen Bereich besteht eine so enge Verknüpfung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und auch Zukunft wie im Kulturbereich; denn die Art und Weise, wie wir heute in unserer Gesellschaft zusammenleben, ist geprägt durch unsere Erfahrungen in der Vergangenheit. Wir müssen also bedeutende Ereignisse unserer Geschichte immer wieder mitdenken, wir müssen uns an sie erinnern, und wir müssen ihrer gedenken. Deswegen ist zum Beispiel die Erinnerungskultur, die Aufarbeitung und die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, mit der Systemgeschichte, ganz besonders wichtig. Das ist besonders für junge Menschen wichtig, die selber einen Teil der Geschichte nicht erlebt haben, und das stabilisiert auch die Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Für Projekte, Veranstaltungen und Konferenzen anlässlich der Gedenktage, über die hier schon gesprochen wurde – wir gedenken in diesem Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und des Falls der

(C) Mauer vor 25 Jahren – und die sich mit der Geschichte künstlerisch und wissenschaftlich auseinandersetzen, sind im Haushalt 500 000 Euro vorgesehen. Für die friedliche Revolution vor 25 Jahren – sie ist eines der einschneidendsten Ereignisse der europäischen und deutschen Freiheits- und Demokratiebewegung – gibt es ebenfalls Geld: Seit Anfang des Jahres fördert das BKM Veranstaltungen und Ausstellungen zu diesem Anlass. Besonders erwähnen möchte ich die Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution 1989/1990“ der Robert-Havemann-Gesellschaft, deren Finanzierung jetzt durch den Haushalt BKM dauerhaft gesichert ist. Das hatten wir auch im Koalitionsvertrag so vereinbart.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie die Vergangenheit unsere Gegenwart beeinflusst, sehen wir am aktuellen Fall Gurlitt; auch darüber ist hier schon gesprochen worden. Durch die Enteignung und den Abkauf von Kunst zu Ramschpreisen während der NS-Zeit ist jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein großes Unrecht geschehen. Das ist uns heute eine moralische Verpflichtung, den Gesichtspunkt der Provenienz stärker zu berücksichtigen und rechtliche Regelungen zu Verjährung und Entschädigung zu überdenken. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Deswegen werden die entsprechenden Mittel im Bundeshaushalt um 2 Millionen Euro aufgestockt.

Gleichzeitig arbeitet unser Bundesjustizminister an rechtlichen Lösungen, um der moralischen Verpflichtung besser gerecht zu werden. Denn der Fall Gurlitt zeigt – auch wenn gerade in diesen Tagen eine Vereinbarung zustande gekommen ist –, dass es nicht nur die öffentlichen Museen sind, die betroffen sind; vielmehr sind es eben auch private Sammlungen, bei denen wir genauer hinschauen müssen. Ich denke, da sind wir uns einig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unrecht der Vergangenheit darf eben auch in der Gegenwart keinen Bestand haben.

(D) Dass sich der Bundesjustizminister intensiv mit dieser Frage befasst, zeigt, dass Kultur in der Bundesregierung nicht nur bei der Kulturstatsministerin, sondern auch in den anderen Ressorts eine wichtige Rolle spielt. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass Andrea Nahles, unsere Bundesarbeitsministerin, in diesen Tagen einen Gesetzentwurf vorstellt, mit dem die Künstlersozialversicherung stabilisiert und mit dem vor allen Dingen ein Anstieg des Abgabesatzes verhindert werden soll. Diesen Gesetzentwurf wollen wir noch vor der Sommerpause hier im Plenum beschließen.

Kultur lässt sich natürlich nicht auf gleiche Weise finanzieren wie zum Beispiel ein Stück neue Autobahn, von der man weiß, wie lang und wie breit sie werden soll; Kultur ist eben nicht statisch. Es braucht deswegen Spielraum im Haushalt BKM, um die Förderkulisse lebendig zu halten und um flexibel zu sein im Hinblick auf Dinge, die sich neu entwickeln. Ich schließe mich da Eva Högl's Auffassung an, dass wir das bei den zukünftigen Haushaltsverfahren im Blick behalten müssen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)